



# Jahresbericht 2017

Die Deutsche Version des Eurojust Jahresberichts 2017 wurde vom englischen Original übersetzt. Im Falle von Unklarheiten konsultieren Sie bitte die englische Originalversion. Das Österreichische und das Deutsche Büro übernehmen keine Verantwortung für die Richtigkeit der Übersetzung.

*Catalogue no.:* QP-AA-18-001-DE-N

*ISBN:* 978-92-9490-238-2

*ISSN:* 2443-6488

*DOI:* 10.2812/42647

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	6
Zusammenfassung .....	8
Eurojust auf einen Blick .....	12
Kapitel 1    Eurojust bei der Arbeit.....	15
1.1 Eurojust-Treffen auf Ebene I und II.....	15
1.2 Koordinierungstreffen.....	17
1.3 Koordinationszentren .....	20
1.4 Eurojust und Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs) .....	22
Kapitel 2    Eurojust-Fallarbeit.....	27
Einführung.....	27
2.1 Terrorismus .....	30
2.2 Cyberkriminalität .....	36
2.3 Migrantenschmuggel .....	39
2.4 Menschenhandel .....	42
Kapitel 3    Herausforderungen und bewährte Methoden .....	48
Einführung.....	48
3.1 Verschlüsslungen .....	48
3.2 Datenaufbewahrung .....	50
3.3 Europäischer Haftbefehl .....	50
3.4 Europäische Ermittlungsanordnung .....	53
3.5 Gemeinsame Empfehlungen.....	57
FOKUS DES JAHRES .....	60
Bewertung der JITs.....	60
Kapitel 4    Eurojust-Kooperation mit Drittstaaten .....	64
Fokus auf dem Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen .....	69
Chapter 5    Eurojust und Praktikernetzwerke .....	70
5.1 EJNI.....	70
5.2 JIT-Netzwerk.....	71
5.3 Genozid-Netzwerk .....	72
5.4 EJCNI.....	72
5.5 Beratendes Forum .....	73
Kapitel 6    Belegschaft und Haushalt.....	75

Kapitel 7 Organisatorische Entwicklungen und wichtige Herausforderungen .....	76
---	----

## Grafiken

Fallarbeit 2002 - 2017  
Bilaterale/multilaterale Fälle 2013 - 2017  
Bilaterale/multilaterale Fälle  
Ersuchende/ersuchte Mitgliedstaaten  
Koordinierungstreffen (CM)  
Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an Koordinierungstreffen beteiligt waren  
Koordinierungszentren  
Von Eurojust unterstützte JITS einschließlich der Hauptkriminalitätsbereiche  
Länderteilnahme in JITS  
Artikel-13-Fälle  
Eurojust-Fallarbeit in Kriminalitätsbereichen  
Fälle von Verbindungsstaatsanwälten 2013 - 2017  
Die wichtigsten zehn Drittstaaten, die an der Eurojust-Fallarbeit beteiligt waren  
Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an der Eurojust-Fallarbeit beteiligt waren  
EuHB-Fälle

## Akronyme und Abkürzungen

CJEU/EUGH Gerichtshof der Europäischen Union  
CJM Cybercrime Judicial Monitor  
CMS Case Management System (Fallbearbeitungssystem)  
EuHB Europäischer Haftbefehl  
EC3 Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität  
ECTC Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung  
EEA Europäische Ermittlungsanordnung  
EJCN Europäisches Justizielles Netzwerk gegen Cyberkriminalität  
EJN Europäisches Justizielles Netzwerk  
EJTN Europäisches Netzwerk für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten  
EMPACT European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats (Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen)  
ENCS Eurojust National Coordination System (Nationales Eurojust-Koordinierungssystem)  
EPPO European Public Prosecutor's Office (Europäische Staatsanwaltschaft)  
FTF Foreign terrorist fighters (ausländische terroristische Kämpfer)  
JIT/GEG Joint investigation team (Gemeinsame Ermittlungsgruppe)  
LoR Letter of Request (Rechtshilfeersuchen)  
MLA Mutual legal assistance (Rechtshilfe)  
OCC/KODD On-Call Coordination (Koordinierungsdauerdienst)  
OCG Organised Crime Group (Gruppe organisierter Kriminalität)  
PIF Protection of the financial interests of the European Union (Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union)  
TCM Terrorism Convictions Monitor  
THB Trafficking in Human Beings (Menschenhandel)

### *Eurojust-Ratsbeschluss*

Der Eurojust-Ratsbeschluss vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, der durch den Beschluss 2009/426/JI vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust überarbeitet wurde, wird in diesem Bericht als „Eurojust-Ratsbeschluss“ bezeichnet. Eine [konsolidierte Version](#) des Eurojust-Ratsbeschlusses wurde vom Generalsekretariat des Rats ausschließlich zu Informationszwecken erstellt.

Die Statistiken zu den Eurojust-Fällen, die in diesem Bericht enthalten sind, wurden auf der Grundlage der Daten erstellt, die im Eurojust Case Management System enthalten sind. Die Zahlen wurden am 3. und 31. Januar 2018 extrahiert und spiegeln die Daten wider, die zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren. Da die Fälle weiterhin andauern, bestehen möglicherweise Diskrepanzen zu zuvor vorgelegten Zahlen.

Die Veröffentlichungen und Infografiken sind auf [unserer Website](#) verfügbar.

## Vorwort

In einer komplexen Welt mit steigenden Sicherheitsbedrohungen und sich entwickelnden politischen und gesetzlichen Umfeldern war Einigkeit nie dringlicher. Immer mehr konzentriert Eurojust seine Arbeiten auf den Beitrag zu dieser Einheit durch Aufbau und Konsolidierung starker Partnerschaften mit allen Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen, Gremien und Agenturen, um die Sicherheit und Gerechtigkeit für europäischen Mitbürger sicherzustellen.

Das Jahr 2017 war ein Jahr wichtiger Errungenschaften und Änderungen bei Eurojust.

Wir haben die Wahl neuer College-Presidency-Mitglieder und die Ernennung eines neuen Administrative Directors begrüßt. Die Umsetzung einer neuen organisatorischen Struktur für die Verwaltung und Vereinfachung der Unterstrukturen und Entscheidungsfindungsprozesse des Colleges schloss eine institutionelle Reform ab, die Eurojust zu einer solideren, effizienteren und nachhaltigeren Organisation machen sollte. Eine Organisation, die besser ausgestattet ist, um ihre Mission zu erfüllen, als europäische Heimat der tausenden nationaler Staatsanwälte und Strafverfolgungsbeamten zu dienen, die – jeden Tag, überall in Europa – hart daran arbeiten, alle Formen der Kriminalität insbesondere in unseren Kriminalbereichen mit hoher Priorität zu bekämpfen: Terror, Cyberkriminalität, Schleuserkriminalität und Menschenhandel.

In Eurojusts neuen Räumlichkeiten wurden rekordbrechende 4400 gerichtliche und polizeiliche Behörden untergebracht, die unsere Unterstützung anforderten, um die rechtlichen und praktischen Probleme zu überwinden, die sich auf ihre Untersuchungen und Strafverfolgung auswirkten, und um mit ihren Gegenstücken aus anderen Ländern zu verhandeln und zu vereinbaren, wie gemeinsam kriminelle Netzwerke zerschlagen werden sollten. Eurojust arbeitet mit diesen tausenden nationalen Staatsanwälten und Strafverfolgungsbeamten in mehr als 2600, zumeist komplexen, Untersuchungen und Strafverfolgungsverfahren zusammen. Es war die höchste Anzahl von Fällen, die je bei Eurojust registriert wurde. Mehr als 8000 Beteiligte kamen in unsere Räumlichkeiten, um Antworten, beste Verfahren und Inspiration im Bereich der gerichtlichen Zusammenarbeit zu suchen. Sie kamen alle zu Eurojust, um sicherzustellen, dass unsere Bürger Gerechtigkeit und Sicherheit erfahren.

Während sich 2017 vieles geändert hat, blieben die Kernwerte von Eurojust unverändert. Eurojusts vergangene, aktuelle und künftige Ergebnisse basieren fest auf den Gedanken von Vertrauen, Kooperation und Partnerschaft.

Die Partnerschaft mit nationalen Behörden und Praktikern ist ein Grundpfeiler unserer Arbeit. Eurojust verbessert seine Beziehung mit dem EJCN und unterhielt und unterstützte weiterhin stolz die Arbeit der Sekretariate des EJCN, des größten Netzwerks rechtlicher Kontaktstellen der Welt, dem JIT-Netzwerk, einer einzigartigen Struktur, die rechtliche, finanzielle und logistische Unterstützung für grenzübergreifende JIT-Untersuchungen, and das Genocide Network, ein einzigartiges Forum, das nationale Behörden, Praktiker, NGOs und Gesetzgeber, die an der Untersuchung und Verfolgung von internationalen Kernverbrechen beteiligt sind, verbindet. Weiterhin unterhielt Eurojust seine lange stehende Partnerschaft mit dem beratenden Forum.

Da Verbrechen keine Grenzen kennen, bleibt die Kooperation mit Drittstaaten ein wesentlicher Bestandteil der Arbeiten von Eurojust. Seit seiner Einrichtung hat Eurojust ein Netzwerk

gerichtlicher Kontaktstellen in Drittstaaten aufgebaut, das inzwischen 42 Länder umfasst und in den nächsten Monaten noch weiter wachsen soll. Weiterhin hat Eurojust das Privileg, in seinen Räumlichkeiten die Verbindungsstaatsanwälte für Montenegro, Norwegen, die Schweiz und die USA zu beherbergen. Sie sind ein lebenswichtiger Teil von Eurojusts erweiterter Familie und ein wirksames Werkzeug, um den nationalen Behörden zu helfen, die gerichtliche Zusammenarbeit mit ihren Gegenstücken außerhalb der Grenzen der EU zu verbessern.

Schließlich sind unsere Arbeit und Errungenschaften jedoch nur durch das ständige Vertrauen der Mitgliedsstaaten, der EU-Institutionen und Bürger der EU möglich. Wir schätzen dieses Vertrauen und haben uns vollständig verpflichtet, zu zeigen, dass dies Tag um Tag gerechtfertigt und verdient ist.

Ladislav HAMRAN

*Präsident*

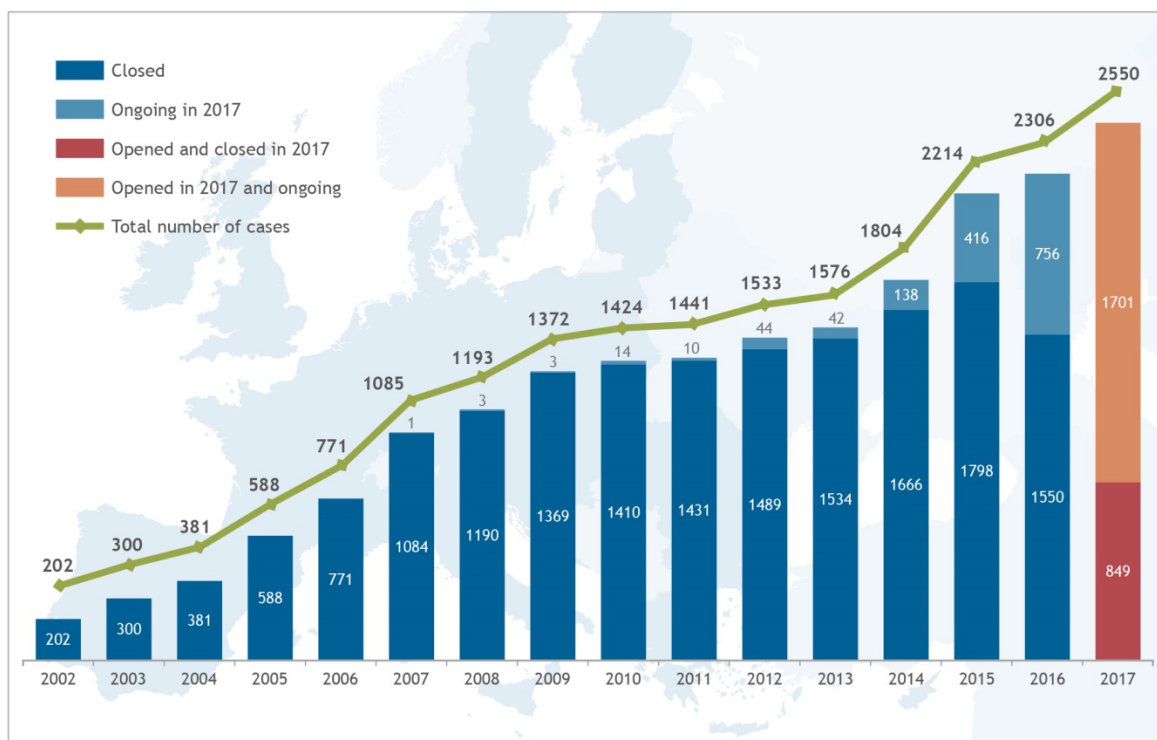
## Zusammenfassung

- Die **Zahl der Fälle**, bei denen Mitgliedstaaten um die Unterstützung von Eurojust ersuchten, ist um 10,6 Prozent gestiegen, von 2.306 im Jahr 2016 auf 2.550. In 258 Fällen waren **Drittstaaten** beteiligt.
- Eurojust organisierte 302 **Koordinationsstreffen**, was eine Erhöhung von 25 Prozent im Vergleich mit 2016 darstellt. An 61 Koordinierungstreffen waren **Drittstaaten** und an 108 war **Europol** beteiligt.
- Eurojust organisierte 17 **Koordinationszentren** mit der Teilnahme von **Drittstaaten** in 5 und Europol in 7 Koordinationszentren.
- Eurojust unterstützte 200 **JITs**, was eine Erhöhung von 35 Prozent im Vergleich mit 2016 darstellt, wovon 87 neu eingerichtet wurden, mit einer erhöhten Beteiligung von **Drittstaaten** in 21 JITs, von denen 11 neu eingerichtet wurden. **JITs** erhöhten sich in Terrorfällen, sowie in Fällen von Betrug und Menschenhandel.
- Eurojust unterstützte 128 **JITs finanziell**, was einer Steigerung von 42 Prozent gegenüber 2016 entspricht; 9 Drittstaaten waren an JITs beteiligt, die finanziert wurden.
- Eurojust unterstützte bei der **Vollstreckung von EuHBs** in 320 Fällen und sprach 9 **gemeinsame Empfehlungen** aus.
- Eurojust behandelte rechtliche und praktische Probleme in den Bereichen der Verschlüsselung, Datenaufbewahrung und EuHB. 2017 hatte Eurojust seine erste Erfahrung mit der Beratung nationaler Behörden zur EIO.
- Der Fokus des Jahres liegt auf der Erfahrung von Eurojust in JITs; die Ergebnisse sind im Eurojust-JIT Netzwerk *Second JIT Evaluation Report* dargestellt.
- Eurojust **veröffentlichte außerdem**:
  - *Terrorism Convictions Monitors*
  - *Fifth Foreign Terrorist Fighters Report*
  - *CBRN-E-Handbuch*
  - *Cybercrime Judicial Monitor*
  - *Gemeinsames Eurojust-Europol-Papier Common challenges in cybercrime cases (Gemeinsame Herausforderungen in Fällen der Cyberkriminalität);*
  - *Final Evaluation Report of the Eurojust Action Plan against THB 2012-2016 (Endgültiger Bewertungsbericht des Aktionsplans von Eurojust gegen Menschenhandel)*
  - *Datenspeicherungsbericht*
  - *Bericht zum EuHB und Haftbedingungen*
  - *Bericht zu Eurojusts Fallarbeit am EuHB (2014-2016)*
  - *Fallrecht des EUGH zum EuHB*
  - *Briefing-Notiz zum Petruhhin-Urteil*
  - *Bericht zur Fallarbeit zum Verhindern und Lösen von Gesetzeskonflikten*
  - *Der Grundsatz ne bis in idem im Fallrecht des EUGH*
  - *Eurojust-EJN-Notiz zu 'entsprechenden Bestimmungen' und den geltenden gesetzlichen Regelungen bei verzögerter Transposition der EIO-Richtlinie*
- Bei Eurojust sind vier Verbindungsstaatsanwälte angesiedelt, aus Norwegen, den USA, der Schweiz und Montenegro. Die **Anzahl der Fälle**, die durch die Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust registriert haben, betrug 148. Diese Ausgabe umfasst ein Interview mit dem Norwegischen Verbindungsstaatsanwalt.
- **Kooperationsvereinbarungen** mit Montenegro und der Ukraine traten in Kraft. Eurojust unterzeichnete eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit eu-LISA und eine Absichtserklärung (Letter of Understanding) mit dem EEAS. Eurojusts **Netzwerk aus gerichtlichen Kontaktstellen in Drittstaaten** beläuft sich auf 42 Stellen.
- Eurojust arbeitete eng mit den drei Netzwerken zusammen, die bei Eurojust angesiedelt sind: dem EJN, dem JIT-Netzwerk und dem Genocide Network. Eurojust organisierte zwei Treffen des EJCN und ein Treffen des Consultative Forums.

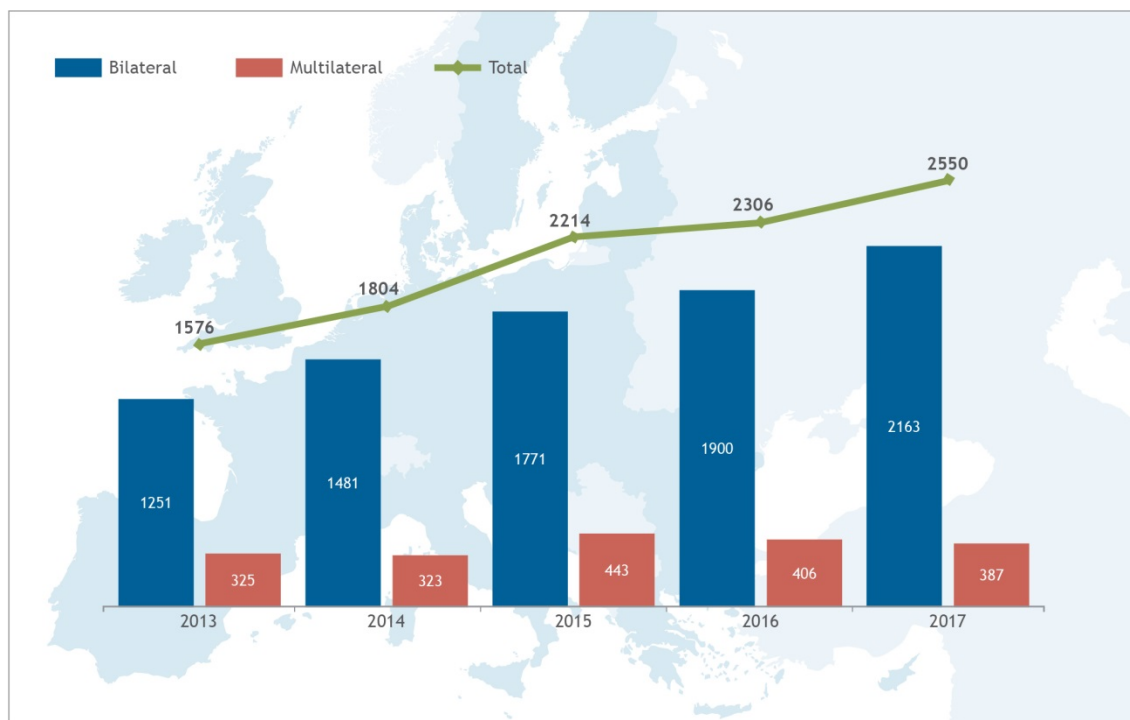


- Am 24. März nahm Eurojust seine neuen Räumlichkeiten in Besitz. Am 3. Juli wurde das Gebäude bezogen.
- ` **Der Haushalt** von Eurojust belief sich auf 48.689.237 Euro. Der Haushaltsvollzug lag bei 99,97 Prozent.
- Es wurden Einblicke in die organisatorischen Entwicklungen und wesentlichen Herausforderungen von Eurojust gegeben. Das College verabschiedete außerdem die Mehrjahresstrategie 2019-2021.

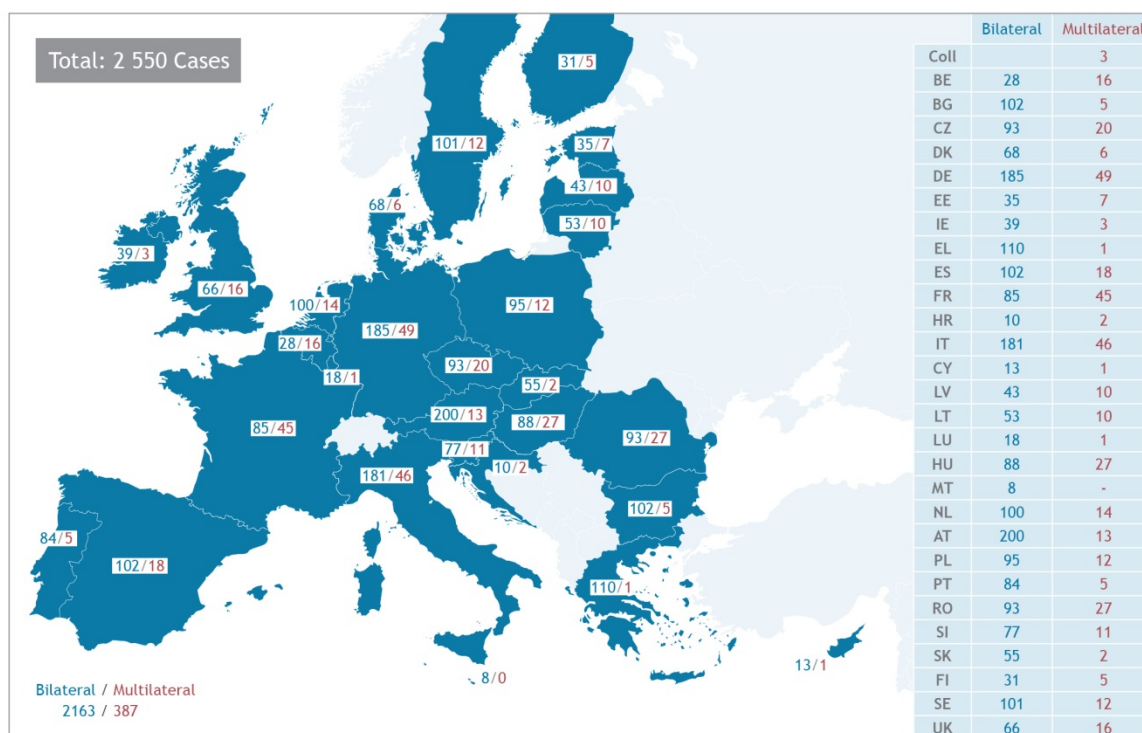
## Casework 2002 - 2017



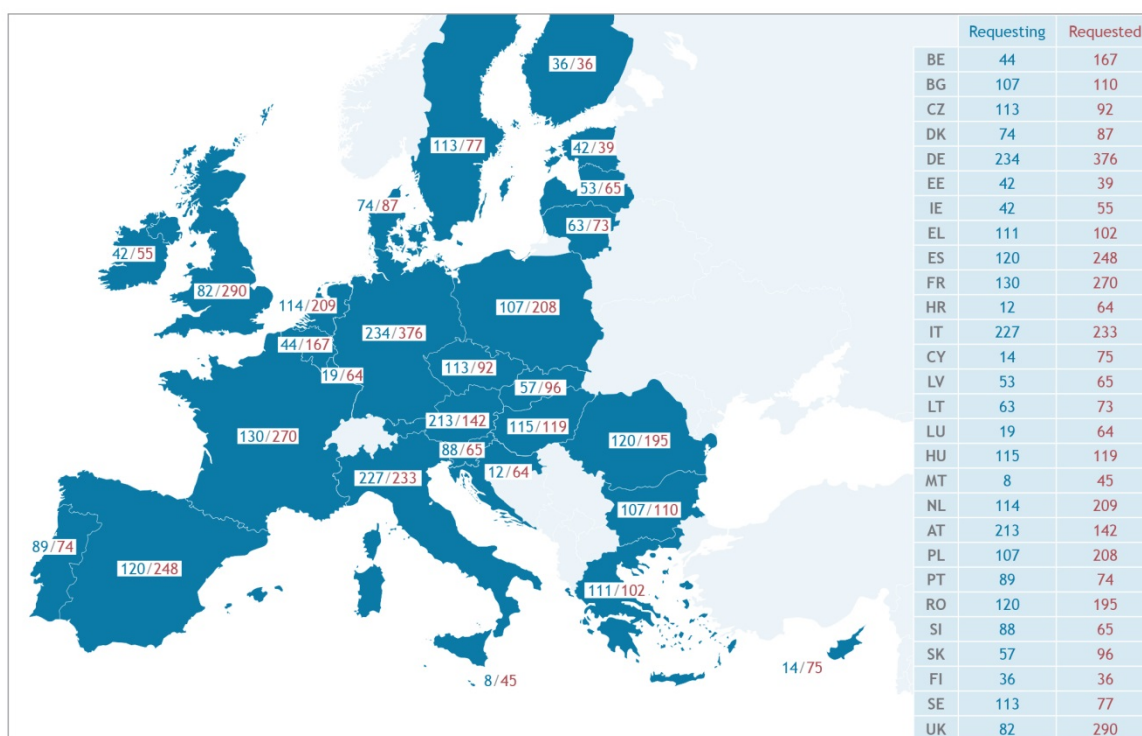
## Bilateral/multilateral cases 2013 - 2017



## Bilateral/multilateral cases



## Requesting/requested Member States

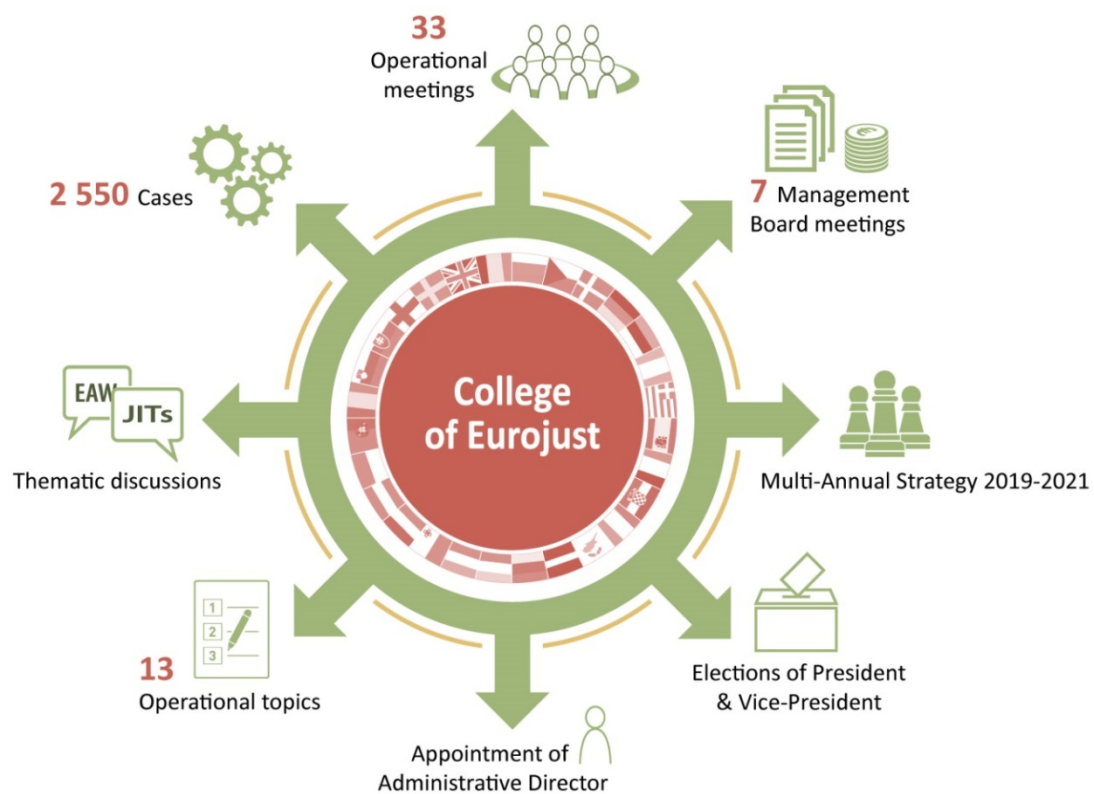


## Eurojust auf einen Blick

**Was?** Eurojust, errichtet durch Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 18.02.2002 (2002/187/JHA), zuletzt geändert durch den Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 16.12.2008 (2009/426/JHA) gestützt auf Artikel 31 und 34 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrages der Europäischen Union, ist eine zur verstärkten Bekämpfung der schweren Kriminalität eingerichtete europäische Agentur, deren Hauptaufgaben darin bestehen, die internationale Rechtshilfe im Bereich des Strafrechts zu erleichtern und zu beschleunigen und die Ermittlungen gegen grenzüberschreitend tätige kriminelle und terroristische Organisationen zu koordinieren, wenn zwei oder mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union betroffen sind. Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf einen bestimmten Mitgliedstaat und einen Drittstaat unterstützend tätig werden, wenn ein Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und dem Drittstaat getroffen wurde oder wenn ein wesentliches Interesse an der Bereitstellung dieser Unterstützung besteht. Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats oder der Kommission kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf den Mitgliedstaat und die Europäische Gemeinschaft allein unterstützend tätig werden.

**Wer?** Das Eurojust-Kollegium besteht aus 28 Nationalen Mitgliedern, die Staatsanwälte und Richter sind und jeweils von ihren Mitgliedstaaten entsandt wurden. Die Nationalen Mitglieder sind bei Eurojust in Den Haag angesiedelt. Die meisten der Nationalen Mitglieder werden von einem Stellvertreter und/oder einem oder mehreren Assistenten unterstützt. Zusätzlich dazu sind derzeit Verbindungsstaatsanwälte aus Norwegen, der Schweiz, den USA und Montenegro zu Eurojust entsandt. Die Verwaltung von Eurojust unterstützt das Kollegium bei der operativen Arbeit und der Funktion als Verwaltungsrat von Eurojust.

**Wie?** Zu den wichtigsten Rollen und Befugnissen von Eurojust gehört die Reaktion auf Ersuchen um Unterstützung seitens der zuständigen nationalen Behörden von Seiten der Mitgliedstaaten. Im Gegenzug kann Eurojust Mitgliedstaaten um Aufnahme der Ermittlungen oder von Strafverfolgung in Bezug auf bestimmte Aktivitäten ersuchen. Die Nationalen Mitglieder führen das Mandat von Eurojust aus, indem sie die Arbeit der Nationalen Behörden in jedem Stadium der Ermittlungen und Strafverfolgung koordinieren. Eurojust verwaltet seine Treffen zur Fallarbeit auf drei Ebenen.



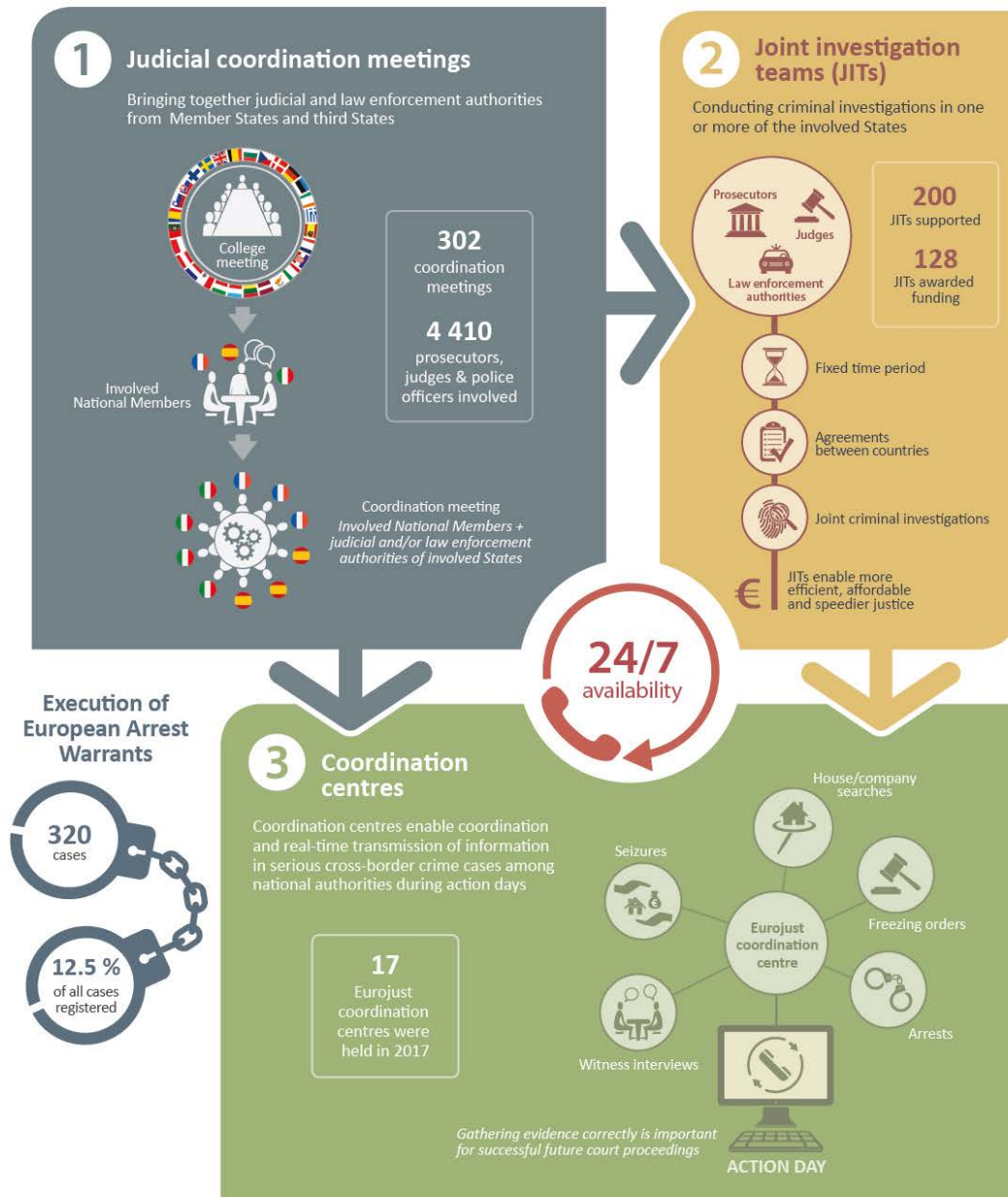
## Eurojust case cycle



\* May also occur at different stages of the cycle

# EUROJUST AT WORK IN 2017

Eurojust's core business is to assist EU Member States' competent authorities in dealing with serious cross-border organised crime





# Kapitel 1 Eurojust bei der Arbeit

## 1.1 Eurojust-Treffen auf Ebene I und II

Auf Vorschlag eines nationalen Mitglieds hin entscheidet das College während seiner betrieblichen Treffen - den Treffen auf Ebene I - zur Registrierung und zum Abschluss von Fällen.

Wenn ein Fall bei Eurojust registriert wird, treffen sich die Vertreter der betroffenen National Desks allgemein, um die rechtliche Zusammenarbeit und den Koordinationsbedarf des Falls zu besprechen. Die direkten Interaktionen und Diskussionen werden auch als Treffen der Ebene II bezeichnet. Sie können bei Beteiligung etwa die Verbindungsstaatsanwälte, die bei Eurojust angesiedelt sind, und Verwaltungsmitarbeiter umfassen, die den Fall unterstützen. Treffen können mit kurzer Vorlaufzeit organisiert werden, da die Teilnehmer wortwörtlich 'unter einem Dach' arbeiten. Die Flexibilität und Informalität sind in dringenden Situationen, in denen eine schnelle Reaktion erforderlich ist, von großem Wert.

2550 cases registered and dealt  
with at Level II meetings

In einigen Fällen ist ein Treffen auf Ebene II schon ausreichend, um die Bedürfnisse im Rahmen des Falls zu erfüllen. Beispielsweise beschreibt der [2017 Eurojust Report on EuHB Casework \(2014-2016\)](#), wie der *schnelle* Austausch weiterer Informationen in einigen Fällen des EuHB über die Eurojust National Desks entscheidend half, Angelegenheiten zu konkurrierenden EuHBs zu klären (*siehe* S. 14 des Berichts), oder auch nur um vorbereitende Schritte einzuleiten. In Treffen der Ebene II kann Eurojust beispielsweise die nationale Gerichtsbarkeit und Verfahren klären, helfen, festzustellen, welche Gerichtsbarkeit am besten positioniert ist, um die Untersuchung durchzuführen, oder die Ausführung von MLA-Anfragen oder die Einleitung von Verfahren vereinfachen. Weiterhin kann Eurojust Gutachten zu gleichzeitigen EuHBs und gemeinsame Empfehlungen zu Konflikten der Gerichtsbarkeit ausstellen.

Treffen der Ebene II sind Voraussetzungen für die Organisation von Treffen auf Ebene III, die als Koordinierungstreffen bezeichnet werden (*siehe* Abschnitt 1.2). Will ein National Desk ein Koordinierungstreffen organisieren, wird das Treffen auf Ebene II verwendet, um die Notwendigkeit, den Zweck und die Ziele des Koordinierungstreffens zu bewerten, sowie die Modalitäten, externe Beteiligung, Vertraulichkeit und Offenbarungspflichte, entsprechende Sicherheitsprobleme und Notwendigkeit von Videokonferenzen zu offenbaren. Darüber hinaus können die Teilnehmer die Notwendigkeit einer Analyse und eines möglichen Beitrags durch Europol oder die Einsetzung und Arbeitsweise eines JIT prüfen. Koordinierungstreffen sind ein teures Werkzeug und Treffen auf Ebene II gewährleisten, dass diese Treffen nur stattfinden, wenn sie einen Mehrwert bei der Lösung der noch offenen Probleme der justiziellen Zusammenarbeit bringen.

Weiterhin können Treffen auf Ebene II wesentlich für die Vorbereitung eines 'gemeinsamen Aktionstags' mit der synchronisierten Ausführung rechtlicher Kooperationsmaßnahmen sein,

die über die Aktivierung eines Koordinationszentrums koordiniert werden (*siehe* Abschnitt 1.3). Bei diesen Gelegenheiten werden vorbereitende Schritte ergriffen, um sicherzustellen, dass die angefragten Maßnahmen (z. B. EuHBs, Durchsuchungen und Beschlagnahmen usw.) alle rechtlichen Anforderungen erfüllen, sodass die gleichzeitigen Aktionen der unterschiedlichen Mitgliedsstaaten nicht in Gefahr gebracht werden. Beispielsweise half Eurojust in mehreren Fällen, bestimmte Informationen der EuHBs gegenzuprüfen oder - in letzter Minute - zu vervollständigen, wie etwa personenbezogene Daten von Verdächtigen, der Schreibweise von Namen, Anklagen, die im EuHB nicht genannt werden, sowie dem Ort und der Zeit eines Vergehens. In vielen Fällen stellte Eurojust auch dringende Übersetzungen zur Verfügung.

**On-Call Coordination (OCC):** die Eurojust National Desks sind rund um die Uhr, sieben Tage pro Woche verfügbar. Bei dringenden Anfragen und unter Einhaltung von Artikel 5a der Eurojust Council Decision kann die OCC Anfragen für Hilfe von nationalen Behörden außerhalb der üblichen Geschäftszeiten erhalten und verarbeiten. 2011 wurde ein Anrufmanagementsystem, das Anrufe an den OCC-Vertreter des betroffenen National Desk weiterleitet, eingeführt, sodass Anrufer in ihrer eigenen Sprache kommunizieren können. Angemessene Aktionen können durch den OCC-Vertreter ergriffen werden, wie etwa Kontakt mit dem OCC-Vertreter eines anderen National Desk.

#### **On-Call Coordination in einem Mordfall**

Eine Person wurde im Dezember 2017 auf einem Autobahnrastplatz in Südungarn erschossen. Der unbekannte Täter wurde kurz nach der Tatbegehung am Ort des Verbrechens durch die ungarischen Behörden zusammen mit seinem Fahrzeug mit einer deutschen Registrierung identifiziert. Der ungarische National Desk wurde noch am selben Tag durch den zuständigen ungarischen Staatsanwalt kontaktiert, und um Hilfe bei einer ausgestellten EIO gebeten. Die OCC zwischen den ungarischen und deutschen National Desks und den betroffenen nationalen Behörden wurde umgehend eingeleitet, sodass die EIO schnell an die zuständige Staatsanwaltschaft in Deutschland übermittelt wurde, die die Durchsuchung der deutschen Wohnung des Verdächtigen genehmigte und das Recht einräumte, während der Durchsuchung gefundene Beweise zu sichern.

Die Hausdurchsuchung zeigt jedoch, dass der Verdächtige in Deutschland sein Auto einem Verwandten aus Österreich geliehen hatte.

Die plötzliche Änderung der Person verschob die Aktivitäten der Kooperation und Koordination vom deutschen zum österreichischen Desk bei Eurojust. Nachfolgend wurde die Anfrage zur Ausführung der EIO in Deutschland zurückgezogen und durch einen EuHB ersetzt, der gegen den noch auf freiem Fuß befindlichen echten Verdächtigen ausgestellt war, sowie durch eine neue EIO. Diese wurden nach Büroschluss erst als Entwürfe an den österreichischen National Desk übermittelt und dann während der Bürozeiten in das SIS hochgeladen, was eine schnelle Reaktion der österreichischen Behörden ermöglichte. Die koordinierte Anstrengung führte schließlich zur Verhaftung des Verdächtigen in Österreich. Weiterhin wurden sein Haus und Auto durchsucht und alle Beweismittel, einschließlich der Schusswaffe, wurden erfolgreich sichergestellt.

Die Dringlichkeit des Falls führte zur Verwendung der OCC zwischen den beteiligten Eurojust National Desks und den zuständigen nationalen Behörden, um einen Kanal für den Austausch von Informationen in Echtzeit zu bieten, und die glatte Übermittlung rechtlicher



Kooperationsinstrumente zu ermöglichen, was schließlich zur Verhaftung des Verdächtigen weniger als 24 Stunden nach Begehen des Verbrechens führte.

### **Eurojusts Hilfe innerhalb von 24 Stunden in einem Steuerbetrugsfall**

Eine OCG, die an einem illegalen Handel mit Industriemineralöl beteiligt war, das als Dieselöl verkauft wurde, unterlag einer Untersuchung durch die tschechischen Behörden. Die OCG vermied die Zahlung von Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer, indem sie das Öl als zum Export bestimmt erklärte, das Öl aus der Tschechischen Republik nach Österreich brachte, und dann die Waren in andere Fahrzeuge umlud und wieder in die Tschechische Republik einfuhr. Obwohl seine Zusammensetzung fast identisch zu Dieselöl ist, ist Mineralöl nicht für Fahrzeugmotoren vorgesehen und der Steuersatz ist ein anderer, da Mineralöl nur der Umsatzsteuer unterliegt. Die OCG profitierte illegal davon, indem sie keine Verbrauchssteuer zahlte, die für Dieselöl anfällt. Das Mineralöl wurde als Re-Export in einen anderen Mitgliedsstaat erklärt und unterlag daher in der Tschechischen Republik nicht der Umsatzsteuer.

Eine Überwachung auf österreichischem Territorium war erforderlich, um zu beweisen, dass die Waren in das tschechische Gebiet zurückgebracht wurden. Ein LoR, der die Genehmigung einer grenzübergreifenden Überwachung anforderte, wurde durch den tschechischen Staatsanwalt ausgestellt. Gleichzeitig führt die tschechische Polizei eine Überwachung auf österreichischem Gebiet durch. Um dies weiter durchführen zu können, war innerhalb von 24 Stunden die Erlaubnis der österreichischen Behörden erforderlich (Frist basierend auf einem bilateralen MLA-Vertrag zwischen der Tschechischen Republik und Österreich).

Da die Frist für die Bereitstellung der Übersetzung des LoR schnell näherkam, wendeten sich die tschechischen Behörden an den tschechischen Desk, um Hilfe bei der Durchführung des LoR (um alle grenzübergreifenden Genehmigungen aus Österreich zu erhalten). Der tschechische Desk kontaktierte umgehend den österreichischen Desk. Ein Missverständnis aus der direkten Kommunikation zwischen den nationalen Behörden wurde gelöst. Der österreichische Desk wendete sich an seine nationalen Behörden und erklärte die Dringlichkeit der Angelegenheit sowie die zu ergreifenden Schritte. Der tschechische Desk kümmerte sich zusammen mit der tschechischen Polizei um die Übersetzung des LoR und leitete diesen am selben Tag über den österreichischen Desk an die zuständige österreichische Behörde weiter.

Weiterhin wurde an diesem Tag ein ergänzender LoR durch das tschechische nationale Mitglied mit einer aktualisierten Anfrage ausgestellt, die Überwachungsmethoden vorgab. Außerdem klärte der tschechische Desk auf eine Anfrage des österreichischen Desks hin die genaue Höhe der durch die OCG hinterzogenen Steuer, die entscheidend dafür war, festzustellen, ob der Mindestbetrag, der unter dem österreichischen Gesetz erforderlich ist, um eine Überwachung zu erlauben, erreicht war.

Dank dieses Einschreitens wurde die angeforderte Überwachung erfolgreich durchgeführt.

## **1.2 Koordinierungstreffen**

Koordinierungstreffen werden organisiert, um die rechtliche Zusammenarbeit und Koordination in komplexen grenzübergreifenden Fällen zu vereinfachen und zu fördern. An Koordinierungstreffen nehmen die zuständigen gerichtlichen und Strafverfolgungsbehörden

der Mitgliedsstaaten teil, die Untersuchungen und Strafverfolgung auf nationaler Ebene durchführen. Simultandolmetscher werden bereitgestellt, was die direkte Kommunikation zwischen den Teilnehmern zu rechtlichen und praktischen Problemen ermöglicht. Vertreter von Drittstaaten sowie Vertreter von Kooperationspartnern wie Europol und OLAF und internationale Organisationen wie Interpol können zur Teilnahme eingeladen werden. Die Verwendung von Videokonferenzeinrichtungen, die Eurojust bereitstellt, stieg ebenfalls an.

Koordinierungstreffen sind ein häufig genutztes operatives Instrument. Eurojust organisiert im Durchschnitt ein Koordinierungstreffen pro Werktag, 2017 waren dies insgesamt 302 Treffen, von denen 24 außerhalb der Räumlichkeiten von Eurojust stattfanden: entweder in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat (Schweiz). Die Fälle befassten sich mit praktisch allen Bereichen der schweren organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität, von denen die häufigsten Geldwäsche, Betrug, Menschenhandel und Drogenhandel sind. Diese 302 Koordinierungstreffen bezogen sich auf 376 Fälle, was bedeutet, dass in einigen Fällen ein Koordinierungstreffen zwei oder mehrere verbundene Fälle behandelt wurden. Die Anzahl an Koordinierungstreffen stieg um 25 Prozent an. Dieses wesentliche Wachstum zeigt, dass sich die Ermittler und Staatsanwälte in den Mitgliedsstaaten immer mehr auf die Unterstützung von Eurojust verlassen, insbesondere in komplexen Fällen. Bei der Planung eines Koordinierungstreffens etwa kann Eurojust den Stand der Dinge bei den Untersuchungen in allen beteiligten Mitgliedsstaaten analysieren und die jeweiligen gesetzlichen Hindernisse und Probleme aufzeigen, einschließlich möglicher Verbindungen mit anderen Ländern. Während des Treffens moderiert Eurojust die Diskussionen und stellt seinen Rat und seine Erfahrung zur Verwendung der gerichtlichen Kooperationsinstrumente, zur Eignung des Aufbaus eines JIT und für einen gemeinsamen Ansatz zur Verfügung.

Während eines Koordinierungstreffens werden konkrete Vereinbarungen besprochen und vereinbart, *inter alia* betreffend:

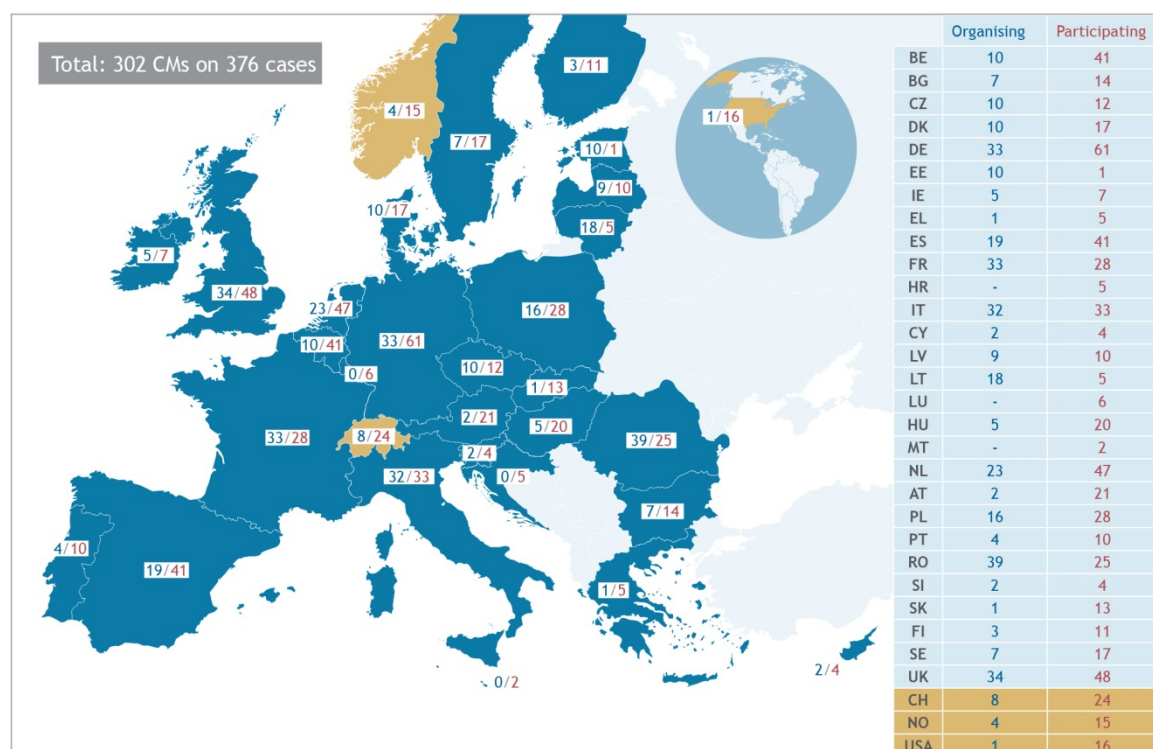
- Austausch von Informationen zu dem aktuellen Stand der Rechtsverfahren;
- Austausch von Beweismaterial im Rahmen der MLA/EIOs;
- Ausgabe und Abschluss von Anfragen für und Entscheidungen zu rechtlicher Kooperation, einschließlich Instrumente zur gegenseitigen Anerkennung, wie etwa EuHBs, EIOs, Sicherstellungsanordnungen usw.;
- Verhindern und/oder Beilegung von Konflikten bei Gerichtsbarkeiten und entsprechenden Verfahrensschritten, einschließlich der Übertragung von strafrechtlichen Verfahren;
- Aufbau und Funktion von JITs; und
- Vereinbarung einer gemeinsamen Strategie und koordinierten Aktionen (z. B. gleichzeitige Untersuchungsmaßnahmen in den beteiligten Staaten und entsprechenden rechtlichen Aspekten).

Im April 2017 fand ein Koordinierungstreffen bei Eurojust zu Untersuchungen angeblicher krimineller Aktivitäten in Zusammenhang mit der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca statt, auch bekannt als der 'Panama Papers'-Fall. Dieser Fall zeigt klar die komplexen rechtlichen Probleme auf, die Eurojust behandelt, einschließlich der großen Anzahl beteiligter Staaten, sowie dem zusätzlichen Wert der Koordinierungstreffen, die gegenseitiges Verständnis unterstützen, Vertrauen aufbauen und entscheidend für die weitere Kooperation sind.

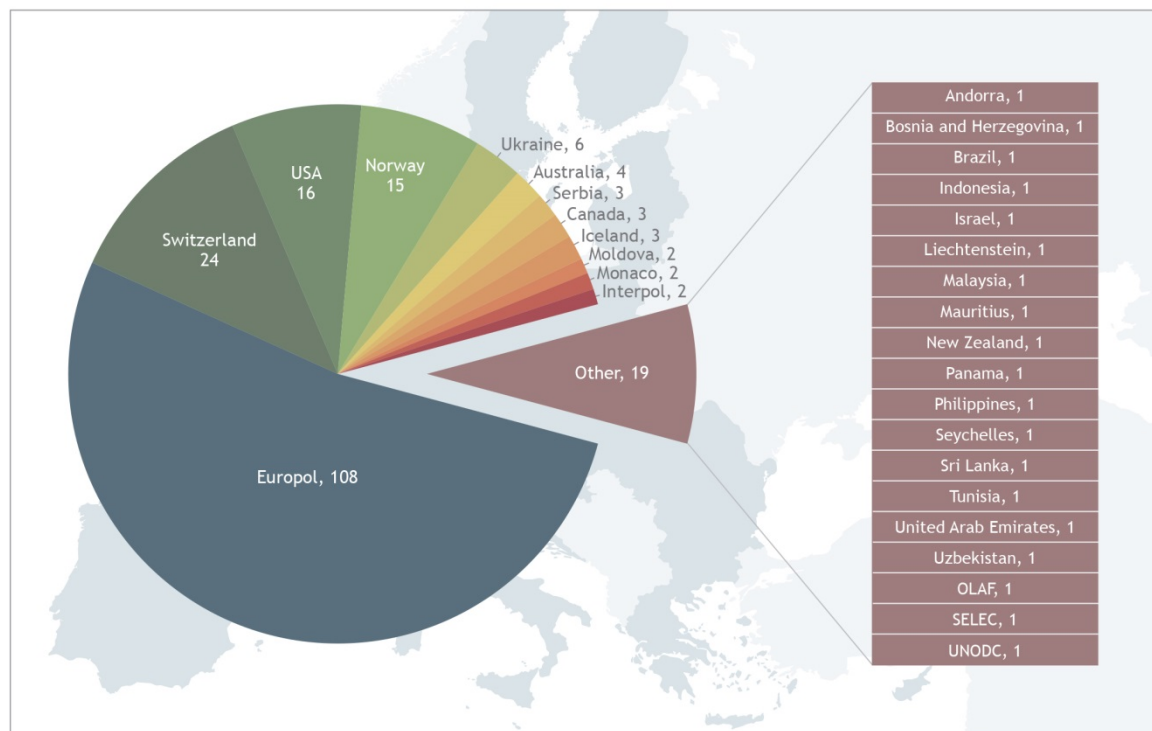
Vertreter der zuständigen Untersuchungsbehörden von 14 Mitgliedsstaaten, Norwegen und dem Generalstaatsanwalt von Panama, insgesamt 69 Teilnehmer, trafen sich bei Eurojust zum Austausch von Informationen zu den verschiedenen laufenden Untersuchungen. Eurojust

schaffte es erfolgreich, alle diese Teilnehmer mit den Behörden Panamas in einem Geist der Kooperation zusammenzubringen, was zu weiteren Aktionen auf nationaler Ebene zwischen unterschiedlichen Mitgliedsstaaten und Panama führte. Ein wichtiges rechtliches Problem, das behandelt wurde, bezog sich auf eine Entscheidung des obersten Gerichts von Panama, dass doppelte Kriminalität eine absolute Bedingungen für die internationale Kooperation ist. Da Steuerhinterziehung in Panama kein Verbrechen ist (sondern nur eine Ordnungswidrigkeit) und daher nicht zu strafrechtlicher Verfolgung wegen Geldwäsche führen konnte, was Panama betraf, betrachteten die Beteiligten andere Verbrechen, die die Anforderung der doppelten Kriminalität erfüllen konnten, und die zu strafrechtlicher Verfolgung wegen Geldwäsche führen konnten.

#### Coordination meetings



Third States, cooperation partners and international organisations involved in coordination meetings



### 1.3 Koordinationszentren

Eurojust erfährt einen wesentlichen Anstieg der Verwendung seiner Koordinationszentren durch Praktiker in den Mitgliedsstaaten, von 10 Koordinationszentren in 2016 auf 17 in 2017. Die neuen Räumlichkeiten ermöglichen Eurojust eine stärkere technische Fähigkeit für den Umgang mit dem steigenden Bedarf. Ein eigener Einsatzraum wurde eingerichtet, um sicherzustellen, dass die teilnehmenden Behörden leicht direkten Kontakt über Eurojust halten können, um Informationen bei multilateralen gemeinsamen Aktionen im großen Maßstab austauschen zu können. Abhängig von den spezifischen Anforderungen an einen Fall können externe Teilnehmer ebenfalls an Koordinationszentren bei Eurojust teilnehmen.

Koordinationszentren führen zu hervorragenden Ergebnissen. In einem Fall wurden umgehend Sicherstellungsanordnungen für einen Betrag von mehr als EUR 3 Mio. während eines Koordinationszentrums in Ländern ausgestellt, die anfänglich nicht als Teilnehmer betrachtet wurden, da Eurojust in der Lage war, die betroffenen Eurojust National Desks sofort mit einzubeziehen.

Die Anzahl der organisierenden Länder hat sich mehr als verdoppelt, und erstmalig wurde ein Koordinationszentrum organisiert, um koordinierte Aktionen auf Initiative des schweizer Verbindungsstaatsanwalts bei Eurojust zu unterstützen. Europol nahm an sieben Koordinationszentren teil, von denen fünf Drittstaaten umfassten, einschließlich Island, Kanada und San Marino. Die häufigsten Verbrechenarten, die behandelt wurden, waren drogenbezogene Verbrechen und finanzielle Verbrechen. Fünf der Koordinationszentren waren mit Fällen befasst, für die eine JIT eingerichtet worden war.

## Hilfe von Eurojust durch ein Koordinationszentrum in einem Fall von Verbrauchsteuerbetrug

Eine OCG, die an transnationalem Handel von alkoholischen Produkten beteiligt war, wurde von den italienischen Behörden verfolgt. Die OCG verwendete eine komplexe Strategie für Verbrauchssteuerbetrug, um Steuern zu hinterziehen, denen alkoholische Getränke unterliegen. Unterschiedliche Zolllager innerhalb der europäischen Union wurden verwendet, um die Waren fiktiv in Nicht-EU-Länder zu verschieben, für die die Zollgebühren ausgesetzt waren (falscher Export). Stattdessen wurden die Waren illegal in Italien und anderen Mitgliedsstaaten verkauft, was zu gewaltigen Gewinnen für die OCG führte.

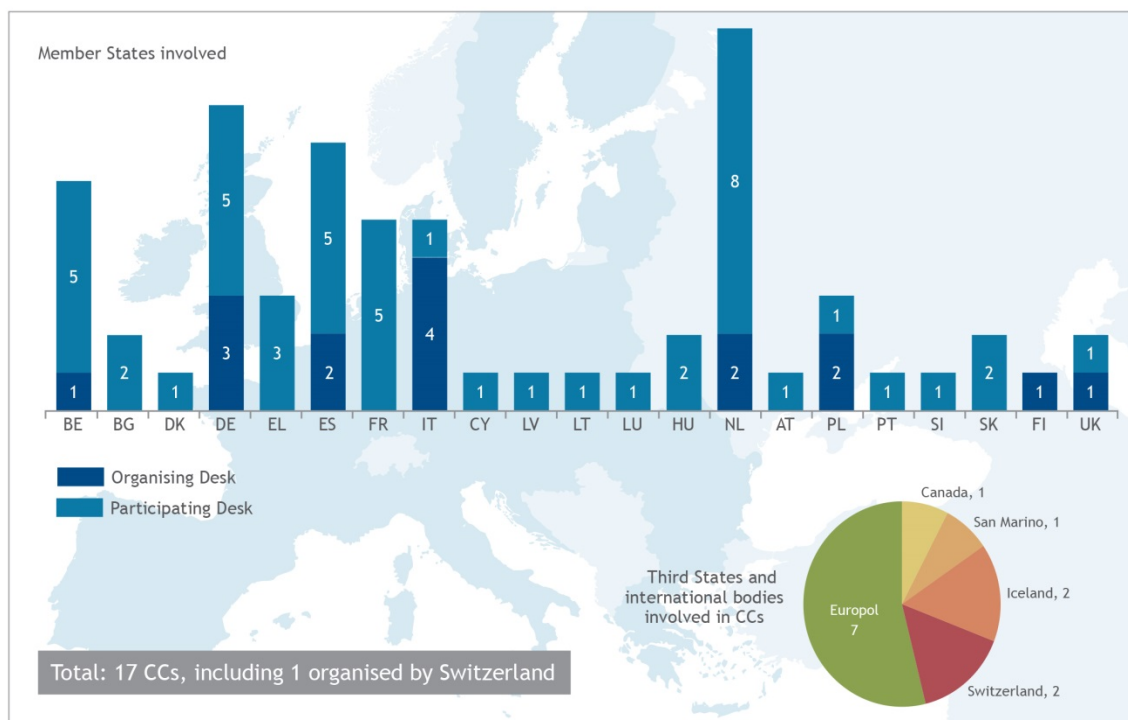
Der Fall wurde durch den zuständigen italienischen Staatsanwalt an Eurojust verwiesen, der Hilfe bei der Ausführung mehrerer MLA-Anfragen von den beteiligten Mitgliedsstaaten (insgesamt 12) und der Schweiz beantragte.

Ein Treffen der Ebene II wurde im Juni gehalten, um die neuesten Ergebnisse der italienischen Untersuchungen und die grenzübergreifenden Verbindungen vorzulegen und die verbleibenden Anforderungen für die Ausführung der MLA-Anträge während eines gemeinsamen Aktionstags zu identifizieren. Während des Treffens wurde eine Entscheidung getroffen, dass die gemeinsame Aktion durch ein Koordinationszentrum von Eurojust unterstützt wurde. Vertreter der italienischen nationalen Behörden und der beteiligten Eurojust National Desks, sowie des schweizer Verbindungsstaatsanwalts, Namen an dem Koordinationszentrum teil. MLA-Anträge wurden auf Grundlage neuer Informationen neu gefasst, und Durchsuchungsbeschlüsse wurden in Echtzeit ausgestellt, was entscheidend für die erfolgreiche Ausführung der angeforderten Maßnahmen war. Daher wurden mehrere Orte durchsucht und Dokumentation und Kommunikationsdaten wurden beschlagnahmt. Dieser Aktionstag half den italienischen Behörden dabei, ihre Untersuchung voranzutreiben und die Aktivitäten des OCG zu klären.

Der Fall dauerte 2017 an.

Herr Wolfgang Merz, einer der externen Teilnehmer aus Deutschland im Koordinationszentrum des Umsatzsteuerbetrugsfalls, Mittelmann/Vertigo V, kommentierte zum Erfolg des Koordinationszentrums bei Eurojust:

*‘Wir möchten Eurojust für seine hervorragende Kooperation und Hilfe bei diesem Koordinationszentrum danken. Wir hatten durchgehend gute Erfahrungen bei der Arbeit an diesem Fall mit Eurojust, und werden auch bei weiteren Koordinationszentren wieder dabei sein. Auch, wenn wir noch keinen vollständigen Überblick haben, können wir bereits sagen, dass der Aktionstag sehr erfolgreich dabei war, umfassende Beweismittel zu sichern, insbesondere bezüglich unserer Hauptverdächtigen. Wir nehmen an, dass unsere Untersuchung wesentlich ausgedehnt werden, sodass wir uns wahrscheinlich auch in Zukunft wieder an Eurojust wenden werden.’*



## 1.4 Eurojust und Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs)

Eurojusts Fallarbeit zeigt, dass JITs immer mehr als effektives Kooperationstool in grenzübergreifenden Fällen betrachtet werden, wobei 200 JITs durch Eurojust unterstützt wurden. Dies ist eine Steigerung um 35 Prozent im Vergleich mit 2016 (bei 148 unterstützten JITs); 87 wurden neu eingerichtet.

Die Anzahl der neu eingerichteten JITs unter Beteiligung von Drittstaaten (11 im Jahr 2017 und 3 im Jahr 2016); 10 JITs, die in vergangenen Jahren eingerichtet wurden und Drittstaaten umfassten, wurden in 2017. Beim 13. Jahrestreffen der JIT-Fachleute meldeten Praktiker, die an JITs mit Drittstaaten beteiligt waren, dass zwar die Ausführung dieser JITs bestimmte Funktionen umfassen können oder von der üblichen EU-Praxis abweichen, dieses Tool jedoch ausreichend flexibel ist, um praktische Anpassungen zu erlauben und dennoch effizient zu funktionieren.

Bezüglich der Arten der Verbrechen, die durch die neu eingerichteten JITs abgedeckt werden, wurde ein wesentlicher Anstieg der JITs in Terrorfällen (8 im Jahr 2017 und 1 im Jahr 2016), Schwindel und Betrug (19 im Jahr 2017 und 9 im Jahr 2016) und Menschenhandelsfälle (26 im Jahr 2017 und 19 im Jahr 2016) festgestellt.

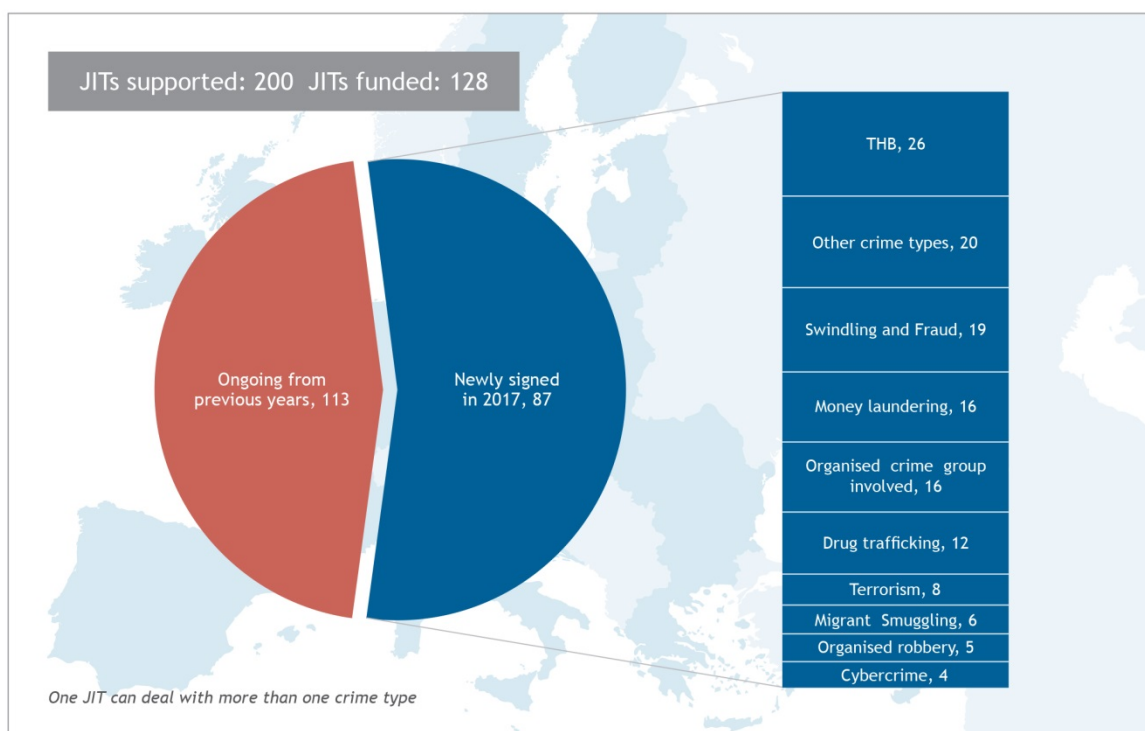
Bei einem Fall von schwerem Betrug und Veruntreuung (PIF-Vergehen), bei dem im Dezember 2016 eine JIT zwischen Italien und Belgien eingerichtet wurde, ermöglichte Eurojust die Erweiterung der JIT um OLAF als Teilnehmer. Eurojust schlug einen vereinfachten Anhang für die JIT-Vereinbarung zur Beteiligung von OLAF dar, die durch den Director General von OLAF im Februar 2017 unterzeichnet wurde.



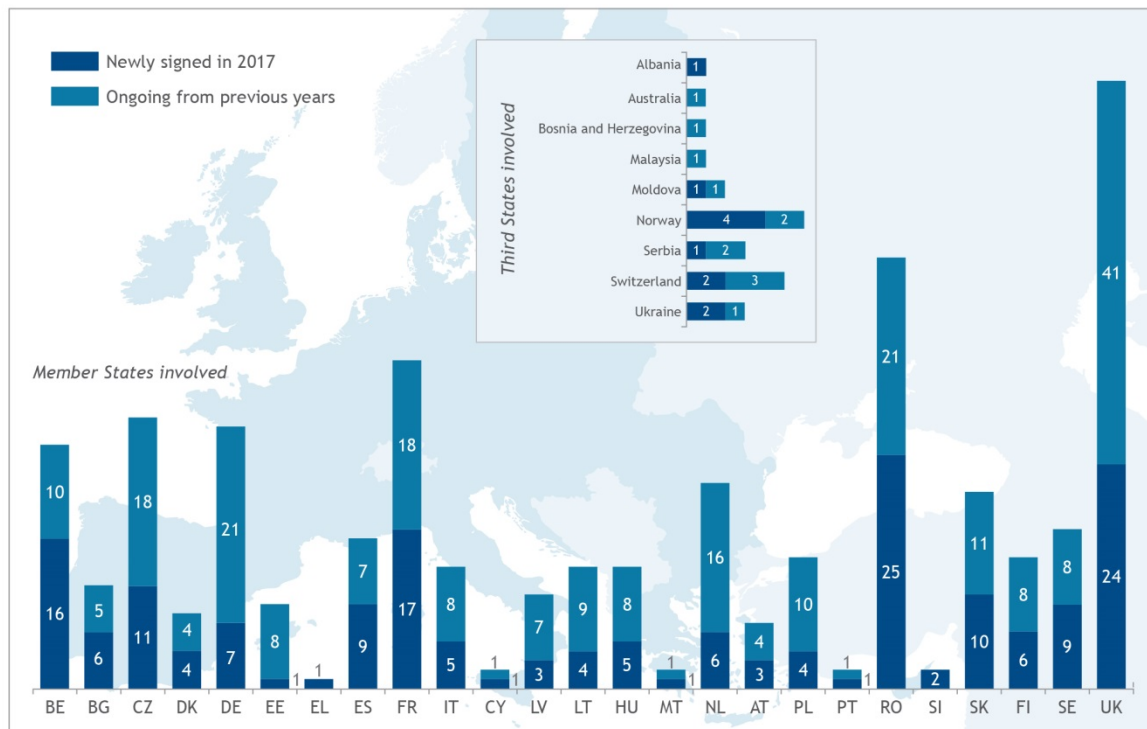
Eurojust unterstütze die Mitgliedsstaaten bei der Einrichtung, dem Betrieb, der Finanzierung und Bewertung der JITs. Die Verwendung der [aktualisierten JITs-Modellvereinbarung](#) (die die Erweiterung der JITs auf Drittstaaten in Betracht zieht) wurde durch Eurojust als Grundlage für Verhandlungen unterstützt und trug zu einer schnellen Einführung von JITs teil.

2017 trug Eurojust zu dem Projekt des JIT-Netzwerk Sekretariat für die Bewertung der JITs teil. Die Hauptergebnisse der Erfahrung von Eurojust mit JITs sind nachfolgend unter "Fokus des Jahres: Bewertung der JITs" zu finden. Im Rahmen des Projekts fanden JIT-Fälle, in denen eine rechtliche Nachverfolgung stattfand, zu effektiven Verurteilungen. Beweismitteln, die über eine JIT beschafft wurden, wurde selten widersprochen, und in den meisten analysierten Fällen als zulässig erklärt.

*JITs supported by Eurojust, including the main crime types*



### Country participation in JITs



### Koordination von JITs

Eine OCG, der in der Region Sliven in Bulgarien aktiv war, wurde nach Eurojusts Koordination von fünf Untersuchungen zu Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung bulgarischer Frauen, die in die Niederlande und nach Belgien gebracht wurden, sowie Geldwäsche, zerschlagen. Eurojust half bei der Koordination von zwei getrennten internationalen Operationen in Palma und Leerdam, und der Einrichtung von zwei JITs. Die JITs wurden über Eurojust finanziert. Sie beliefen sich auf ca. EUR 90.000.

Die Operation Palma wurde 2013 durch die niederländischen Behörden eingeleitet, die Menschenhandelsaktivitäten, die zwischen 2003 und 2010 stattfanden, sowie Geldwäsche und andere Verbrechen in Verbindung mit sexueller Ausbeutung untersuchten. Die Operation Leerdam wurde durch die bulgarischen Behörden im November 2015 eingeleitet, als die Unterstützung von Eurojust in einer anderen laufenden niederländischen Untersuchung des Menschenhandels mit bulgarischen Frauen in den Niederlanden und in Belgien angefordert wurde.

Eurojust war entscheidend bei der Erkennung von Verbindungen zwischen den Untersuchungen der bulgarischen und niederländischen Behörden im Rahmen der Operationen Palma und Leerdam, sowie anderen fortlaufenden Untersuchungen, die in Belgien durchgeführt wurden, und die die sexuelle Ausbeutung der bulgarischen Opfer in Antwerpen und Brüssel betrafen.

Nach einem Koordinierungstreffen bei Eurojust richteten Bulgarien und die Niederlande eine JIT für die Operation Palma ein. Eurojust organisierte außerdem ein Koordinierungstreffen, bei dem sich die Staatsanwälte, Ermittler und Polizeibeamten aus Belgien und den Niederlanden,



denen die fünf verbundene Untersuchungen unterstanden, zum ersten Mal trafen, um einen koordinierten Ansatz zu besprechen und zu vereinbaren, um das OCG zu zerschlagen. An dem Treffen nahmen fünfundzwanzig Teilnehmer teil, einschließlich Beamter von Europol. Aufgrund dieses Koordinierungstreffens richteten Belgien, Bulgarien und die Niederlande eine weitere JIT in der Operation Leerdam ein, um eine gemeinsame Fallstrategie zu identifizieren und sicherzustellen, dass die Aktionen in einem Fall nicht die Untersuchungen im anderen Fall störten.

Innerhalb des Rahmens der Operation Leerdam JIT wurden Untersuchungsaktionen in Bulgarien durchgeführt, wobei Mitglieder der JIT aus den Niederlanden anwesend waren. Innerhalb des Rahmens der Operation Palma JIT erfolgten koordinierte Operationen in Bulgarien, Deutschland und den Niederlanden. Erstmals ermöglichte Eurojust die Koordination zwischen zwei getrennten JITs. Aufgrund der aktiven Beteiligung von Eurojust wurden die Verbindungen zwischen allen fünf nationalen Untersuchungen, die in Bulgarien, den Niederlanden und Belgien stattfanden, eingerichtet, und die korrekte Planung der Untersuchungsaktivitäten erfolgte, was zu einer hoch erfolgreichen koordinierten Operation zum Zerschlagen der OCG führte.

### ***Finanzielle Unterstützung für JIT-Operationen durch Eurojust***

Die finanzielle Unterstützung für eine JIT ist oft entscheidend für dessen Erfolg. Die Erhöhung der Anzahl der JITs spiegelt sich in einem Wachstum von 40,5 Prozent bei der Anzahl der Anträge für finanzielle Unterstützung wider, die Eurojust im Lauf des Vorjahres erhalten hat. Insgesamt gingen 2017 253 Anträge für Aufruf 1-8 ein (180 Anträge im Jahr 2016). Die Anzahl der JITs, die eine Finanzierung erhalten haben, stieg um 42 Prozent, sodass insgesamt 128 JITs finanziert wurden (2016 wurden 90 JITs finanziert). Die große Mehrheit (85 Prozent) der JITs, die durch die Fallarbeit von Eurojust unterstützt wurde, beantragte und erhielt ebenfalls finanzielle Unterstützung. Der Bedarf an JIT-Finanzierungen zur Unterstützung der laufenden operativen Aktionen der Mitgliedsstaaten, die an der Untersuchung und Verfolgung schwerer grenzüberschreitender Verbrechen beteiligt waren, stieg seit 2014 ständig an. Dieser Trend spiegelt wider, dass JITs immer mehr in die Strategien der Staatsanwaltschaften der Mitgliedsstaaten einbezogen werden. 2016 stieg das Finanzierungsbudget der JITs von EUR 500.000 auf EUR 1.000.000 an. Als direkte Reaktion auf den wachsenden Bedarf der Mitgliedsstaaten wurden 2017 durch die Kommission zusätzliche Kredite für die Finanzierung von JITs gewährt, was dazu führte, dass Eurojust in der Lage war, mehr JIT-Finanzierungsempfänger zu unterstützen, als im Jahr 2016 (insgesamt EUR 1,3 Mio.; 128 Finanzierungen gewährt). Die folgende Drittstaaten waren an JITs beteiligt, für die Finanzierungsanträge eingegangen sind: Norwegen (7), Serbien (5), Schweiz (4), Moldau (4), Ukraine (4), Malaysia (3), Australien (3), Albanien (2) und Bosnien und Herzegowina (1).

Eurojust bereitete die Einführung eines neuen IT-Tools vor, das zur Erhöhung der Effizienz im Umgang mit der JIT-Finanzierung führte. Das JIT-Portal, das ab Januar 2018 zur Verfügung steht, ermöglicht die sichere Einreichung von Anträgen durch nationale Behörden online und die Verbesserung der Verbreitung von Daten durch Eurojust. Um JIT-Praktikern bei der Navigation des Finanzierungsverfahrens zu helfen, steht ein [Infografik und ein JIT-Finanzierungsleitfaden](#) zur Verfügung.

## EUROJUST Coordinated Operations 2017



## Kapitel 2 Eurojust-Fallarbeit

### Einführung

Eurojust spielt eine entscheidende Rolle dabei, die multilaterale rechtliche Zusammenarbeit, Koordination und den Austausch von Informationen bei Fällen mit schweren grenzüberschreitenden Verbrechen zu ermöglichen. Eurojusts betriebliche Unterstützung umfasst die Analyse rechtlicher Probleme und praktischer Schwierigkeiten aus seiner Fallarbeit, unter Entwicklung bester Verfahren, Zusammenarbeit mit Partner in der EU und Drittstaaten und enger Zusammenarbeit mit spezialisierten Rechtsexpertenetzwerken.

Die Anzahl der Fälle, die durch die nationalen Behörden zur Hilfe an Eurojust übermittelt wurden, stieg von 2306 Fällen im Jahr 2016 auf 2550 Fälle im Jahr 2017 an. Dies stellt ein Wachstum von 10,6 Prozent dar. Die behandelten Hauptverbrechensarten sind Betrug, Drogenhandel und Geldwäsche. Eurojust registrierte außerdem 13 betriebliche Themen, von denen sich sechs auf Terrorismus bezogen. Diese Themen behandeln Anfragen einer nationalen Behörde oder eines National Desks zum Erfassen von Hintergrundinformationen oder Ratschlägen aller Mitgliedsstaaten, die für betriebliche Angelegenheiten relevant sind oder sich auf diese auswirken.

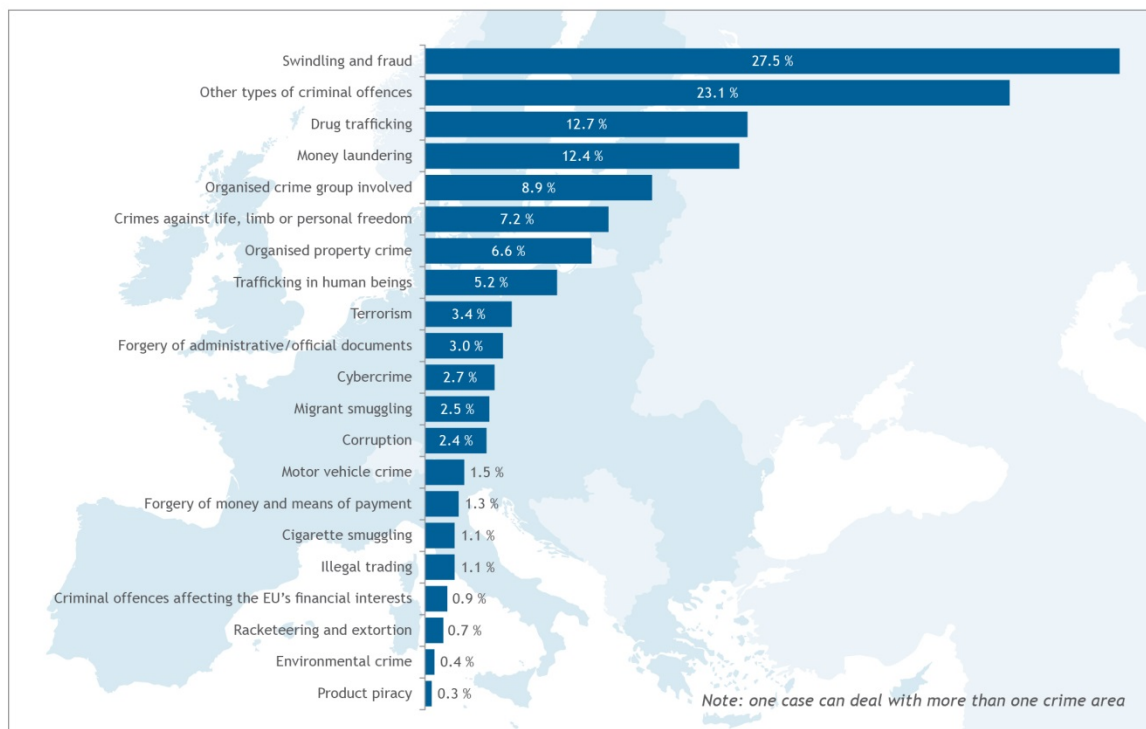


Die Erhöhung bei Fällen schwerer organisierter Verbrechen zeigt die Notwendigkeit auf, einen effektiven Ansatz mehrerer Agenturen für grenzübergreifende Fälle zu unterhalten, insbesondere durch Austausch von Informationen und gegenseitige Beteiligung, sowie eine enge Zusammenarbeit mit Drittstaaten (*siehe* Kapitel 4). Die Verbindungsstaatsanwälte registrierten 148 Fälle. Eurojust baut über den Seconded National Expert for Cybercrime in EC3 und den neu benannten Vertreter des ECTC weiterhin Brücken zwischen Eurojust und den Europol-Zentren. Eurojust trug zum Entwurf der SOCTA sowie zu dem Abschnitt mit dem Titel 'Verurteilungen und Strafen' sowie zum relevanten statistischen Anhang der TE-SAT-Berichts bei. Eurojust führte weiter seine Arbeiten im Rahmen des Policy Cycle 2013-2017 fort und nahm an den EMPACT-Treffen teil, um rechtliche Unterstützung für die jeweiligen betrieblichen Aktionspläne (Operational Action Plans; OAPs) zu erhöhen. Im Rahmen des Policy Cycle 2018-2021 nahm Eurojust an dem Entwurf der mehrjährigen Strategiepläne und OAPs für 2018 teil.

Eurojusts betrieblicher Fokus ist an den Prioritäten der europäischen Agendas zur Sicherheit und Migration ausgerichtet. Eurojust trägt zur Umsetzung der EU-Agendas bei und hat seine Aktivitäten erhöht, insbesondere zum Kampf gegen den Terrorismus, Cyberkriminalität, Schleuserkriminalität und Menschenhandel.

Art des Verbrechens	Fälle			Koordinierungstreffen (CM)			JITs		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Terrorismus	41	67	87	15	18	14	3	4	12
Cyberkriminalität	62	60	70	19	13	9	11	8	7
Schleuserkriminalität	60	65	64	20	12	15	9	11	14
Menschenhandel	79	93	132	32	33	57	21	32	51
Betrug	647	654	700	76	44	75	34	35	45
Korruption	90	74	61	10	15	15	4	2	4
Drogenhandel	274	254	324	57	41	40	25	24	28
Mobile organised crime group (Mobile Gruppe organisierter Kriminalität)	201	199	208	21	19	14	13	12	12
PIF-Kriminalität	69	41	61	11	11	14	5	5	6
Geldwäsche	283	295	315	55	67	85	30	35	45
Umweltkriminalität	5	6	9	1	0	3	0	0	2

### Eurojust casework in crime areas



Das [Eurojust-OLAF-Merkblatt](#) ist ein praktisches Dokument, das die komplementären Rollen von Eurojust und OLAF darlegt und die nationalen Behörden ermutigt, die Beteiligung beider Gremien in Betracht zu ziehen, wenn angemessen. Da kein Mechanismus besteht, um die nationalen Behörden anzuweisen, sich nach einer OLAF-Empfehlung zur Verfolgung oder rechtlichen Nachverfolgung an Eurojust zu wenden, bietet das Merkblatt eine Anleitung für die nationalen Behörden und Praktiker, die bei Eurojust und OLAF arbeiten, dazu, wann die Beteiligung der anderen Organisation angemessen ist, insbesondere bei der rechtlichen Nachverfolgung von OLAF-Empfehlungen bei den nationalen Behörden.

## 2.1 Terrorismus

**Fallarbeit** Die Anzahl der Terrorfälle, die durch nationale Behörden zur Hilfe an Eurojust übermittelt wurden, stieg weiter an – von 14 Fällen 2014, 41 Fällen 2015, 67 Fällen 2016, auf 87 Fälle 2017. Weiterhin registrierte der Verbindungsstaatsanwalt für die Schweiz einen Terrorfall. Am häufigsten ersuchten Italien, Spanien, Deutschland und Frankreich Hilfe. Die am häufigsten wurden Deutschland, Frankreich und Belgien um Hilfe ersucht.

Eurojust unterstützte weiterhin die Untersuchungen der Terrorangriffe in Europa in den letzten Jahren, wie etwa denen im Thalys-Zug, sowie in Paris, Brüssel, Ansbach, Nizza, Berlin, Stockholm, Barcelona und Turku, sowie anderen Fällen von grenzübergreifenden Terroraktivitäten, einschließlich der Rekrutierung, Finanzierung und Propaganda für Terrorzwecke. Der Anstieg der Fälle wird mit einer erhöhten Komplexität der behandelten Probleme und der Anforderung an schnelle und effiziente multilaterale Kooperation kombiniert. Diese Fälle zeigen klar die wachsende Notwendigkeit eines gemeinsamen koordinierten Ansatzes zwischen den rechtlichen Behörden auf. Mitgliedsstaaten ersuchten progressiv die Hilfe von Eurojust, beispielsweise beim Austausch der Informationen und Beweise, um die Ausführung von MLA und Auslieferungsanfragen, EuHBs und EIOs sowie die Einrichtung von JITs zu beschleunigen.

Eurojust organisierte 14 Koordinierungstreffen zu Terrorismusfällen. An zwei dieser Koordinierungstreffen wurden Vertreter von Drittstaaten teil, namentlich Australien, Kanada, Indonesien, Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, der Schweiz, Tunesien, der Ukraine und den USA. Eurojust organisierte außerdem ein Koordinationszentrum gegen eine transnationale OCG, das daran beteiligt war, den Schmuggel von Migranten zu ermöglichen und Verwaltungsdokumente zu fälschen. Durch diese OCG gefälschte Dokumente waren auch durch ein ausgefeiltes Netzwerk verwendet worden, das 2014 zerschlagen wurde. Es hatte FTFs rekrutiert, unterstützt und finanziert.

Weiterhin beteiligt sich Eurojust an einer steigenden Anzahl von JITs in Terrorismusfällen (12 JITs, von denen 8 neu gebildet wurden). JITs stellten eine effiziente Plattform für den direkten Austausch von Informationen und Beweismaterial in bilateralen und multilateralen Terrorismusfällen dar.

Drittstaaten beteiligten sich an drei der JITs: einer mit der Schweiz, einer mit der Ukraine und einer mit Australien, der Ukraine und Malaysia.

2017 erreicht die JIT zwischen den Niederlanden, Belgien, der Ukraine, Australien und Malaysia bezüglich des Absturzes von Flug MH17 am 17. Juli 2014 einen weiteren wichtigen Meilenstein. Eurojust hielt ein Koordinierungstreffen ab, während dem neben langen Gesprächen zwischen den zuständigen Behörden dieser Länder mögliche nächste Schritte für einen Strafverfolgungsmechanismus behandelt wurden. Die beteiligten Länder haben seither gemeinsam beschlossen, dass die Strafverfolgung der für den Absturz der MH17 Verantwortlichen in den Niederlanden stattfinden soll, und ihre andauernde enge Zusammenarbeit bestätigt. Eurojust bleibt ein enger Partner dabei, diese Kooperation zu ermöglichen.

### **Terrorangriffe von Paris**

Die umfassende betriebliche Unterstützung, die Eurojust seinen Mitgliedsstaaten bei Terrorfällen bieten kann, lässt sich am besten durch die Folgen der Terrorangriffe in Paris und Saint-Denis am 13. November 2015 aufzeigen.

Der französische Desk bei Eurojust eröffnete am 26. November 2015 einen Fall für 13 Mitgliedsstaaten und die USA und spielte seitdem eine unterstützende Rolle bei der Übermittlung und Ausführung zahlreicher MLA-Anfragen. Im Dezember 2015 traten Eurojust und Europol der JIT bei, die von Frankreich und Belgien kurz nach den Angriffen eingerichtet wurde. Während die Untersuchungen in Frankreich und anderen Mitgliedsstaaten vorangingen und der Koordinationsbedarf anstieg, organisierte der französische Desk zwischen Januar 2016 und Februar 2017 fünf Koordinierungstreffen: eines in Salzburg, zwei in Paris und zwei in Den Haag.

Indem sie die Rechtsbehörden und die Ermittler aller betroffenen Mitgliedsstaaten an einen Tisch bringen, sind die Koordinierungstreffen Eurojusts wichtigstes betrieblichen Werkzeug für Terrorfälle. In diesem Fall war die durch Eurojust unterstützte Koordination wesentlich dafür, mögliche Verbindungen zwischen den Untersuchungen der Angriffe von Paris und den Thalys-Angriffen im August 2015 herauszustellen. Daraufhin wurden zwei in Österreich Verhaftete und ein in Deutschland festgehaltener Verdächtiger erfolgreich an die französischen Behörden übergeben.

### **Terrorangriff auf dem Berliner Weihnachtsmarkt**

Am 19. Dezember 2016 wurde ein LKW absichtlich in den Berliner Weihnachtsmarkt gefahren, tötete 12 Menschen und verletzte mehr als 70 Opfer. Eines der Opfer war der ursprüngliche Fahrer des LKWs, der erschossen in seinem LKW aufgefunden wurde. Der Täter war ein tunesischer Staatsbürger, der sich von der ISIL-Propaganda inspirieren ließ. Vier Tage nach dem Angriff wurde er in einer Schießerei mit der Polizei nahe Mailand, Italien, getötet. Der Vorfall wurde als Terrorangriff eingestuft.

Ein Fall, der sich auf die deutsche Untersuchung des Angriffs bezog, durchgeführt durch die Bundesstaatsanwaltschaft, wurde bei Eurojust registriert. Der deutsche National Desk war innerhalb von Stunden nach dem Angriff beteiligt und Eurojusts Beteiligung erhöhte sich in der weiteren Entwicklung des Falls. Ein paralleler Fall bezüglich der Schießerei mit der italienischen Polizei wurde durch den italienischen National Desk registriert. Eurojust spielte eine entscheidende Rolle, einen angemessenen und zeitnahen Informationsaustausch auf rechtlicher Ebene zu ermöglichen. Weiterhin hatte Eurojust Zugriff auf sein Netzwerk nationaler Korrespondenten für Eurojust zu Terrorismusangelegenheiten.

Im März 2017 wurde ein Koordinierungstreffen bei Eurojust abgehalten, das durch die deutschen und italienischen Desks mit organisiert wurde, und unter Beteiligung der untersuchenden Behörden verschiedener Mitgliedsstaaten und Drittstaaten stattfand. Das Ziel dieses Treffens war es, Informationen zum Status der Opfer und Zeugen der aus den unterschiedlichen Ländern auszutauschen und die Ergebnisse der Untersuchungen die Reiseroute des Angreifers zu und seines Aufenthalts im Zeitraum vom 19. bis 23. Dezember 2016 zu teilen. Die Teilnehmer besprachen ihre jeweiligen nationalen Untersuchungen und vereinbarten, weiter direkte und über Eurojust zu kooperieren.



**Ratsentscheidung 2005/671/JHA** Die Informationen zu den Untersuchungen, der Strafverfolgung und den Verurteilungen für Terrorvergehen, die mit Eurojust in Einhaltung der Ratsentscheidung 2005/671/JHA geteilt wurden, stiegen wesentlich an. Eurojust wurde über 394 Untersuchungen und Verfolgungen sowie 569 Verurteilungen oder Freisprüche wegen Terrorvergehen informiert. Diese Informationen, zusammen mit Informationen, die Eurojust unter Artikel 13 der Eurojust-Ratsrichtlinie teilte, erlauben Eurojust die Erkennung möglicher Verbindungen zwischen unterschiedlichen Terrorfällen und zwischen Fällen von Terror und organisiertem Verbrechen.

**Kooperation mit Europol** Eurojust verstärkte weiter seine Zusammenarbeit mit Europol, indem es dieses an einer Reihe von Fällen beteiligte, und zu seinen Projekten zur Analyse von Anti-Terror-Maßnahmen, Hydra und Travellers, beitrug. Die Synergien zwischen Eurojust und Europol im Bereich der Terrorbekämpfung wurden durch die Rekrutierung eines Seconded National Expert, der sich auf Antiterrormaßnahmen spezialisiert hat, erweitert, um den Informationsaustausch zwischen Eurojust und dem ECTC zu verbessern. Die Aufgabe umfassen die Förderung der frühzeitigen rechtlichen Verfolgung der Aktivitäten des ECTC und die Verwertung der Koordinationstools von Eurojust.

**Foreign terrorist fighters** Eurojust konzentrierte sich weiterhin in seiner strategischen Arbeit auf die Entwicklung der Strafrechtlichen Reaktion auf FTFs. Im Dezember lieferte Eurojust seinen fünften Bericht *Foreign Terrorist Fighters: Eurojust's views on the Phenomenon and the Criminal Justice Response* beim Ji-Rat ab. Der Bericht, eingestuft als EU RESTRICTED, wurde mit Praktikern und Politikern auf EU- und nationaler Ebene geteilt, um die Bekanntheit der Herausforderungen und besten Verfahren zu verbessern und zu helfen, solide Fälle für die Strafverfolgung aufzubauen. Der Bericht stellt die jüngste Erfahrung von Eurojust bei der Koordination von FTF-Untersuchungen und Verfolgungen dar, die Herausforderungen und die Lektionen, die aus den Untersuchungen und Strafverfolgungen gelernt wurden, die an Eurojust gemeldet wurden. Weiterhin stellt der Bericht vorläufige Ergebnisse bezüglich der Hauptprobleme bei der Verwendung von Schlachtfeldinformationen als Beweismittel in Straffällen heraus, die sich aus den Problem ergeben, Zugang dazu zu erlangen oder nachzuweisen, dass sie rechtmäßig beschafft wurden. Er betont, dass die Informationen, die auf den Schlachtfeldern in Syrien und im Irak eingeholt werden, von einigen Gerichtsbarkeiten bei Terror und internationalen Kernstraftaten verwendet werden können und zieht die Aufmerksamkeit auf mögliche Verbindungen zwischen diesen Straftaten. Der Bericht schließt, dass potenzielle Wege für die Beschaffung und das Teilen von Schlachtfeldinformationen auf dem Standard von Beweismitteln müssen weiter erforscht werden. In enger Zusammenarbeit mit den nationalen Korrespondenten für Eurojust zu Terrorangelegenheiten und dem Genocide Network begann Eurojust damit, die besten Verfahren und Herausforderungen bei der Verwendung von Informationen, die durch das Militär aus Gebieten bewaffneter Konflikte erfasst wurden, als Beweismaterial in Verfahren wegen Terror- und/oder Kriegsverbrechen und/oder als Grundlage für die Eröffnung von Strafverfahren oder Strafverfolgung zu verwenden, aufzuzeichnen.

**Nationale Korrespondenten für Terrorangelegenheiten** Bei der Jahresversammlung der nationalen Korrespondenten für Eurojust für Terrorangelegenheiten, an der auch Terrorabwehrspezialisten aus Norwegen, der Schweiz und den USA, der EU Counter-Terrorism Coordinator, der Leiter des ECTC und ein Vertreter von Frontex, teilnahmen, konzentrierten sich die Gespräche auf die Erforschung von Möglichkeiten zur Verbesserung der gerichtlichen



Reaktionen und Kooperationen im Nachgang von Terrorangriffen, dem Teilen von besten Verfahren beim Umgang mit Opfern direkt nach Terrorangriffen und der Entradikalisierung von Terrorverdächtigen. Die Teilnehmer sprachen über die Herausforderungen bei der Verfolgung und Verurteilung von FTFs für Terrorvergehen und/oder Kriegsverbrechen, sowie die Herausforderungen bei der Erfassung von Schlachtfeldinformationen, die als Beweismaterial in Terror- und/oder Kriegsverbrechenverfahren verwendet werden konnten.

**Reichweite** Die entscheidende Bedeutung der gerichtlichen Aspekte des Kampfs gegen Terrorismus wurde durch Eurojust unter anderem bei Anhörungen vor dem LIBE-Komitee des europäischen Parlaments herausgestellt, sowie während des Besuchs des TERR Committee des europäischen Parlaments bei Eurojust im Dezember. Die Gespräche konzentrierten sich auf den Mehrwert, den Eurojust bei der Unterstützung der fortlaufenden Untersuchungen und Strafverfolgung bietet, sowie die Verbesserung der Koordination und des Austauschs von Informationen. Eurojust drückte seine Bedenken gegen die Neufassung der Verordnung 45/2001 aus, insbesondere den kürzlichen Vorschlag, die Verordnung auf Betriebsdaten anzuwenden, die von Eurojust verarbeitet werden, und bat um eine gemeinsame Regelung für Eurojust, Europol und die EPPO.

Die Verbesserung der Möglichkeiten gerichtlicher Kooperation auf betrieblicher und strategischer Ebene im Kampf gegen den Terror ist eine wichtige Priorität in den Beziehungen von Eurojust mit Drittstaaten. Dazu, und um gegenseitiges Vertrauen zu stärken und künftige Wege für die Kooperation zu erforschen, führte Eurojust eine Reihe von Besuchen von Fachleuten für Terrorabwehr und gerichtliche Kooperation aus Drittstaaten wie Tunesien, Taiwan und der Liga der arabischen Staaten durch.

**Radikalisierung** Im Bereich der Radikalisierung, die zu gewalttätigem Extremismus und Terrorismus führt, überwachte und analysierte Eurojust weiterhin terrorbezogene Verurteilungen, einschließlich der Verwendung von Haftalternativen durch die Gerichte der Mitgliedsstaaten. Eurojust berichtete in seinem Überblicken regelmäßig über die Art der von Richtern in Terrorfällen verhängten Strafen (Gefängnis oder andere Strafen) und, wenn zutreffend, über die Auflagen, die verhängt wurden, um ein Gleichgewicht zwischen Reintegration und Entradikalisierung von Verurteilten sowie der öffentlichen Sicherheit zu erreichen.

Der fünfte Eurojust FTF-Bericht stellt außerdem Erfahrungen und beste Verfahren im Bereich der Reaktionen des strafrechtlichen Bereichs auf die Radikalisierung dar. Eurojust trug zu den Diskussionen und Aktivitäten der neu eingerichteten High Level Kommission Expert Group on Radicalisation (HLCEG-R) bei, vor allem bei der Identifizierung von Prioritäten und konkreten Aktionsvorschlägen auf EU- und Mitgliedsstaatenebene bezüglich Haft- und Bewährungsstrafen, Rehabilitation und Reintegrationsangelegenheiten. Auf Vorschlag von Eurojust hin betrifft eine der durch die HLCEG-R ausgesprochenen Empfehlungen die verbesserte Bereitstellung von Informationen an Eurojust zu Untersuchungen, Strafverfolgung und Verurteilungen wegen Terrorverfahren, um Eurojust die Überwachung der Verwendung von Alternativen für Strafverfolgung und Haftstrafen zu ermöglichen, wie in den Ratsschlüssen vom November 2015 verlangt, und damit zur Entwicklung der Strafpolitik zu den Themen FTFs und Radikalisierung beizutragen.

**Terrorism Convictions Monitor** Eurojust veröffentlichte 2017 drei TCMs, basierend auf Open-Source-Informationen und Informationen der nationalen Behörden der Ratsentscheidung

2005/671/JHA entsprechend. Der TCM enthält einen Überblick über die Verurteilungen und Freisprüche im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten in der ganzen Europäischen Union, sowie aktuelle rechtliche Informationen und eine justizielle Analyse der einschlägigen Urteile. Die analytischen Kapitel der Ausgabe für 2017 enthielt eine Analyse der Urteile, die von Gerichten in Deutschland, Italien und den Niederlanden zu FTFs ergingen. Zwei der Urteile bezogen sich auf Rückkehrer aus Syrien und das andere auf eine Gruppe, die für die Unterstützung und aktive Rekrutierungsversuche von jihadistischen Kämpfern verfolgt wurde. Eine Ausgabe enthält eine Zusammenfassung der Richtlinie (EU) 2017/541, eingeführt im März, zum Kampf gegen den Terror. Ein anderes Problem umfasst eine Auswahl der UN-Sicherheitsratsbeschlüsse zum Kampf gegen den Terror, die sich auf die Gesetze und Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten auswirken können.

#### **Zerschlagung einer Gruppe, die an ISIL-Propaganda beteiligt war.**

Die spanischen Behörden verlangten die dringende Hilfe von Eurojust bei der Untersuchung einer Gruppe, die angeblich an der Produktion von audiovisuellem Material beteiligt war, das online verteilt werden sollte und ISIL-Propaganda enthielt sowie das Begehen von Terrorverbrechen verlangte. Die Gruppe, die in mehreren Mitgliedsstaaten aktiv war, wurde auch der Beteiligung an Rekrutierungs- und Radikalisierungsaktivitäten verdächtigt.

Um die Gruppe zu zerschlagen, planten die spanischen Behörden einen gemeinsamen Aktionstag, der durch Eurojust koordiniert werden sollte. Zu diesem Zweck stellte der zuständige untersuchende Richter fünf Tage vor der geplanten gemeinsamen Aktion zwei EuHBs und zwei LoRs aus, die die Durchführung mehrere Durchsuchungen und Beschlagnahmen relevanter Gegenstände in Deutschland und im UK verlangten. Die EuHBs und die LoRs sollten während des gemeinsamen Aktionstags simultan und koordiniert ausgeführt werden.

Zur Vorbereitung auf den gemeinsamen Aktionstag waren die National Desks von Spanien, Deutschland und dem UK ständig in Kontakt miteinander und ermöglichten den spontanen Austausch von Informationen sowie die sofortige Übermittlung von Kopien der LoRs und EuHBs. Sie tauschten Informationen zum Status der Übersetzungen der LoRs und EuHBs sowie der Einfügung der letzteren in die SIS, und hielten Kontakt mit SIRENE, um die synchronisierte Aktivierung der in die SIS eingeführten EuHBs vorzubereiten.

Die National Desks berieten ihre nationalen Behörden zu den besten Möglichkeiten für die nächsten Schritte und stellten weitere Informationen und Klärungen bereit, wenn dies notwendig war. Vorläufige Prüfungen wurden durchgeführt, um die Behörden in Deutschland und dem UK festzustellen, die für die Ausführung der EuHBs und Durchsuchungen zuständig waren, bevor die Übersetzungen der EuHBs und LoRs zur Verfügung standen. Vor dem Eingang der englischen Version des EuHB leitete der National Desk des UK die spanische Fassung an die zuständigen nationalen Behörden weiter, um die Beglaubigung des EuHB als Voraussetzung für die Verhaftung des Verdächtigen in Birmingham zu beschleunigen. Ein Problem ergab sich bezüglich der Zeit der Durchsuchungen, da das deutsche Gesetz nächtliche Durchsuchungen verbietet (d. h. Durchsuchungen vor 03:00 Uhr), sodass die anfordernde Behörde die Zeit für die Ausführung auf 04:00 Uhr festlegte.

Die dringenden Übersetzungen der EuHBs und LoRs ins Deutsche und Englische (innerhalb von 24 Stunden) wurden über die Eurojust National Desks an die zuständigen deutschen und UK-Behörden übermittelt. In wenigen Stunden nach dem Eingang waren die notwendigen

rechtlichen und praktischen Formalitäten in Deutschland und im UK erledigt, um die verlangten Maßnahmen auszuführen. Über die National Desks bei Eurojust wurden mögliche künftige Probleme aufgrund unzureichender Information über das angebliche Vergehen im EuHB an die spanischen Behörden übermittelt. Weiterhin wurde dafür gesorgt, dass eine Erweiterung des Durchsuchungsbeschlusses im UK ein Fahrzeug umfasste, das im LoR nicht genannt war. Das spanische nationale Mitglied arbeitet außerdem eng mit dem Verbindungsmagistrat für Spanien in London zusammen, um die nationalen Behörden zu unterstützen.

Um 04:00 Uhr am 28. Juni starteten die Behörden in Deutschland, Spanien und dem UK eine erfolgreiche Operation, die zur Verhaftung der sechs verdächtigen Mitglieder der Gruppe führte. Die Operation wurde durch Eurojust koordiniert und durch einen in Spanien eingesetzten Terrorabwehrspezialisten von Europol unterstützt. Spanische Polizeibeamte wurden während des Aktionstags außerdem vor Ort in Deutschland und dem UK eingesetzt.

Eurojust koordinierte und ermöglichte nach dem Aktionstag weiterhin die Kooperation zwischen den nationalen Behörden. Kurz nach den Verhaftungen übermittelten die spanischen Behörden ergänzende Informationen an ihre Kollegen in Deutschland und im UK, um Probleme in Zusammenhang mit den anfänglichen EuHBs zu lösen (laut den Anforderungen des Spezialitätsgrundsatzes für die Erstellung der drei Videoclips) und ermöglichten die Auslieferungsentscheidungen der ausführenden Behörden. Die jeweiligen Staatsanwaltschaften erhielten die weiteren Informationen, die notwendig waren, um die Auslieferungen laut Artikel 15(2) der Rahmenentscheidung zu europäischen Haftbefehlen zu ermöglichen. Aufgrund dessen wurde eine in Deutschland verhaftete Person erfolgreich an die spanischen Behörden ausgeliefert.

Weiterhin ermöglichte Eurojust die Identifizierung und Auswahl der relevanten Gegenstände, die während des Aktionstags in Deutschland beschlagnahmt wurden, die als Beweisstücke in den spanischen Verfahren dienen konnten. Die National Desks von Deutschland und Spanien schafften außerdem Klarheit für den führenden Staatsanwalt in Deutschland, wodurch die Genehmigung des zuständigen nationalen Gerichts erlangt werden konnte, während der Durchsuchungen beschlagnahmte Gegenstände zu übergeben. Die beschlagnahmten Gegenstände wurden nach Artikel 29 FD EuHB abgeliefert.

Einige Monate nach dem Aktionstag führte Eurojust ein Koordinierungstreffen durch, während dem die beteiligten nationalen Behörden aus Deutschland, Spanien und dem UK Feedback zu der Vorbereitung und Durchführung des Aktionstags gaben. Sie besprachen außerdem den Stand der laufenden Verfahren und die Möglichkeiten für künftige Kooperation. Während des Koordinierungstreffens übergaben die Behörden aus dem UK das Material, das während des Aktionstags beschlagnahmt wurde, an Spanien. Die im UK verhaftete Person wurde an Spanien ausgeliefert.

Die Koordination und Hilfe von Eurojust wurde von den spanischen Behörden hoch geschätzt, die annahmen, dass ohne diese Hilfe die Durchführung einer so komplexen gleichzeitigen multinationalen Operation unmöglich gewesen wäre, insbesondere mit Blick auf die kurze Vorbereitungszeit. Eurojusts Hilfe war außerdem entscheidend in der Nachbereitung des erfolgreichen Aktionstags und der fortdauernden Kooperation zwischen den betroffenen nationalen Behörden.

## 2.2 Cyberkriminalität

**Fallarbeit** Untersuchungen zur Cyberkriminalität verlangen grundsätzlich, dass die Vollstreckungs- und Gerichtsbehörden mit Behörden unterschiedlicher Gerichtsbarkeiten zusammenarbeiten und ihre Untersuchungsaktivitäten koordinieren. Eurojust unterstützte 70 Fälle, hielt 9 Koordinierungstreffen und 1 Koordinationszentrum ab und unterstützte 7 JITs, von denen vier neu eingerichtet wurden. Die am häufigsten ersuchenden Länder waren Rumänien, Deutschland und die Niederlande. Die am häufigsten wurden das UK, Frankreich und Deutschland um Hilfe ersucht.

Der Fall NotPetya zeigte, wie wichtig eine sofortige koordinierte Reaktion auf Cyberangriffe im großen Umfang ist, und welchen Mehrwert die frühzeitige Beteiligung von Eurojust und Europol daher bietet.

Am 27. Juni 2017 fand ein massiver Cyberangriff statt, der sich auf Computersysteme in aller Welt auswirkte. Als Ransomware verkleidet, verteilte sich die Schadsoftware, die in dem Angriff verwendet wurde, NotPetya genannt, durch das kompromittierte Computernetzwerk eines ukrainischen Händlers für Buchhaltungssoftware. Aufgrund des Angriffs wurden die IT-Systeme mehrerer Unternehmen irreparabel beschädigt. Zu den Opfern zählten mittelgroße und große Unternehmen in mehreren Mitgliedsstaaten und vielen Ländern in aller Welt. Nur das schnelle Eingreifen der IT-Abteilungen der betroffenen Unternehmen, einschließlich des teilweisen oder vollständigen Blockierens des Netzwerkzugriffs, verhinderte, dass die Malware NotPetya sich weiter ausbreitete.

Innerhalb weniger Stunden nach dem Angriff eröffneten die französischen Gerichtsbehörden eine strafrechtliche Untersuchung und forderten Hilfe von Eurojust an. Parallele Untersuchungen wurden durch mehrere Länder in aller Welt eingeleitet. Um diese Anstrengungen zu koordinieren, wurde im Juli ein Operationstreffen bei Europol abgehalten, und ein Koordinierungstreffen fand im September bei Eurojust statt. 10 Mitgliedsstaaten und die Ukraine nahmen daran teil. Eine JIT wurde im Dezember eingerichtet, um die zeitnahe Erfassung von elektrischem Beweismaterial und die Koordination von Untersuchungsanstrengungen in den beteiligten Ländern sicherzustellen, um Unterschiede der rechtlichen Rahmenbedingungen zu überbrücken.

**Zusammenarbeit mit Europol** Eurojust arbeitete eng mit seinen Hauptinteressensgruppen zusammen, insbesondere durch die Entsendung von Eurojusts nationalem Fachmann zu Cyberkriminalität zum EC3, um eine frühzeitige Beteiligung der gerichtlichen Behörden zu unterstützen und den Austausch von Informationen zu erleichtern, sowie die Joint Cybercrime Action Task Force (J-CAT) zu unterstützen. Eurojust und Europol aktualisierten ihr gemeinsames Papier zu den häufigen Herausforderungen beim Kampf gegen die Cyberkriminalität, das als EU Dok. 7021/17 veröffentlicht wurde.

Seit 2016 unterstützt Eurojust European Money Mule Action (EMPACT) Projekte, bezeichnet als EMMA I, II und III. Jede Aktion bestand aus einer betrieblichen Aktionswoche, gefolgt von einer

Woche mit Medienkampagnen, um das öffentliche Bewusstsein für Money Muling zu verbessern. Der Fokus von EMMA hat sich im Lauf der Jahre von der reinen Identifizierung von Money Mules auf die Identifizierung der kriminellen Organisationen verschoben, die die Money Mules rekrutieren, sowie auf das Verhindern von finanziellen Verlusten, dem Einfrieren und der Beschlagnahmung illegaler Gewinne. Eurojust unterstützt bei der Koordination von Untersuchungen der nationalen Behörden und erteilt Ratschläge zu möglichen gesetzlichen Hindernissen, die aus den grenzübergreifenden Untersuchungen und den Details der öffentlich-privaten Kooperation mit dem Bankensektor entstehen. Die Ergebnisse dieser koordinierten Aktivitäten unter allen Mitgliedsstaaten, der europäischen Bankenvereinigung, Europol und Eurojust zeigten, dass mehr erreicht werden kann, wenn Money Muling auf internationaler Ebene angegangen wird.

**Kooperation mit dem EJC** Eurojust unterstützt das EJC (*siehe* Abschnitt 5.4) und arbeitet eng mit diesem Netzwerk zusammen, um eine Reihe von Aktivitäten zur Verschlüsselung (*siehe* Abschnitt 3.1); Datenaufbewahrung (*siehe* Abschnitt 3.2); Darknet-Untersuchungen; und e-Beweisen zu entwickeln.

Eurojust führte mit Hilfe des EJC zwei Analysen im Bereich der Cyberkriminalität durch: eine Auswirkung der Entscheidung des EUGH zur Datenaufbewahrung und eine zu den Möglichkeiten und Erfahrungen der Mitgliedsstaaten im Bereich der Durchführung von Onlineuntersuchungen bezüglich der Kriminalität im Darknet. Das Ergebnis der vorläufigen Analyse im zweiten Fall wurde im Zusammenhang mit dem Firearms OAP als Eingabe für die Darknet Conference verwendet, die Europol im Oktober 2017 organisierte.

Fachleute von Eurojust und Mitglieder des EJC nahmen an den Treffen zu e-Beweismitteln teil, die durch die Kommission organisiert wurden, machten Beiträge zu Eurojusts Fallarbeit und identifizierten beste Verfahren aus den Mitgliedsstaaten.

Die Plenartreffen des EJC bei Eurojust stellen eine Plattform zum Teilen von Erfahrungen, Expertise und Besitzer Verfahren unter dem wichtigsten Beteiligten an dem Kampf gegen Cyberkriminalität dar, d.h. Vertretern der nationalen Behörden, Eurojust National Desks, Beobachter der EC3, dem Rat, der Kommission und dem Leiter des Sekretariats des EJC. Der Darkweb-Fall, unterstützt durch Eurojust und EC3, wurde während des Plenartreffen vorgestellt und illustrierte die vielen technischen und rechtlichen Herausforderungen im Kampf gegen Kriminalität im Darkweb. Der Ansatz, den die Untersuchung gewählt hat, wurde durch das EJC als bestes Verfahren betrachtet, und kann als hervorragendes Beispiel für die künftige Schließung ähnlicher illegaler Märkte im Darkweb dienen.

**Cybercrime Judicial Monitor** Eurojust veröffentlichte seinen dritten CJM, ein Berichtstool zur Unterstützung von Praktikern in der Untersuchung und Verfolgung von Fällen der Cyberkriminalität. Er stellt einen Überblick über Gesetzesentwicklungen dar und analysiert das Fallrecht in den Bereichen Cyberkriminalität, cyber-unterstützte Kriminalität e-Beweise. Er umfasst die Ergebnisse der Auswirkungsanalyse der Entscheidung des EUGH zur Datenaufbewahrung. In mehreren Mitgliedsstaaten haben die Gerichte bereits die Gültigkeit der nationalen Regeln zur Datenaufbewahrung überprüft. Bislang hat keiner davon seine nationalen Gesetze zur Datenaufbewahrung geändert. Der CJM legt außerdem eine vorläufige Analyse der Überprüfung der Untersuchungsmöglichkeiten von Eurojust vor, die den Vollzugsbehörden zur Verfügung stehen, sowie der praktischen und gesetzlichen Herausforderungen, denen sie bei

der Durchführung von Untersuchungen im Darkweb gegenüberstehen. Grenzüberschreitende Kooperation und Koordination in diesen Untersuchungen sind mit Blick auf die vielen beteiligten Gerichtsbarkeiten entscheidend für ihren Erfolg. JITs bringen dieser Domäne einen besonderen Mehrwert.

**Reichweite** Eurojust stellt seine Arbeit zu Cyberkriminalität bei mehreren LIBE-Komitee-Anhörungen im europäischen Parlament vor. Bei der Anhörung zu sexuellem Missbrauch und Ausnutzung von Kindern stellte Eurojust seine Fallarbeitsanalyse der sexuellen Ausnutzung von Kindern online dar.

### **Operationen gegen ein kriminelles Netzwerk im Usenet**

In Fällen der Cyberkriminalität ist das Timing entscheidend. Mit einem Tastendruck können Daten entfernt oder aus einer Gerichtsbarkeit in eine andere übertragen werden – nicht nur innerhalb der europäischen Union, sondern auch in andere Teile der Welt.

Im Oktober 2017 trug der deutsche National Desk zwei verbundene Fälle an Eurojust heran, die große angebliche Verletzungen des deutschen Gesetzes zu geistigem Eigentum umfassten. Online-Piraterie-OCGs wurden verdächtigt, internetbasierte Piracy-Portale zu betreiben, die tausende lizenzierte oder urheberrechtliche geschützte Materialien wie Filme, Software und Fernsehern anboten.

Während die Werbung für diese Inhalte im Surface Web (nicht im Deep Web) unter Domains wie [www.town.ag](http://www.town.ag) und [www.usenetrevolution.info](http://www.usenetrevolution.info) nicht versteckt war, wurden die Inhalte im Usenet gespeichert. Es wird vermutet, dass die Leiter der OCGs mehr als 1 Million EUR aus dem Verkauf der entsprechenden Mitgliedszugänge zum Usenet erworben haben. Die Schäden durch diese Urheberrechtsverletzungen werden auf 7,5 Mio. EUR geschätzt.

Die Server für alle diese Aktivitäten wurden durch unterschiedliche Unternehmen mit Tochtergesellschaften in Frankreich, den Niederlanden, San Marino und Kanada betrieben. Weiterhin befanden sich zwei der 68 Verdächtigen in der Schweiz und ein Hauptverdächtiger in Spanien. Ein Koordinationszentrum wurde eingerichtet, um die gerichtliche Kooperation mit diesen Ländern zu unterstützen, relevante Daten zu beschlagnahmen und andere Anforderungen angemessen und zeitnah auszuführen.

Da zwei deutsche Staatsanwaltschaften zuständig waren und die Ziele sich in und außerhalb Deutschlands befanden, wusste das Koordinationszentrum, dass es passende Synchronisierung zwischen den verschiedenen angeforderten Aktionen sicherstellen musste. Kooperationsanfragen nach Frankreich und in die Niederlande erfolgten durch EIOs; in die anderen Länder LoRs verwendet. Zwar befanden sich die meisten Verdächtigen in Deutschland, aber ein EuHB wurde für den Verdächtigen in Spanien ausgestellt.

Das Timing der Operation bezüglich der Datenbeschlagnehmung war wesentlich für diesen Fall. Zum Zweck der Strafverfolgung war eine Übernahme der internetbasierten Piracy-Portale entscheidend. In einem frühen Stadium wurde das Koordinationszentrum informiert, dass die deutschen Behörden in der Lage gewesen seien, Passwörter zu beschlagnahmen, die einen Zugriff zu den meisten Servern gestatteten. Eurojust kontaktierte umgehend alle relevanten Mitgliedsstaaten und bat darum, die Operationen, die sich auf die jeweiligen Hostingunternehmen bezogen, zu verschieben.

Der Maßnahmenzeitplan wurde während des Aktionstags mehrfach geändert, um die sich ständig verändernden betrieblichen Bedürfnisse zu erfüllen. Eurojust griff während des gesamten Aktionstags schnell ein, um die optimale Synchronisierung der Operation über die beteiligten Länder hinweg sicherzustellen. Zwei Personen wurden verhaftet, 76 Durchsuchungen fanden statt und mehrere Websites, Server, Computer und elektrische Beweismittel wurden beschlagnahmt.

Diese große Datenmenge wurde folgendermaßen beschafft:

- Durch Abrufen und Herunterladen der Daten von Internetservern unter Verwendung offener Laptops oder Passwörter, die während Hausdurchsuchungen der Verdächtigen in Deutschland gefunden wurden;
- Beschlagnahmung weiterer Server, von denen angenommen wurde, dass sie sich in den Räumlichkeiten der Hostingunternehmen in Frankreich und Kanada befanden; und
- Konfiszierung von Dokumente und umfassende Informationen zu Transaktionen von Unternehmen in Spanien und den Niederlanden.

Die Auswirkung der Maßnahmen ging hier über die kriminellen Netzwerke hinaus. Während des Aktionstags gingen andere Usenet-Pirateriewebsites offline. Ähnliche OCGs merkten wahrscheinlich, dass eine internationale gerichtliche Aktion stattfand, und beschlossen, ihre Server vorbeugend abzuschalten, um eine Verfolgung zu verhindern.

## 2.3 Migrantenschmuggel

**Fallarbeit** Die Anzahl der Fälle, die an Eurojust verwiesen wurden, stieg von 32 im Jahr 2014 auf 64 im Jahr 2017 an. Eurojust organisierte 15 Koordinierungstreffen, zwei Koordinationszentren und 14 JITs, von denen sechs neu eingerichtet wurden, was die Notwendigkeit erneut bestätigte, die Kooperation durch gerichtliche Kooperationstools zu vereinfachen, um das Phänomen auf internationaler Ebene anzugehen. Die am häufigsten ersuchenden Länder waren Österreich, Griechenland und Italien. Die am häufigsten wurden Deutschland, Bulgarien und Italien um Hilfe ersucht.

Die Gesamtanzahl der Fälle, die an Eurojust verwiesen wurde bleibt jedoch im Vergleich mit dem Umfang der andauernden Migrationskrise und der angenommenen Anzahl von ermöglichten Migrationen gering.

Eurojust unterstützte weiterhin die zuständigen Gerichtsbehörden der Hotspots über seine National Desks, basierend auf gerichtlicher Information, die von seinen speziellen gerichtlichen Kontaktstellen in Italien und Griechenland erhalten wurden

Gerichtliche Behörden sprechen sich für eine regionale gerichtliche Kooperation im Zusammenhang mit der North Sea Task Force aus. Diese wurde im April 2016 eingerichtet. Sie umfasst Gerichts- und Vollstreckungsbehörden aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden und dem UK, sowie Eurojust und Europol, um Informationen auszutauschen und die Koordination der Strafverfolgung zu verbessern.

Ein Fall zeigt die erfolgreichen Aktivitäten der Task Force. Der Fall betraf eine OCG, die der Ermöglichung illegaler Immigration aus Ländern wie Afghanistan, Pakistan und Vietnam in die europäische Union unter Verletzung des Immigrationsrechts verdächtig wurde. Außerdem wurde die OCG der Geldwäsche verdächtig. Es wurde angenommen, dass die OCG Migranten in

besonders ausgestatteten Fahrzeugen durch Bulgarien, Belgien, Frankreich und die Niederlande transportiert hat, um sie schließlich in das UK zu bringen. Die Untersuchungen der OCG begannen 2016 im UK und den Niederlanden, und es wurden Verbindungen in die drei anderen Mitgliedsstaaten gefunden. Ein Aspekt dieses Falls ist, dass er eine Reihe von Länder zusammengebracht hat, die sich entlang eines Teils des Schmuggelwegs befinden: das Zielland (UK), die Transitländer (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande) und Länder, in denen die OCG logistische Unterstützung fand (vornehmlich Frankreich, wo Fahrzeuge ausgestattet wurden).

Wie von Praktiklern bei dem [Eurojust-Treffen zu Schleuserkriminalität](#) im Juni betont, verlangt die Art der Fälle von Schleuserkriminalität eine engere Zusammenarbeit zwischen den Quell-, transit- und Zielländern, sodass diese Fälle natürliche Kandidaten für internationale gerichtliche Zusammenarbeit sind. Das Treffen schloss mit einer Vereinbarung zu der Notwendigkeit, die gesamte OCG zu zerschlagen und zu verfolgen, statt nur die nationalen Segmente einzeln zu verfolgen. Frühzeitige Informationen wurden als beste Verfahren in diesem Zusammenhang identifiziert. Die Verbesserung der Kooperation mit Drittstaaten wurde ebenfalls angemerkt. Diesbezüglich weist die Fallarbeit von Eurojust darauf hin, dass die Kooperation in einem Fall mit dem Libanon, der Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, der Türkei und der Schweiz und zweimal mit Serbien stattfand.

### **Scheinehen**

Scheinehen scheinen zunehmend häufig als *Modus operandi* verwendet zu werden, um Migranten in die europäische Union zu schleusen, wobei es Hinweise darauf gibt, dass die OCGs die Unterschiede der Gesetze in den Mitgliedsstaaten genau kennen und sich solche mit nachsichtigen rechtlichen Rahmenbedingungen aussuchen.

2014 und 2015 kam es in Irland zu einem wesentlichen Anstieg der Asylanträge von Nicht-EU-Staatsbürgern vom indischen Subkontinent. In demselben Zeitraum wurde ein wesentlicher Anstieg der Ehen zwischen bestimmten Nicht-EU- und EU-Staatsbürgern beobachtet, vornehmlich zwischen Männern vom indischen Subkontinent und Frauen aus Osteuropa und Portugal. Untersuchungen dieses Phänomens zeigten, dass die Asylbewerber diesen Prozess verwendeten, um einen Status in Irland zu erwerben, obwohl die große Mehrzahl dieser Männer bereits einen Immigrationsstatus und eine Vergangenheit im UK besaßen. Für die betroffenen Frauen schien die Motivation ausschließlich finanzieller Gewinn zu sein.

2016 eröffnete der irische National Desk einen Fall, um gerichtliche Hilfe von Lettland anzufordern, um mögliche Organisatoren und Anwerber lettischer Bräute vor Gericht zu bringen. Die Schlüsselziele der irischen Untersuchung waren ein in Irland lebender männlicher Staatsbürger von Pakistan und eine ebenfalls in Irland lebende lettische Frau. Die weibliche Verdächtige reiste regelmäßig nach Lettland und wurde als Organisatorin und Anwerberin für zahlreiche Zwecke mit lettischen Frauen betrachtet.

Bei dem ersten Koordinierungstreffen im Februar 2016 bestätigten die lettischen Behörden, dass in ihren eigenen Untersuchungen der Hauptverdächtige ein anderer Pakistaner war, der ein Netzwerk führte, das an wenigstens 60 Scheinehen beteiligt war. Die verdächtigen waren verbunden und der verwendete *Modus operandi* wurde durch die lettische und irischen Behörden bestätigt.



Das zweite Koordinierungstreffen wurde im Februar 2017 angehalten, um die wesentlichen Herausforderungen des Falls zu lösen, insbesondere die rechtliche Charakterisierung der Vergehen und des Problems der doppelten Kriminalität.

Scheinehen sind unter dem irischen Gesetz nicht strafbar, sodass nur Nebenvergehen wie Verschwörung zum Betrug, Täuschung oder Vorlage falscher Dokumente als Grundlage für strafrechtliche Vorwürfe bleiben. Die Strafen für solche Verbrechen sind meist minimal.

In Lettland wurde das Verbrechen der Scheinehe 2013 in das Strafgesetzbuch aufgenommen, aber die Verfolgung stellte sich weiter als eine große Herausforderung heraus, da nur wenig Fallrecht zu Verfügung stand und die verhängten Strafen großen Schwankungen unterlagen. Weiterhin kam es zu Problemen bezüglich der Gerichtsbarkeit, wenn ein Teil des Verbrechens nicht auf lettischem Gebiet begangen wurde und der Fall nur einen Versuch betraf.

Die wichtigste irische Zielperson wurde in Irland aufgrund eines Verstoßes gegen das Immigrationsgesetz verhaftet und die irischen Behörden schlugen die Auslieferung des Verdächtigen nach Lettland aufgrund der Vorwürfe der Scheinehe vor. Eine Abschiebungsanordnung und eine Auslieferung basierend auf einem EuHB wurden in Betracht gezogen. Da eine Abschiebung nicht zielspezifisch ist, führte diese Maßnahme zu dem Risiko, dass der Verdächtige nicht nach Lettland reisen würde, was dem Zweck der Untersuchung gegen ihn zuwiderlaufen würde. Die Auslieferung unter einem EuHB aus Lettland verlangte ein entsprechendes Vergehen in Irland. Die Liste der Vergehen im in der EuHB-Rahmenrichtlinie 2002 wurde betrachtet und die Beteiligten kamen zu dem Schluss, dass eine Entscheidung zu treffen war, nachdem die Strategie der lettischen Staatsanwaltschaft definiert wurde. Um sicherzustellen, dass der Hauptverdächtige in Irland der Strafverfolgung unterlag, zogen die Beteiligten eine Verhandlung in Absentia in Lettland als dritte Option in Betracht. Die irischen Behörden boten an, eine solche Option zu ermöglichen, und Beweismittel zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde der irische Schlüsselverdächtige abgeschoben, nachdem sein Immigrationsstatus widerrufen wurde.

In Reaktion auf dieses Phänomen begannen die irischen Behörden, die Angelegenheit an der Wurzel anzugehen, vornehmlich durch Bewusstseins-schärfung unter den an Eheschließungen Beteiligten. Die störende Strategie, die in Zusammenhang mit Eurojust und einer Reihe von Mitgliedsstaaten umgesetzt wurde, brachte Ergebnisse, da die Anzahl von Eheanträgen seit 2015 stark zurückgegangen ist.

Die Mitglieder der Operation arbeiten mit den anderen Mitgliedsstaaten zusammen und werden von Eurojust und Europol unterstützt, um Scheinehen offenzulegen und eine paneuropäische Untersuchung läuft. Weiterhin entwickelte sich die irische Untersuchung und konzentriert sich nun auch auf Ehen, die 2012 und 2013 geschlossen wurden.

**Themengruppe zu Schleuserkriminalität** Die Themengruppe setzte ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Strafverfolgungsbüros fort, die durch Schleuserkriminalität betroffen wurden. Analysen nationaler Rechtsprechung italienischer, spanischer und französischer Fälle wurden veröffentlicht. Diese Analysen zeigen landesspezifische Hindernisse und die Lösungen, die für diese gefunden wurden, auf. Beispielsweise beschreibt die Analyse der italienischen Rechtsprechung Lösungen zur Ausübung italienischer Gerichtsbarkeit auf der Hochsee, während die Analyse der französischen Rechtsprechung eher auf das Vorherrschen betrügerischer Ausweispapiere und die Reaktion der Gesetzgeber durch Erhöhung der Strafen diesbezüglich hinweist.

**Kooperation mit Europol** Eurojust hat eine Kontaktstelle für den Analysis Project Checkpoint, Eurojusts betriebliche Schnittstelle mit dem Vollstreckungssektor und insbesondere mit Europa, um Fälle von gemeinsamem Interesse zu besprechen. Weiterhin erforscht Eurojust die Möglichkeiten für die weitere Entwicklung enger betrieblicher Beziehungen mit dem in Europol basierten European Migrant Smuggling Centre (EMSC).

**Reichweite** Eurojust unterhält eine enge Kooperation mit Einrichtungen der EU und anderen Interessengruppen, die aktiv im Kampf gegen die Schleuserkriminalität sind. Der Austausch von Informationen mit den jeweiligen Partnern, wie etwa den Missionen und Operationen unter der Common Security and Defence Policy (CSDP), wurde verbessert, und weitere Gelegenheiten wurden erforscht, um einen Austausch von Informationen mit den Immigration Liaison Officers in Zusammenhang mit dem Überprüfungsverfahren der Ratsverordnung (EG) Nr. 377/2004 zu unterstützen. Weiterhin trug Eurojust zu der Halbzeitprüfung der europäischen Agenda zu Migration und beschrieb *inter alia*, dass die nationalen Vollstreckungsbehörden ermutigt werden müssen, ihre Strategien bei der Strafverfolgung anzupassen, um die Pläne der OCG zu erreichen. Diesbezüglich können die gerichtlichen Kooperationsstools von Eurojust entscheidende Hilfen bereitstellen.

Der Austausch strategischer Informationen mit EUNAVFOR MED dauerte das ganze Jahr über an. Eurojust und FRONTEX sind aktuell damit beschäftigt, neue Kooperationsgelegenheiten zu bewerten. Unter dem neuen rechtlichen Rahmenwert von FRONTEX können FRONTEX und Eurojust persönliche Daten zum Zweck der Strafverfolgung austauschen.

## 2.4 Menschenhandel

**Fallarbeits** Eurojust registrierte 132 Fälle, was einen wesentlichen Anstieg nach 93 Fällen 2016 darstellt, und hielt 57 Koordinierungstreffen, nach 33 im Jahr 2016. Die am häufigsten ersuchenden Länder waren Rumänien, das UK und Bulgarien. Die am häufigsten um Hilfe ersuchten Länder waren Rumänien, Deutschland und das UK.

Der Einsatz von JITs stieg ebenfalls an: 26 JITs wurden neu eingerichtet, was zu insgesamt 51 aktiven JITs führte. Neununddreißig JITs wurden von Eurojust finanziert. Die JITs umfassten auch Drittstaaten wie Norwegen, die Schweiz, Bosnien und Herzegowina. Menschenhandelsverbrechen werden häufig durch OCGs begangen, manchmal in Verbindung mit Geldwäsche und Verbrechen gegen das Leben, Körperverletzung oder Freiheitsberaubung. Die ständige Betonung auf Menschenhandel in der Form des strategischen Projekts, dem Eurojust-Aktionsplan gegen Menschenhandel und den Empfehlungen aus dem Endbewertungsbericht haben wahrscheinlich zu dieser stärkeren internationalen Unterstützung beigetragen.

**Endbewertungsbericht** Im Januar veröffentlichte Eurojust seinen [Endbewertungsbericht zur Umsetzung des Eurojust-Aktionsplans gegen Menschenhandel 2012-2016](#). Er überprüft die Fallarbeit von Eurojust im Kampf gegen Menschenhandel während des Zeitraums vom 1. Januar 2012–31. Dezember 2016 und konzentriert sich auf die Arbeiten, die während der zwei Jahren des Aktionsplans (2014-2016) umgesetzt wurden. Der Bericht zeigte, dass die häufigste Art der Ausbeutung von Opfern von Menschenhandel die sexuelle Ausbeutung ist, während die zweithäufigste Form die Ausbeutung der Arbeitskraft ist. Untersuchungen dieser Art von

Verbrechen sind komplex. Es sind häufig gut organisierte kriminelle Gruppen und verwundbare Opfer beteiligt.

Der Bericht beschrieb einige Herausforderungen der Untersuchungen und Strafverfolgung:

- Sammeln und Zulässigkeit von Beweisen;
- Identifizierung und Standort der Opfer;
- Zuverlässigkeit der Opferaussagen;
- Probleme bezüglich Konflikten der Gerichtsbarkeiten;
- Ausführung von EuHBs;
- Anwendung grenzüberschreitender Sonderuntersuchungstechniken;
- Aufdecken und Konfiszieren der durch Menschenhandel erlangten Gewinne;
- Nachweis der Geldwäsche durch OCGs, die an Menschenhandel beteiligt sind; und
- Unterschiede der materiellen und Verfahrensgesetze der Mitgliedsstaaten.

Der Bericht stellte außerdem einige beste Verfahren heraus: (i) Eurojust gibt den nationalen Behörden eine Plattform zur Klärung von Problemen und zum Finden eines gemeinsamen Verständnisses des weiteren Vorgehens durch Organisation und Hilfe bei Koordinierungstreffen; (ii) Eurojust kann helfen, Probleme mit der Gerichtsbarkeit zu lösen; (iii) ein disziplinübergreifender Ansatz unter Beteiligung von NGOs, Steuerabteilungen, Immigrationsdiensten und Vollstreckungsbehörden ist von Vorteil; (iv) Aufbau des Vertrauens von Opfern ist wichtig; und (v) die Einrichtung einer JIT kann helfen, Probleme in Verbindung mit Beweismitteln zu lösen.

**Reichweite** Aufgrund der Komplexität dieses Verbrechens ist ein Ansatz über mehrere Behörden hinweg notwendig. Eurojust ist weiter seiner Partnerschaft mit anderen Institutionen der EU und JHA-Behörden verpflichtet, um die Aktionen zu verschlanken und Ressourcen im Kampf gegen Menschenhandel zu optimieren. Im März traf sich der EU Anti-Trafficking Coordinator mit dem Präsidenten von Eurojust, um die neuesten Entwicklungen und die künftige Arbeit im Bereich Menschenhandel zu besprechen. Eurojust legte außerdem den Bericht innerhalb der Gruppe der Menschenhandels-Kontaktstellen der JHA-Behörden vor, den Vorsitz die Kommission hat, und besprach diesen. Eurojust leistete Beiträge zum Entwurf der Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament und den Rat, der über die Nachverfolgung der *EU Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels* berichtete und weitere konkrete Aktionen identifizierte. Ein Fokusbereich der Mitteilung ist die Störung des Geschäftsmodells, von dem Menschenhandel abhängig, etwa durch Intensivierung von Untersuchungen und Verfolgungen sowie Vereinfachung proaktiver finanz- und informationsgeführter Untersuchungen, Rückgewinnung von Vermögenswerten, Einfrieren und Konfiszierung von Gewinnen, sowie durch eine engere Zusammenarbeit.

Ferner teilte Eurojust seine Erfahrung und besten Verfahren mit dem UNODC: Es beteiligte sich an den Expertengruppentreffen zur internationalen rechtlichen Kooperation in Fällen des Menschenhandels und trug zu dem Entwurf des UNODC für das *Handbook on Investigating and Prosecuting Trafficking in Human Beings Worldwide* bei.

### **JIT in einem Fall von Menschenhandel für sexuelle Ausbeutung**

Der Fall bezieht sich auf Menschenhandel aus der Slowakei in das UK zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. In diesem Fall ist der Menschenhandel mit anderen Formen krimineller Aktivität

verbunden: Die Verbrechen, die im UK untersucht wurden, umfassten nicht nur Menschenhandel, sondern auch Vergewaltigung, Ermöglichung von Schleuserkriminalität und in das UK, Dokumentenfälschung und andere damit verbundene Verbrechen. In der Slowakei bezogen sich die Untersuchungen auf Erpressung, Behinderung der Justiz und versuchte Behinderung der Justiz.

Die Notwendigkeit, eine JIT einzurichten, wurde durch bilaterale Kontakte auf Polizeiebene identifiziert. Eurojust erleichterte die Kommunikation zwischen den nationalen Behörden während der Vorbereitung und dem Einrichtungen der JIT und half bei der Erstellung der JIT-Vereinbarung und der nachfolgenden Ergänzungen. Weiterhin verlangten aufgrund der Unterschiede der rechtlichen Systeme die slowakischen Behörden eine Rechtfertigung dafür, dass die JIT-Leitung des UK ein Polizeibeamter war, und kein Staatsanwalt. Eurojust klärte das Problem durch Erklärung der Trennung der Funktionen zwischen den Strafverfolgungs- und Untersuchungsbehörden in England und Wales; sie arbeiten während des gesamten Zyklus seiner Kriminalfälle eng zusammen, aber ihre Rollen sind klar festgelegt. In dem System des UK kann ein Staatsanwalt einen Polizisten nicht anweisen, zu handeln, und auch nicht die Kontrolle oder Führung über die Untersuchung ergreifen. Daher muss die Leitung der JIT UK durch einen Polizeibeamten übernommen werden. Weiterhin half Eurojust dabei, eine rechtliche Lösung zu finden, die einen Übersetzer für die JIT beinhaltete.

Die JIT-Vereinbarung wurde im September 2013 unterzeichnet, wobei Eurojust beteiligt war. Eurojust bot JITs außerdem finanzielle Unterstützung. In der betrieblichen Phase der JIT war Eurojust an den Diskussionen beteiligt und leistete Beiträge zu dem rechtlichen Wesen von 'Anordnungen zum Verhindern von Sklaverei und Menschenhandel', die im UK unter dem Modern Slavery Act ausgestellt wurden. Laut des Gesetzes des UK ist die Verletzung einer solchen Anordnung im UK ein auslieferungsfähiges Vergehen, das zu einer Strafe von bis zu fünf Jahren Gefängnis führen kann, und ein EuHB könnte ausgestellt werden. Es gibt jedoch kein Instrument der gegenseitigen Anerkennung, das es der Slowakei ermöglichen würde, eine solche Anordnung zu übernehmen. Da die gerichtlichen Anordnungen auf Grundlage des nationalen Rechts gestellt wurden, das die Rahmenentscheidung des Rats 2008/947/JHA vom 27. November 2008 zur Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung nicht umsetzt, kann die Polizei in der Slowakei Informationen nur auf polizeilicher Ebene bereitstellen, um die Behörden im UK über eine mögliche Verletzung dieser Anordnungen im Gebiet der Slowakischen Republik zu informieren.

Typisch für Menschenhandelsverbrechen ist, dass verwundbare Opfer Schutz benötigen. Bestimmungen diesbezüglich waren Teil der JIT-Vereinbarung. Die JIT stellt die Anwesenheit slowakischer Opfer bei den Verhandlungen im UK sicher, erleichterte die Zeugenaussagen der Beamten aus der Slowakei in den Verfahren im UK und unterstützen den fortlaufenden schnellen Austausch von Informationen.

Nach dem Abschluss der Untersuchung wurden 10 Personen im UK für das Verbrechen des Menschenhandels 'andere verbundene Vergehen' (d. h. Scheinehen) verurteilt.

Die Informationen, die über die JIT erfasst wurden, ermöglichten die Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens in der Slowakei. Die Untersuchungen führten zur Verurteilung von drei Personen für Erpressung und Behinderung der Justiz.

## **Eurojusts Hilfe beim Einrichten einer JIT und Erstellung eines gemeinsamen Aktionstags in einem Fall von Menschenhandel und Geldwäsche**

Im April 2016 eröffneten die rumänischen Behörden eine Untersuchung zu einer internationalen OCG, der Menschenhandel zu sexueller Ausbeutung, Zuhälterei und Geldwäscherei zur Last gelegt wird. Weiblicher Opfer, die aufgrund ihres Alters, körperlicher oder geistigen Behinderung oder aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen, Arbeitsalternativen oder Familienbeziehungen verwundbarer waren, wurden durch Mitglieder der OCG in die Prostitution in Belgien, der Tschechischen Republik, Deutschland, Spanien, der Schweiz und dem UK gezwungen. Die Untersuchung offenbarte, dass ein wesentlicher Geldbetrag aus den beschriebenen strafrechtlichen Aktivitäten geschafft wurde, wobei die Banktransaktionen, die durch die OCG durchgeführt wurden, mehr als EUR 5 Mio. umfassten.

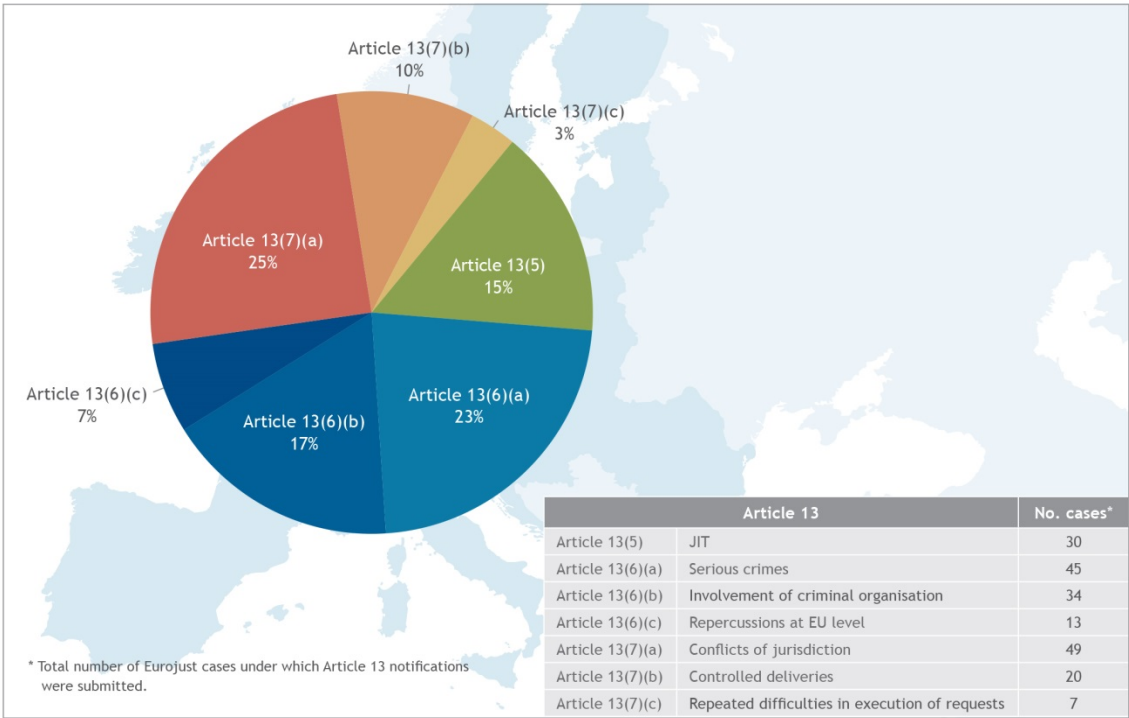
Im September 2016 wurde der Fall an Eurojust verwiesen, um die Kooperation mit den nationalen Behörden der beteiligten Mitgliedsstaaten und Drittstaaten zu unterstützen, insbesondere beim Aufbau einer JIT und der Vorbereitung eines gemeinsamen Aktionstags. Beim ersten Koordinierungstreffen im Februar 2017 wurde die Einrichtung einer JIT vereinbart. Die JIT-Vereinbarung wurde im März zwischen Belgien, Rumänien und dem UK unterzeichnet, unter Beteiligung der jeweiligen nationalen Mitglieder. Parallel dazu erhielt, übermittelte und erleichterte Eurojust die Ausführung von MLA-Anfragen mit der Tschechischen Republik, Deutschland, der Schweiz, Ländern, die nicht am JIT beteiligt waren.

Das zweite Koordinierungstreffen im Mai wurde verwendet, um den gemeinsamen Aktionstag zu planen und vorzubereiten. Weiterhin vereinbarten die Teilnehmer an diesem treffen mit Unterstützung von Eurojust den besten Ort, an dem die Verfolgung stattfinden sollte. Während des gemeinsamen Aktionstags im Juni wurden 71 Hausdurchsuchungen in Rumänien und 20 in Belgien, der Tschechischen Republik, der Schweiz und im UK durchgeführt. Große Geldmengen, Schmutz, Schusswaffen, Drogen und elektronische Geräte wurden beschlagnahmt. Am selben Tag wurden 39 Verdächtige in Rumänien und drei im UK verhaftet und 40 Zeugen verhört. Weiterhin wurde Vermögen in Höhe von mehr als 2 Mio. EUR in Rumänien eingefroren. Eurojust beriet die nationalen Behörden während des gemeinsamen Aktionstags.

In diesem Fall leistete Eurojust auch finanzielle und logistische Unterstützung für die JIT. Europol trug zu dem Austausch der Informationen unter den beteiligten Ländern bei und leistete betriebliche Unterstützung durch Organisation eines betrieblichen Treffens und eines Querabgleichs der eingehenden Informationen.

Eurojust überwachte den Fluss der Mitteilungen nach Artikel 13 (5) bis (7) des Eurojust-Ratsbeschlusses, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet bestimmte Informationen mit Eurojust zu teilen.

Article 13 cases



## d Marketingseminare

### Informationsveranstaltungen und Marketingseminare

Eurojust organisierte, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen nationalen Behörden drei Marketingseminare (in Finnland (Mai), Schweden (September), und Portugal (November)) Informationsveranstaltungen (in Bulgarien, Frankreich, Litauen, Ungarn, Rumänien und Finnland), um die Aufgaben, die Arbeit und den Mehrwert von Eurojust bei operativen Angelegenheiten sowie die Anerkennung von Eurojust als Zentrum der justiziellen und rechtlichen Expertise in der Europäischen Union zu fördern. An diesen Seminaren nehmen Staatsanwälte, Richter und/oder Polizeibehörden teil.

### Reichweitenstrategie

Im Dezember genehmigte das College die Reichweitenstrategie von Eurojust in den Mitgliedsstaaten zur weiteren Verbesserung des Bewusstseins der nationalen Behörden zu den Leitungen und dem betrieblichen Mehrwert von Eurojust. Die Strategie bezieht sich auf die Nützlichkeit der regelmäßigen Besuche der nationalen Mitglieder bei nationalen Behörden zur Besprechung von fallbezogenen Angelegenheiten und/oder um sich gegenseitig zu Richtlinien und Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten. Außerdem wird das praktische Wissen betont, das Praktiker erlangt haben, die an Studienbesuchen bei Eurojust teilnehmen, insbesondere solchen, die in Kooperation mit dem EJTN stattgefunden haben. Weiterhin sieht die Strategie eine neue Art der Förderung von Eurojust (Ersetzen der Marketingseminare und Informationsveranstaltungen) durch 'nationale Workshops', vor, die die National Desks in den Mitgliedsstaaten organisieren, um die Leistungen von Eurojust und die unterstützende Rolle für die nationalen Behörden zu erklären und die Aufgaben, Zuständigkeiten und den Mehrwert zu bewerben.

### EJTN-Austauschprogramm

Im Rahmen des EJTN-Austauschprogramms nahmen 20 Staatsanwälte/Richter aus 11 Mitgliedsstaaten (BG, CZ, DE, ES, IT, LT, HU, AT, PL, PT, SI) an einer langfristigen Trainee-Periode (drei oder vier Monate) bei den Nationalen Büros von Eurojust teil und unterstützten die operative Arbeit. Außerdem nahmen 26 Staatsanwälte/Richter aus 16 Mitgliedsstaaten an einem einwöchigen Studienbesuch bei Eurojust im September teil.

# Kapitel 3 Herausforderungen und bewährte Methoden

## Einführung

Durch die operative und strategische Arbeit trägt Eurojust zur Erkennung von Herausforderungen und bewährten Methoden in verschiedenen Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen bei.

Eurojust behandelte 2017 insbesondere rechtliche und praktische Probleme in den Bereichen der Verschlüsselung, Datenaufbewahrung und EuHB. Seit dem Umsetzungstermin für die EIO am 22. Mai 2017 hat Eurojust den nationalen Behörden bei der Anweisung der EIO und der Erbringung von rechtlicher Beratung in operativen Fällen geholfen, wenn es dabei zu Schwierigkeiten kam. Eurojust überwacht und analysiert weiterhin möglicherweise auftretende potenzielle Probleme.

## 3.1 Verschlüsselungen

Eurojust organisierte im Juni einen Workshop zusammen mit der Kommission und dem EJCN, um Informationen zu der Auswirkung der Verschlüsselung auf strafrechtliche Untersuchungen zu erfassen und praktische Lösungen für erkannte Probleme zu finden. Der Workshop konzentrierte sich auf die Bewertung des rechtlichen Rahmenwerks in den Mitgliedsstaaten, sowie die rechtlichen Verfahren, Hindernisse und besten Verfahren. Er deckte folgende Themen ab: (a) die Auswirkung der Verschlüsselung auf die täglichen Verfahren der strafrechtlichen Untersuchungen und Strafverfolgung, (b) Entschlüsselungs-Schlüsselmanagement und Bereitstellung von Daten in Klartext, (c) Entschlüsselung und (d) Umgehung der Verschlüsselung.

Teilnehmer betonten, dass die Verschlüsselung immer stärker wirksame strafrechtliche Untersuchungen beeinträchtigt, da immer mehr Beweisstücke aus kriminellen Aktivitäten statt traditionellen Beweisstücken wie etwa Dokumenten aus Papier in Form von Daten in elektronischer Form vorliegen. Die Herausforderungen der Verschlüsselung beziehen sich auf Online- und Offline-Verarbeitung und Datenspeicherung. Der Umgang mit Verschlüsselungsproblemen bei strafrechtlichen Untersuchungen führt zu rechtlichen und technischen Fragen.

Bezüglich des Entschlüsselungsschlüsselmanagements und der Bereitstellung von Daten in Klartext wurde zwischen verpflichtender und freiwilliger Kooperation eines Verdächtigen oder eines Dritten unterschieden. Die Beteiligten wiesen darauf hin, dass bestehende Offenbarungspflichten der Gesetze einiger Mitgliedsstaaten und die freiwilligen Vereinbarungen in anderen Mitgliedsstaaten aktuell möglicherweise nicht optimal funktionieren. Weiterhin betonten Beteiligte, dass die Einführung einer Pflicht eines Verdächtigen, einen Entschlüsselungsschlüssel oder Daten in Klartext bereitzustellen, zu Bedenken bezüglich des Rechts, sich nicht selbst zu belasten, führen würden. Der professionellen Ansicht der Beteiligten entsprechend könnte ein Entschlüsselungsschlüssel, der rechtmäßig im Rahmen einer Untersuchung beschafft wurde, Grundsätzen für die weitere Untersuchung eingesetzt werden.



Die Beteiligten kamen zu dem Schluss, dass die Verschlüsselung eine direkte Herausforderung für effektive und effiziente strafrechtliche Untersuchungen und Strafverfolgung darstellen. Bei der Betrachtung von Ansätzen für den Umgang mit dieser Herausforderung kamen die Beteiligten zu dem Schluss, dass ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Untersuchung (die einen effektiven Zugang zu den Daten verlangt) und dem Schutz der Grundrechte gefunden werden sollte.

Das Ergebnis dieser Workshops wurde in den 11. Fortschrittsbericht der Kommission, *Towards an effective and genuine Security Union*, integriert.

### 3.2 Datenaufbewahrung

Eurojust nahm schnell eine erste Beurteilung der Auswirkung der gerichtlichen Kooperation in strafrechtlichen Angelegenheiten innerhalb der europäischen Union bezüglich des Urteils des EUGH in den verbundenen Fällen C-203/15 und C-698/15 (Tele2 und Watson) vor. Dazu wurde ein ausführlicher Fragebogen an die Mitglieder des EJCN gesendet. Der Fragebogen behandelte nationale gesetzliche Vorschriften zur Datenaufbewahrung mit Blick auf die Überlegungen des EUGH in seinen Urteilen, insbesondere, ob das rechtliche Rahmenwerk allgemeine/willkürliche Datenaufbewahrung vorsah, den Umfang der Garantien für verpflichtende Datenaufbewahrung und nachfolgendem Zugriff, und schließlich der möglichen Auswirkung des Urteils auf die Erfassung und Zulässigkeit von Beweismitteln auf nationaler Ebene und bei internationaler gerichtlicher Kooperation im Allgemeinen. Die Analyse spiegelte die Ansichten der Praktiker zu den Angelegenheiten wieder. Eurojust stellte im Juni 2017 einen Bericht aus, *inter alia* für die Kommission und den Rat (Ratsdok. 10098/17) und teilte diesen mit Europol. Eurojust überwacht weiterhin die Entwicklungen innerhalb der europäischen Union bezüglich der Datenaufbewahrung zum Zweck strafrechtlicher Untersuchungen, und konzentriert sich auf die Implikationen im Zusammenhang mit gerichtlicher Kooperation.

### 3.3 Europäischer Haftbefehl

Eurojust unterstützte nationale Behörden mit Anfragen bezüglich der Anwendung des EuHB, wie in 320 Fällen bezüglich der Verbesserung der Ausführung von EuHBs registriert wurde, was 12,5 Prozent aller Fälle ausmachte. Griechenland legte die größte Anzahl an Ersuchen vor (44), gefolgt von Polen (32), Bulgarien (27), Österreich (27) und Schweden (23). Am häufigsten ersucht wurden die Mitgliedsstaaten UK (54), Spanien (42), Italien (37), Rumänien (27) und Frankreich (23).

Artikel 16 der Rahmenentscheidung zum EuHB (FD EuHB) legt fest, dass bei konkurrierenden EuHBs die ausstellenden gerichtlichen Behörden Eurojust um Rat dazu bitten dürfen, an welchen Mitgliedsstaat die angeforderte Person zuerst auszuliefern ist. Nach solchen Anfragen vom UK (3), aus Belgien (2), Frankreich (1), den Niederlanden (1) und Slowenien (1) wurden acht Fälle von konkurrierenden EuHBs bei Eurojust eröffnet.

Artikel 17 Absatz 7 des Rahmenbeschlusses über EuHBs sieht vor, dass in Ausnahmesituationen, wenn ein Mitgliedstaat die in Artikel 17 angegebenen Fristen nicht einhalten kann, Eurojust darüber informiert werden muss, dies unter Nennung der Gründe für die Verzögerung. 2017 wurden 38 solche Mitteilungen registriert. Zwei dieser Fällen wurden im College registriert, da sie weitere Unterstützung der betroffenen National Desks benötigten, während die anderen 36 Fälle nur zu Informationszwecken an Eurojust weitergeleitet wurden. Diese Mitteilungen konzentrieren sich weiterhin in einigen Mitgliedsstaaten. Um die strukturierte Übermittlung von Informationen zu Eurojust bezüglich der Verzögerungen in der Ausführung von EuHBs sicherzustellen, erstellte Eurojust ein ausfüllbares PDF-Formular. Die Vorlage, die in Beratung mit nationalen Fachleuten aus den Mitgliedsstaaten erstellt wurde, wird im ersten Quartal 2018 an die zuständigen nationalen Behörden übermittelt.

Seit dem Urteil *Aranyosi und Căldăraru* des EUGH am 5. April 2016 hat Eurojust einen Anstieg der EuHB-Fälle verzeichnet, in denen die gerichtlichen Behörden aufgrund der angeblich unzureichenden Haftbedingungen in den ausstellenden Mitgliedsstaaten Probleme mit der

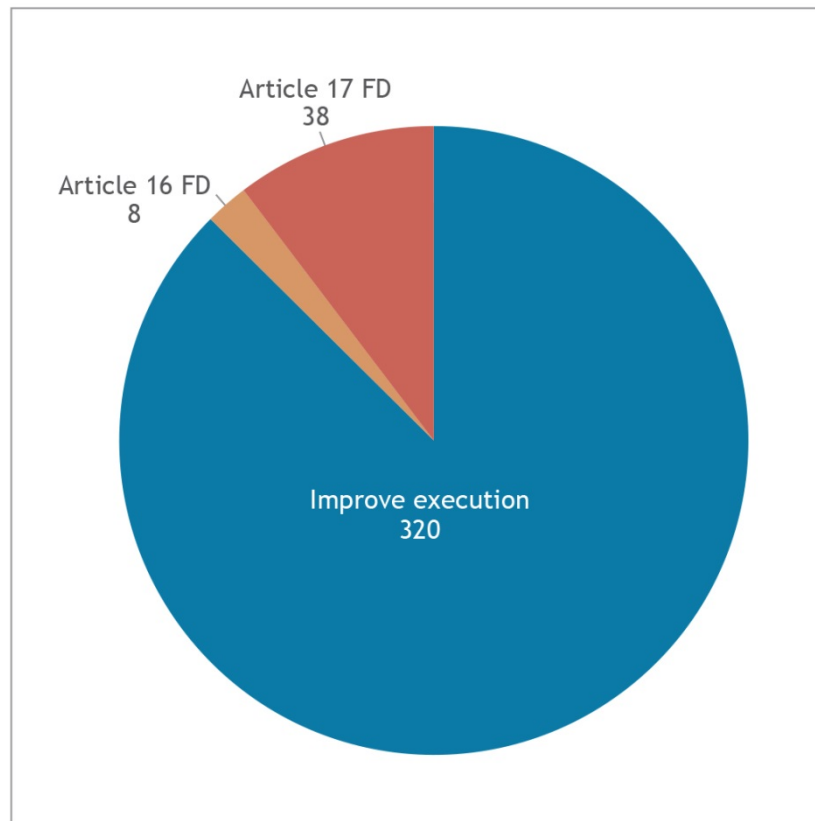
Ausführung von EuHBs hatten. Im Februar hielt das College eine Themendiskussion zu [\*EuHB und Haftbedingungen\*](#), um Erfahrungen und beste Verfahren auszutauschen. Während des Gesprächs verwiesen die Beteiligten auch auf das obige Urteil und seine Auswirkung auf nationale Fälle, und untersuchen Vorschläge für weitere Unterstützung von Eurojust für nationale Praktiker. Weiterhin unterhielt Eurojust im November ein Fachtreffen zum *Schaffen eines Tools zur Bewertung der Haftbedingungen*, das durch FRA organisiert wurde. Nationale Fachleute aus 12 Mitgliedsstaaten sowie Vertreter von FRA, der Kommission, dem EJM-Sekretariat und Eurojust besprachen die Entwicklung möglicher Tools zur Bewertung der Haftbedingungen. Das Ergebnis des Gesprächs wird in einem FRA-Bericht widerspiegelt.

[\*\*Bericht zu Eurojusts Fallarbeit im Bereich des EuHB \(2014-2016\)\*\*](#) stellt Praktiker Einblicke in die Hauptprobleme zur Verfügung, die in der EuHB-Fallarbeit gefunden wurden. Diese Probleme umfassen rechtliche und praktische Hindernisse bei den Auslieferungsverfahren und Erklärungen dazu, wie Eurojust versucht hat, diese wann immer möglich zu überwinden. Der Bericht bezieht sich *inter alia* auf die folgenden Probleme: Informationsanforderungen; Übermittlung von EuHBs; konkurrierende EuHBs; Zeitgrenzen; Verschiebung der Auslieferung und Probleme bezüglich der eigentlichen Auslieferung; Verfolgung für andere Vorgehen; Hilfe bei komplexen multilateralen Fällen; und schließlich die Auswirkung des Fallrechts von *Aranyosi und Căldăraru* und *Petruhhin* auf die Fallarbeit von Eurojust.

[\*\*Das Fallrecht durch das europäische Gericht zum EuHB\*\*](#) ist ein regelmäßig aktualisiertes Produkt von Eurojust, das Praktikern in der EU einen Überblick über die Zusammenfassungen der EUGH-Urteile bezüglich der Rahmenentscheidung 2002/584/JHA vom 13. Juni 2002 zum europäischen Haftbefehl und den Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedsstaaten bereitstellt. Diese Zusammenfassungen werden nach Thema gruppiert und umfassen knappe Hintergrundinformationen zu dem Fall, die Fragen, die an den EUGH gestellt wurden, und die rechtliche Begründung des EUGH.

Eurojust erstellte außerdem eine *Briefingnotiz zum Urteil Petruhhin (Fall C-182/15) und der Rolle von Eurojust*, veröffentlicht als . 15786/17 LIMITE. Der Zweck dieser Notiz ist es, die Praktiker der Mitgliedsstaaten über die Folgen des Urteils *Petruhhin* und die Rolle zu informieren, die Eurojust diesbezüglich spielen kann. Die Briefingnotiz fasst das Urteil zusammen, erwähnt einige der hauptsächlichen Fragen, die durch die Anwendung dieses Urteils aufgebracht werden, und bespricht schließlich die mögliche Rolle von Eurojust in diesem Zusammenhang.

### EAW cases



#### MLA in Fällen von Verbrechen zu geistigem Eigentum

Im Oktober fand bei Eurojust das Treffen des European Intellectual Property Prosecutors Network (EIPPN) statt, das von dem European Union Intellectual Property Office (EUIPO) und Eurojust gemeinsame organisiert wurde. Das Ziel dieses Treffens war die Verbesserung der Kooperation und Interaktion unter den EIPPN-Mitgliedern, sowie zwischen dem EIPPN und anderen Einheiten und Netzwerken in ganz Europa, die im Bereich der geistigen Eigentumsrechte (IPR) aktiv sind.

Das Treffen diente als Plattform für die Praktiker von Mitgliedsstaaten und Drittstaaten bei der Untersuchung und Verfolgung von Verbrechen zu geistigem Eigentum (IPC). Die Praktiker gaben Einblicke in ihre organisatorischen Strukturen und legten Fälle vor, die die gerichtlichen und praktischen Herausforderungen und Hindernisse herausstellten, die bei der Untersuchung und Verfolgung solcher Verbrechen auftreten.

Die vorläufigen Ergebnisse einer EUIPO-Studie durch die Universität von Kopenhagen zu 'gerichtlichen Maßnahmen bezüglich der Verletzung von geistigen Eigentumsrechten online' wurden vorgelegt. Die erkannten hauptsächlichen Herausforderungen sind die Diversität der nationalen Gesetze in den Mitgliedsstaaten und die schnelle Anpassung der kriminellen Verhaltens an technische Entwicklungen.

Die Notwendigkeit der Verfolgung strafrechtlich relevanter Vermögenswerte und verbesserter internationaler Kooperation wurden zum Ausdruck gebracht. Eurojust hat Erfahrung bei der

Ermöglichung der Ausführung von Sperrungsanforderungen und Verfahren zur Rückgewinnung von Vermögenswerten, sowie bei der Förderung des Mehrwerts der JITs. Praktiker wurden ermutigt, Eurojust an komplexen grenzüberschreitenden IPC-Fällen zu beteiligen und die Einrichtung von JITs in Betracht zu ziehen.

Ein koordinierter Ansatz ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Strafverfolgung bei IPC-Fällen, und daher wird eine Zusammenarbeit mit Eurojust, dem EJM und dem EJCEN empfohlen. Weiterhin sind IPC und Cyberkriminalität häufig verbunden, da Waren oft online verkauft werden. Enge Verbindungen zwischen dem EIPPN und dem EJCEN sind daher von Vorteil, um Wissen und Erfahrung zu teilen.

### 3.4 Europäische Ermittlungsanordnung

Auf Grundlage der Richtlinie vom 3. April 2014 zu der europäischen Ermittlungsanordnung in strafrechtlichen Angelegenheiten (EIO-Richtlinie) wurde verlangt, dass Mitgliedsstaaten die notwendigen Maßnahmen, um diese Instrument einzuhalten, bis zum 22. Mai 2017 ergreifen. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten hatte jedoch ihr nationales Umsetzungsgesetz zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeführt. Die Situation führt zu Problemen bezüglich der Auslegung von Artikel 34 der EIO-Richtlinie und insbesondere der anwendbaren rechtlichen Grundlage bei Fällen unter Beteiligungen eines Mitgliedsstaats, der die EIO-Richtlinie noch nicht umgesetzt hat. Im Juni veröffentlichte Eurojust zusammen mit dem EJM eine *Notiz über die Bedeutung der 'entsprechenden Bestimmungen' und der anwendbaren rechtlichen Regelungen bei verzögerter Umsetzung der EIO-Richtlinie* (Anhang II von Ratsdok. 9936/17). Die Notiz behandelt zwei wichtige Probleme bezüglich Artikel 34 der EIO-Richtlinie, die beide eine klare Auswirkung auf die tägliche Arbeit der Praktiker haben: (1) Die anwendbaren rechtlichen Regelungen bei verzögerter Umsetzung der EIO-Richtlinie; und (2) die Maßnahmen innerhalb oder außerhalb des Konzepts der 'entsprechenden Bestimmungen' von Artikel 34 der EIO-Richtlinie.

Artikel 3(1)(b) der Eurojust-Ratsentscheidung entsprechend, unterstützte Eurojust die nationalen Behörden mit Anfragen bezüglich der Anwendung der EIO-Richtlinie. Die Erfahrung, die Eurojust erworben hat, bezieht sich auf die ersten Monate der Anwendung der EIO-Richtlinie und wird durch das Fehlen einer nationalen Umsetzung in einigen Mitgliedsstaaten geformt. Eurojust hat Unterstützung und Ratschläge in allen vier Stadien des Lebenszyklus einer EIO erteilt: (i) Entwurfsphase, (ii) Übermittlung an die zuständige ausführende Behörde, (iii) Erleichterung der Kommunikation während der Anerkennungsphase, und (iv) Hilfe beim Überwinden von Problemen in der Ausführungsphase. Beispielsweise wurden Entwurfs-EIOs oft vor einem Koordinationszentrum oder einem Aktionstag erstellt, sodass die nationalen Mitglieder prüfen konnten, ob die Entwurfs-EIOs den spezifischen Anforderungen der des gesetzlichen Rahmenwerkes des ausführenden Mitgliedsstaats entsprachen.

Eurojusts Beteiligung wurde außerdem häufig angefordert, um die Ausführung der EIOs zu beschleunigen. Während nationale Behörden allgemein der EIO, dem einzigen standardisierte Format und den Terminen sehr positiv gegenüberstehen wurden in einigen Fällen Probleme aufgebracht, die die Hilfe von Eurojust benötigten. Eurojust kann eine wichtige Rolle dabei spielen, den nationalen Behörden Erfahrung und technische Unterstützung zur Verfügung zu stellen, um die bestmöglichen Lösungen zu finden, und dabei den rechtlichen Rahmen der EU und die rechtlichen Anforderungen der beteiligten Gerichtsbarkeiten vollständig zu respektieren.

Eurojust will gegen Ende 2018 ein Treffen zur Anwendung der EIO organisieren.

### **EIOs bei einem bewaffneten Raubüberfall**

Eine Gang aus italienischen und albanischen Staatsbürgern wurde verdächtigt mehrere schwer bewaffnete Raubüberfälle in Italien begangen zu haben, vornehmlich gegen geschützte Geltransporte und Banken. Die Untersuchungen in Italien wurden nach dem Raub an einem gepanzerten Lieferwagen in der Nähe von Salerno im Februar 2017 gestartet. Die folgende Untersuchungen ermöglichte die Identifizierung der Mitglieder der OCG-Betriebs in Italien und ihres *Modus operandi*. Weiterhin zeigten Telefonüberwachungen, dass dieselbe OCG einen großen Raubüberfall in Deutschland plante. Daraufhin begann eine Untersuchung auf deutscher Seite, die Bewegungen der Mitglieder der OCG in Deutschland zu überwachen.

Während zwei Koordinierungstreffen im Juli und September tauschten sich die beteiligten Gerichts- und Vollstreckungsbehörden über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen aus und vereinbarten eine gemeinsame Untersuchungsstrategie zur Erfassung von Beweismaterial und gleichzeitigem Schutz der Öffentlichkeit vor einer weiteren bewaffneten Aktion der OCG.

Mehrere Probleme wurden bezüglich der MLA-Anforderungen; Verfahren und zuständigen Behörden identifiziert, die zu Verzögerungen und Hindernissen hätten führen können. Einige der Probleme wurden durch Einführung von EIOs in Deutschland und Italien gelöst.

EIOs wurden durch den für die Untersuchungen zuständigen Staatsanwalt in Italien ausgestellt und über Eurojust an die zuständigen Behörden in Deutschland übermittelt. EIOs folgten einem einzigen standardisierten Format, was die Identifizierung und Übersetzung der erforderlichen Informationen ermöglichte. Daher wurden EIOs vorbereitet, geliefert und sehr schnell ausgeführt, sodass mehrere Durchsuchungen und Beschlagnahmen gleichzeitig stattfinden konnten.

Während der Koordinierungstreffen half Eurojust bei der Vorbereitung der Inhalte der EIOs und gab Ratschläge. Eurojust spielte eine wichtige Rolle bei der Koordination des Austausches betrieblicher Informationen, die durch die EIOs gesammelt wurden, um das Timing der Operation zu vereinbaren und sicherzustellen, dass die Interessen aller Beteiligten in der Sicherung der Beschaffung und des Erhalts von Beweisstücken in der italienischen Untersuchungen erfüllt wurden. Ständige Kommunikation zwischen den deutschen und italienischen Desks gestattete die regelmäßige Nachverfolgung der Untersuchungsaktivitäten.

Am 9. Oktober starteten die Gerichts- und Vollstreckungsbehörden in Deutschland und Italien eine gemeinsame Operation gegen die OCG, während der 19 Personen (aus 22) verhaftet und mehr als 30 Räumlichkeiten durchsucht wurden.

Der Fall dauerte 2017 an.

Herr Gianpaolo Nuzzo, italienischer Staatsanwalt, sagte:

*‘Die Rolle von Eurojust war entscheidend für den Erfolg in diesem Fall (19 von 22 Verdächtigen wurden verhaftet), mit zwei organisierten Koordinierungstreffen und einem Protokoll, das für den glatten Informationsaustausch mit Deutschland erstellt wurde. Ebenso wichtig war die Rolle von Eurojust beim Überwinden der Unterschiede der der italienischen und deutschen Ansätze, um die OCG aufzuhalten, wobei ein Mittelweg zwischen dem Risiko*

*für die öffentlich Sicherheit in Deutschland und der Notwendigkeit, ausreichende Beweisstücke für Italien zu sammeln, gefunden wurde'*

# EUROPEAN INVESTIGATION ORDER

## KEY FEATURES

- ▶ EU Directive on the EIO (2014/41) of 3 April 2014
- ▶ Mutual recognition of judicial decisions
- ▶ Replaces Letters of Request for investigative measures
- ▶ Deadline for transposition: 22 May 2017
- ▶ Obtains evidence located in another EU Member State
- ▶ Simplifies and accelerates cross-border criminal investigations

## HOW IT WORKS



### Examples of investigative measures:

- ▶ Obtaining existing evidence
- ▶ Hearings of witnesses and suspects
- ▶ (House) searches
- ▶ Checks on bank accounts/financial operations
- ▶ Interception of telecommunications
- ▶ Temporary transfer of persons in custody
- ▶ Preservation of evidence

## LIFE CYCLE OF AN EIO



1- **DRAFTING** of EIO by judicial authority in Member State A

2- **TRANSMISSION** of EIO to judicial authority in Member State B

3- **RECOGNITION** of EIO in Member State B

4- **EXECUTION** of EIO in Member State B

### EIO CASES

EUROJUST IDENTIFIES CHALLENGES AND BEST PRACTICE IN EIO CASES

## ADVANTAGES OF THE EIO

- ✓ Creates a single comprehensive instrument with a large scope
- ✓ Sets strict deadlines for gathering the evidence requested
- ✓ Limits the reasons for refusing such requests
- ✓ Reduces paperwork by introducing a single standard form
- ✓ Protects the fundamental rights of the defence

## EU MEMBER STATES TAKING PART IN THE EIO \*



\* As of 20 March 2018. For status of EIO implementation, see [EJN website](#).



### 3.5 Gemeinsame Empfehlungen

In den Fällen, die Eurojust unterstützte, werden Probleme zwischen den nationalen Behörden während der Ebene II oder in den Koordinierungstreffen beigelegt und ein Konsens wird durch Dialog und Aufbau gegenseitigen Vertrauens erreicht. Die nationalen Mitglieder unterstützten ihre nationalen Behörden und beraten häufig zu spezifischen Fällen auf Grundlage von Artikel 6 der Eurojust-Ratsentscheidung. In einigen Fällen stellen die beteiligten nationalen Mitglieder eine schriftlich Anfrage oder Empfehlung an die nationalen Behörden aus. Neben den Anfragen, die nur ein nationales Mitglied stellte, wurden 2017 neun gemeinsame Empfehlungen ausgestellt, die durch zwei oder drei nationale Mitglieder gemeinsam aus neun verschiedenen Mitgliedsstaaten (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Irland, Spanien, Italien, den Niederlanden, Portugal und Rumänien) als Abschluss eines Rechtsgutachtens zu der Angelegenheit. In diesen gemeinsamen Empfehlungen fordern die beteiligten nationalen Mitglieder ihre jeweils zuständigen nationalen Behörden auf, eine der Aktionen aus Artikel 6 der Eurojust-Ratsentscheidung auszuführen. Sie rieten etwa, dass einer von ihnen sich in einer besseren Position zur Verfügung bestimmter Handlungen befinden könnte, um eine bestimmte Untersuchungsmaßnahme auszuführen, wie etwa einer kontrollierten Lieferungen, oder andere Maßnahme zu ergreifen, die für die Untersuchung der Verfolgung gerechtfertigt war. Dieses relativ neue Verfahren, das seit 2016 vorlag, wurde durch die nationalen Behörden positive aufgenommen, die sich nun auf die solidere, besser durchdachte und allgemein vereinbarte Meinung von Eurojust stützte. Die Praxis verbessert den Mehrwert der beratenden Rolle von Eurojust und stellt eine europäische Perspektive und Lösung für komplexe grenzüberschreitende Fälle zur Verfügung.

Die Mehrzahl der gemeinsamen Empfehlungen bezog sich auf Fragen der Gerichtsbarkeit, einschließlich Entscheidungen dazu, welche Gerichtsbarkeit besser für eine Strafverfolgung platziert war. Zur Bewertung dieser Fälle verwendet Eurojust seine ['Entscheidungsrichtlinien dazu, welche Gerichtsbarkeit die Strafverfolgung übernehmen sollte'](#), die 2016 überarbeitet und kürzlich in alle Sprachen der EU übersetzt wurde, sowie seinen Überblick über das Fallrecht des EUGH auf Grundlage des Grundsatzes *ne bis in idem*.

[\*\*Bericht zur Fallarbeit von Eurojust im Bereich der Prävention und Lösung von Konflikten bei der Gerichtsbarkeit\*\*](#), veröffentlicht 2017, ist ein Update des Berichts von 2015 und zieht die Entwicklungen in diesem Bereich von 2009 bis 2017 in Betracht. Dieser Bericht befasst sich mit der Fallarbeit von Eurojust aus vier unterschiedlichen Blickwinkeln: Die Identifizierung und Koordination paralleler Verfahren, Fragen der Gerichtsbarkeit und Entscheidungen dazu, welche Gerichtsbarkeit die Strafverfolgung übernehmen sollte, und Fragen bezüglich der Anwendung des Grundsatzes *ne bis in idem*.

[Der Grundsatz \*ne bis in idem\* in strafrechtlichen Angelegenheiten im Fallrecht des EUGH](#), Aktualisierung im September 2017, stellt einen Überblick über das Fallrecht des EUGH bezüglich des Grundsatzes *ne bis in idem* in strafrechtlichen Angelegenheiten bereit. Er erklärt, wie dieses Fallrecht geholfen hat, den Umfang und die Hauptpunkte des Grundsatzes *ne bis in idem* auf EU-Ebene zu formen. Es ist ein ergänzendes Tool für Praktiker, die eine Anleitung für die Anwendung des Grundsatzes *ne bis in idem* in einem transnationalen Kontext bietet. Der Überblick wird regelmäßig aktualisiert.

### **Gemeinsame Empfehlungen zu Konflikten der Gerichtsbarkeit**

Der Fall bezieht sich auf eine OCG, die mit Drogen handelt, und damit verbundene Verbrechen begeht, wie etwa Geldwäsche. Sie operierte in Deutschland, Spanien, Frankreich und Italien, und möglicherweise auch in anderen Mitgliedsstaaten.

Die Untersuchungen zeigten, dass die OCG Drogen, und insbesondere Haschisch, von außerhalb der europäischen Union nach Spanien importierte. Die Drogen wurden dann in andere Mitgliedsstaaten geschmuggelt und dort verkauft und auf unterschiedliche Weise transportiert, unter anderem verborgen auf Booten mit doppelter Hülle sowie per gewöhnlicher Post.

Als der deutsche Staatsanwalt den Fall Eurojust vorlegte, war er bereits einige Jahre lang ohne ausreichende Koordination anhängig. Ein JIT zwischen Deutschland, Spanien und Frankreich wurde für den Zeitraum eines Jahres eingerichtet. Eurojust bietet Hilfe mit dem Entwurf der Vereinbarung an.

Während der letzten Phasen der Untersuchungen und nach dem Abschluss der JIT war es notwendig, sich zu entscheiden, welche Gerichtsbarkeit - Deutschland oder Spanien - die Verdächtigen verfolgen sollte, die in mehr als einem Land verdächtigt wurden, sowohl, um dem besten Interesse der Justiz zu dienen, und um eine mögliche Situation von *ne bis in idem* zu vermeiden.

In einem Koordinierungstreffen konnten die Teilnehmer ein klares Bild erlangen. Gegen drei der Verdächtigen wurde in Deutschland und in Spanien ermittelt. Laut den verfügbaren Informationen bezogen sich die Untersuchungen vornehmlich auf dieselben wesentlichen Handlungen. Weiterhin schlossen die Untersucher, da die drei Verdächtigen und ihre strafrechtlichen Aktivitäten eng verbunden waren, dass alle drei Verdächtige und alle Ereignisse, die untersucht wurden, in derselben Gerichtsbarkeit verfolgt werden sollten.

Auf Grundlage der ausführlichen Diskussion und den aufkommenden Fakten stellten die deutschen und spanischen nationalen Mitglieder eine gemeinsame Empfehlung unter Artikel 6(1)(a)(ii) der Ratsentscheidung zu Eurojust mit einem Gutachten dazu aus, warum Deutschland sich in der besseren Position befand, um diese spezifischen Taten der drei Verdächtigen zu verfolgen.

Eine Reihe von Faktoren wurden in Betracht gezogen. Darunter: (i) Die umfassenderen Untersuchungen in Deutschland; (ii) die Nationalität, der Standort und die Aussichten auf Auslieferung der Verdächtigen (iii) die Rollen der Verdächtigen in der kriminellen Organisation;

(iv) die Menge der relevanten Beweisstücke, die gesammelt wurden und in Deutschland leicht zur Verfügung standen; und (v) das fortgeschrittene Stadium des Verfahrens in Deutschland. Weiterhin wurden die spanischen Behörden gebeten, ihre Verfahren schnell zu übertragen und die Ausstellung der entsprechenden EuHBs zu erleichtern, und die deutschen Behörden wurden gebeten, die Übertragung der Verfahren schnell anzunehmen.

Die Beschuldigungen eines Verdächtigen unter den Verfahren in Spanien und Italien bezogen sich nicht auf dieselben wesentlichen Handlungen, die dasselbe kriminelle Verhalten darstellten. Daher arbeiteten Spanien und Italien weiter an ihren parallelen Verfahren, ohne ihre gegenseitigen Ergebnisse in Gefahr zu bringen.

# FOKUS DES JAHRES

## Bewertung der JITs

*Eurojust und das JITs-Netzwerk veröffentlichten einen zweiten Bericht zur Bewertung der JITs*

Das Projekt zur Bewertung der JITs wurde 2013 mit folgenden Zielen eingeführt:

- Unterstützung für Praktiker bei der Bewertung der Leistung der JIT bezüglich erreichter Ergebnisse, Mehrwert und möglichen Mängeln zur Verbesserung der künftigen Kooperation; und
- Verbesserung des Wissens der Praktiker zu JITs durch Erleichterung der Identifizierung der aufgetretenen wesentlichen rechtlichen und praktischen Herausforderungen und den Lösungen.

Durch Bewertung der JITs wird wertvolle Informationen für Praktiker und Interessengruppen bereitgestellt, um die Bedeutung und Wirksamkeit dieses Tools im Kampf gegen schwere Grenzüberschreitende Verbrechen und Terrorismus zu bewerten.

Im Dezember 2015 wurde ein erster Bewertungsbericht über die JITs für Praktiker auf Grundlage der 42 JITs veröffentlicht.

### *Zweiter JIT-Bewertungsbericht*

Seit dem ersten Bericht wurden 32 neue Bewertungen durch das JITs-Netzwerksekretariat erhalten. Der zweite Bericht aktualisiert die Analyse aus dem ersten Bericht und integriert die Ergebnisse dieser neuen Bewertungen.

Diese neue Phase des Projekts wurde in Kooperation mit Eurojust durchgeführt und umfasst daher Ergebnisse, die sich aus den hier gewonnenen Erfahrungen ableiten. Auf Grundlage dieser Analyse der JIT-Fälle, die zwischen 2014 und 2016 abgeschlossen wurden, hielt das College eine thematische Diskussion zu JITs, deren Ergebnis in diesem Bericht widergespiegelt wird.

Dieser Ansatz bietet eine komplementäre Perspektive für die Bewertung der JITs durch nationale Behörden in jedem Stadium des Lebenszyklus der JIT.

### *Ergebnisse aus der Erfahrung von Eurojust mit JITs*

#### Aufbauphase

In der Aufbauphase hilft Eurojust den nationalen Behörden bei der Identifizierung geeigneter Fälle für eine JIT, Klärung rechtlicher und formeller Anforderungen und Besprechung und Entwurf der JIT-Vereinbarung.

In der Praxis basiert die Beteiligung von Eurojust größtenteils auf informellen Kontakten mit den nationalen Behörden. beispielsweise entwickelte ein Eurojust National Desk, um das Verfahren zu verschlanken, ein Template, das durch die anfordernde nationale Behörde auszufüllen ist, mit Informationen zu den Untersuchungen, die in nachfolgenden Schritten erforderlich sind (z. B. Fallzusammenfassung, identifizierte Verbindungen in anderen Mitgliedsstaaten, Existenz paralleler Untersuchungen usw.).

Ein Schlüsselproblem während der Aufbauphase ist die Identifizierung verbundener paralleler Untersuchungen, die in anderen Mitgliedsstaaten anhängig sind. Eurojust unterstützt die nationalen Behörden bei der schnellen Identifizierung laufender paralleler Untersuchungen, auch durch Kooperation mit dem oder Anfrage um Hilfe des Europol Liaison Bureaux und Analyseprojekten.

Nach der Erfahrung von Eurojust werden folgende Aspekte in Betracht gezogen, während sich die Kriterien für den Vorschlag der Einrichtung einer JIT von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat unterscheiden können:

- Existenz und Stadium der Untersuchungen in den beteiligten Ländern;
- Anzahl möglicher JIT-Partner (z. B. JITs mit einer eingeschränkte Anzahl von/mehreren Partnern;
- Dringlichkeit der Aktionen;
- Geschätzter erforderlicher Zeiträumen zum Abschluss der JIT-Vereinbarung (insbesondere für multilaterale JITs und/oder JITs mit Mitgliedsstaaten, die eine inländische Autorisierung verlangen); und
- Verfügbare Ressourcen in den beteiligten Mitgliedstaat

Wie in mehreren Fällen gemeldet, kann Eurojust, wenn eine Untersuchung in einem der beteiligten Mitgliedsstaaten nicht begonnen hat, eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Einleitungen von Untersuchungen auf nationaler Ebene spielen, z. B. durch Erleichtern der anfänglichen Übertragung der notwendigen Informationen und Beweistücke.

Basierend auf der Erfahrung von Eurojust wurden mehreren Hindernisse oder Behinderungen für die Einrichtung von JITs identifiziert:

- ‘Angst vor dem Unbekannten’ oder Annahme der JIT sind nur in Fällen mit hohem Profil geeignete;
- Unterschiede der betrieblichen Prioritäten;
- Keine fortlaufenden Untersuchungen oder unterschiedliche Stadien der Untersuchungen in den betroffenen Ländern;
- Parallele Untersuchungen, die durch die Behörden mehrere Gerichtsbarkeiten innerhalb desselben Staats durchgeführt werden; und
- Auswirkung der inländischen Autorisierungsprozesse.

Die beratende Rolle der zentralen Behörden und/oder JIT-Fachleute tragen zum Streamlining des Einrichtungsverfahrens bei. In diesem Zusammenhang wurde der Mehrwert bestätigt, wenn das nationale Mitglied bevollmächtigt ist, die JIT-Vereinbarung im Namen der nationalen Behörden zu unterzeichnen, wie in den Gesetzen verschiedener Mitgliedsstaaten vorgesehen.

Eurojusts Unterstützung bei dem Entwurf der JIT-Vereinbarung ist oft wesentlich für die erfolgreiche Einrichtung. Eurojust fördert die Anwendung des [\(die Erweiterung der JITs auf Drittstaaten in Betracht ziehende\), aktualisierte Modellvereinbarung](#), die zur Vereinfachung von Gesprächen beiträgt. Eurojusts Beteiligung erleichtert außerdem den Entwurf und die Verhandlungen der JIT-Vereinbarung in einer gemeinsamen Arbeitssprache. Wenn möglich werden Übersetzungen der JIT-Vereinbarung (bei Bedarf) erst erstellt, wenn die Inhalte vereinbart sind.

In den letzten Jahren wurde die Erfahrung von Eurojust mit JITs mit Drittstaaten ausgebaut. In der Praxis verlangt die Beteiligung von Drittstaaten an JITs möglicherweise die Lösung

spezifischer Probleme (z. B. Garantien, dass keine Todesstrafe verhängt wird, Datenschutz, Vertraulichkeit, Identifizierung der rechtlichen Grundlage). Die Möglichkeit der Beteiligung der Vertreter von Drittstaaten in Koordinierungstreffen erleichtert die Einrichtung von JITs zwischen der EU und Nicht-EU-Staaten stark. Weiterhin führte die Anwesenheit der schweizer und norwegischen Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust zu der erfolgreichen Einrichtung und Entwicklung von JITs mit der Schweiz und mit Norwegen.

### Operative Phase

Da die JITs eine direkte Interaktion zwischen den nationalen Behörden erlauben, kann eine weitere Unterstützung von Eurojust nach der Unterzeichnung der Vereinbarung nicht angefordert werden, auch, wenn Eurojust oft Gespräche und Vereinbarungen zu Operationszielen, Kommunikation und Koordinationsmethoden innerhalb des Teams unterstützt und bei Problemen bezüglich der Zulässigkeit von Nachweisen und Gerichtsbarkeiten hilft.

Koordinierungstreffen könne außerdem die Kooperation mit Staaten vereinfachen, die nicht an dem JIT teilnehmen. Ein bestes Verfahren, das in diesem Zusammenhang betont wird, war die Verwendung des Rahmens eines Koordinierungstreffens zur Kombination eines Treffens zwischen den JIT-Partnern mit Gesprächen unter Beteiligung von Mitgliedsstaaten und Drittstaaten, deren Kooperation über MLA angefordert wurden. In mehreren Fällen wurde ein Treffen bei Europol am Tag vor einem Eurojust-Koordinierungstreffen abgehalten, um den Austausch von Informationen auf Ebene des Gesetzesvollzugs zu ermutigen.

Eine Notwendigkeit zur Koordination entsteht häufig im letzten Stadium der operativen Phase, in dem die beteiligten Behörden spezialisierte Ratschläge zu rechtlichen Problemen einholen (Übertragung von Verfahren, EuHBs und Konflikt der Gerichtsbarkeit), Untersuchungsergebnis vergleichen und/(oder die endgültigen Pläne vereinbaren, wie etwa bei gleichzeitigen Operationen. Weiterhin erleichtern die National Desks von Eurojust die Erweiterung(en) oder Ergänzung(en) der JIT-Vereinbarungen, bieten Hilfe zur Finanzierung von JITs und helfen bei der Koordination der Ausführung der LoRs für Staaten, die nicht JIT-Mitglieder sind, oder der Verwendung anderer gerichtlicher Kooperationsinstrumente (EuHBs, EIOs).

Gemeinsame Aktionstage können durch Aufbau von Koordinationszentren bei Eurojust unterstützt werden, um die Kooperation bei gleichzeitigen Operationen zu erleichtern und eine geeignete Nachverfolgung sicherzustellen (wie etwa temporäre Auslieferung, Einfrieren von Vermögen und Übertragung der Verfahren). Fünf Koordinierungszentren waren 2017 mit Fällen befasst, für die eine JIT eingerichtet worden war.

Die nationalen Behörden sehen die Kosten für grenzübergreifende Aktivitäten künftig als Teil ihrer operativen Planung hervor und finanzieren sie so. Eurojusts finanzielle Unterstützung ist ein Schlüsselfaktor bei der Verwendung von JITs unter den Mitgliedsstaaten.

### Abschlussphase

Eurojusts Unterstützung kann nach dem Abschluss der JIT angefordert werden, wenn weiter ein Kooperationsbedarf verbleibt, auch während der Verfolgungs- und Verhandlungsphasen. Unter solchen Umständen bleibt der Fall bei Eurojust oft offen, wenn die JIT abgeschlossen ist, und es wird nach Bedarf Unterstützung geleistet.

Nach dem Ablauf einer JIT bietet Eurojust außerdem Unterstützung, insbesondere für die Bewertung der JIT, durch Organisation und/oder Finanzierung eines JIT-Bewertungstreffen.

### **JIT ermöglichte die Rekonstruktion der OCG hinter einem Schmuggelnetzwerk**

Eurojusts Jahresbericht 2015 stellte ein Fallbeispiel zu einer Untersuchung aus dem UK bezüglich der illegalen Einwanderung albanischer Staatsbürger in das UK über Mitgliedsstaaten vor. Ein JIT zwischen Belgien, der Tschechischen Republik, Deutschland und dem UK brachte die Gewinne, die durch eine OCG durch Schmuggelfälle hervor, deren Opfer über 100 Personen waren. Unterstützt durch ein Eurojust-Koordinationszentrum wurden achte Verdächtige während eines gemeinsamen Aktionstags im November 2015 verhaftet.

Belgien wurde als verfolgende Gerichtsbarkeit gewährt und die Strafverfolgungsverfahren in der Tschechischen Republik und im UK wurden daher 2016 an Belgien übertragen. Die Durchführung der Verhandlungen in Belgien bedeutete, dass mehr Ziele verfolgt werden konnte, als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Verfahren in allen beteiligten Ländern stattgefunden hätten. Insbesondere aus Sicht des UK hätten die Standards für die Beweismittel nicht gestattet, Klagen gegen alle Verdächtigen zu erheben, die in Belgien schließlich verfolgt wurden. Es wurde gegen achtundzwanzig Personen verhandelt und die Verurteilungen erfolgten im Januar 2017. Während die Haftstrafen der 15 Fahrer von 6 bis 14 Monate betrugen, wurden 7 weitere Personen, die da Verbrechen außerdem möglich gemacht hatten, teils freigesprochen und teils mit bis zu 28 Monaten Haft bestraft. Höhere Haftstrafen von bis zu 5 Jahren ergingen gegen die Co-Organisatoren die Schmuggelaktivitäten. Die beiden Anführer wurden zu Haftstrafen von 8 Jahren verurteilt. Mitglieder auf allen Ebenen der OCG wurden zu weiteren Geldstrafen von bis zu EUR 672 000 verurteilt, und ihre Vermögen wurde in einer Höhe von bis zu EUR 197 000 eingezogen.

Ein Koordinierungstreffen wurde bei Eurojust im März 2017 abgehalten, um das Ergebnis des belgischen Gerichtsverfahrens und die Probleme bezüglich der Verurteilung bei einigen der Beschuldigten zu besprechen, die in Abwesenheit verurteilt wurden, sowie die Handhabung der Konfiszierung und Probleme bei der Rückholung von Vermögenswerten. Eine Bewertung der JIT erfolgt ebenfalls, wobei sowohl gelernte Lektionen und beste Verfahren analysiert wurden. Die JIT hätte von einem einzigen Kommunikationspunkt profitieren können, etwa mit einem Zugang über ein sicheres Netzwerk, da dieser Zugang die Betragung größerer Aktion ermöglicht hätte. Eine wichtige Lektion, die daraus gezogen wurde, war, dass die das Auslaufen der JIT-Vereinbarung im Dezember 2016 erlaubt wurde, obwohl die Verfahren in Belgien noch liefen. Da noch immer ein Kooperationsbedarf bestand, d. h. bezüglich der Probleme mit der Konfiszierung und Vermögensrückholung, hätten die beteiligten Behörden möglicherweise einen Nutzen aus einem weiteren leichten Austausch von Informationen im Rahmen der JIT-Vereinbarung gezogen. Als positiver Punkt in der JIT-Kooperation erkannten die Parteien, dass dieses JIT es den nationalen Behörden ermöglichte, einen großen Teil der kriminellen Aktivitäten der OCG zu rekonstruieren. Durch Verwendung aller Daten, die in allen JIT-Mitgliedsstaaten zur Verfügung standen, wurden mehr Migrantentransporte mit dem Schmuggelnetzwerk verbunden, als dies für jede JIT-Partei alleine möglich gewesen wäre.

## Kapitel 4 Eurojust-Kooperation mit Drittstaaten

### Kooperationsabkommen

Das Inkrafttreten der Kooperationsvereinbarung mit Montenegro am 3. Juni und der Kooperationsvereinbarung mit der Ukraine am 2. September erhöhte die Anzahl der Vereinbarungen mit Drittstaaten auf neun. Die formellen Verhandlungen zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit Albanien, die 2016 starteten, wurden abgeschlossen. Bis Ende des Jahres wartete die Vereinbarung auf die Genehmigung des Rats. Im Oktober entschied das College über den Start formeller Verhandlungen mit dem Zweck, eine Kooperationsvereinbarung mit Georgien einzurichten, und informierte den Rat über seine Pläne zum Eintritt in solche Verhandlungen.

Zur Überprüfung von Möglichkeiten zur verbesserten Kooperation mit den westlichen Balkanländern besuchten Delegationen von Eurojust die nationalen gerichtlichen und Datenschutzbehörden in Bosnien und Herzegowina, der früheren jugoslawischen Republik von Mazedonien, Serbien, Albanien und Montenegro. Außerdem wurden Kontakte mit anderen Drittstaaten unterhalten, mit denen Eurojust eine intensivere Kooperation anstrebt, darunter Brasilien, Kolumbien, Israel; Mexiko, Tunesien und die Türkei.

### Die Fallarbeit von Eurojust mit Drittstaaten

Eurojust unterstützte 258 Fälle, an denen 48 Drittstaaten beteiligt waren. Wie in den Vorjahren befassten sich drei Fällen vornehmlich mit Betrug und Geldwäscherei. Zunehmend waren Drittstaaten an Drogenhandelsfällen beteiligt. Vertreter von Drittstaaten waren bei 61 Koordinierungstreffen anwesend. Die Schweiz, die USA und Norwegen, die dauerhaft bei Eurojust repräsentiert waren, nahmen an der größten Anzahl von Koordinierungstreffen teil. Kanada, Island, San Marino und die Schweiz nahmen ebenfalls an den Koordinationszentren teil. Drittstaaten waren an 21 von Eurojust unterstützten JITs beteiligt, von denen 11 neu eingerichtet wurden.

### Kooperation mit Drittstaaten in einem Fall von Bestechungen

Der Fall bezieht sich auf Bestechung hochrangiger Beamter in Usbekistan. Nicht-usbekische Unternehmen verwendeten Bestechungen, um staatliche Lizenzen zu erwerben, um Zugang zum usbekischen Telekommunikationsmarkt zu erwerben. Große Geldbeträge wurden an Bankkonten von Offshore-Unternehmen überwiesen, die im Eigentum und unter der Kontrolle usbekischer Bürger standen. Die Offshore-Unternehmen wurden durch den hauptsächlichen hochrangigen Verdächtigen in Usbekistan kontrolliert. Das Geld wurde nachfolgend an unterschiedliche ausländische Bankkonten überwiesen, die durch den Hauptverdächtigen kontrolliert wurden, und verwendet, um Immobilien und Luxusgüter zu erwerben.

Untersuchungen fanden in einer Reihe von Ländern statt, darunter Schweden, den Niederlanden, der Schweiz und den USA, bezüglich der Bestechung von Unternehmen und/oder damit verbundene Vergehen, wie etwa Geldwäsche und Dokumentenfälschung. Andere Länder, einschließlich Belgien, Frankreich und Norwegen, arbeiteten ebenfalls mit den Untersuchungen zusammen.



Ein Eurojust-Fall wurde im Januar 2013 durch den schwedischen National Desk eröffnet. Seitdem wurden vier Koordinierungstreffen bei Eurojust abgehalten. Zuerst lag der Fokus auf dem Teilen von Informationen zum Status der laufenden Ermittlungen und zu den rechtlichen Problemen mit der Beschaffung von Beweismaterial im Ausland. Beim vierten Koordinierungstreffen im Mai 2017 besprachen die Parteien die Vorwürfe, die in einigen ändern gegen die Unternehmen erhoben wurden, Problemen bezüglich der Konfiszierung und Restitution von Vermögenswerten, sowie eine mögliche Situation von *ne bis in idem*. An dem Treffen im Mai nahmen acht Länder teil, von denen die meisten eigene Untersuchungen eingeleitet hatten. Dieses Treffen gab die erste Gelegenheit für ein Treffen mit Vertretern aus Usbekistan und zusammen mit diesen und allen anderen beteiligten Ländern wurde das Teilen von Ressourcen besprochen. Fortschritte wären ohne die Koordination der unterschiedlichen Untersuchungen durch Eurojust nicht möglich gewesen.

Eurojust richtet über die Organisation dieser Koordinierungstreffen eine Plattform für den Austausch von Informationen und zum Verbessern des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses ein, die zu effektiveren bilateralen Kontakten außerhalb von Eurojust führte. Vermögen in Höhe von ca. 1 Mrd. 250 Mio. EUR aus 12 Ländern wurden eingefroren.

### Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust

Drittstaaten, die eine Kooperationsvereinbarungen mit Eurojust abgeschlossen haben, können einen Verbindungsstaatsanwalt an Eurojust entsenden. Verbindungsstaatsanwälte für Norwegen, die Schweiz und die USA wurden in den letzten Jahren an Eurojust entsendet, und ein Verbindungsstaatsanwalt, der Montenegro vertritt, wurde im Dezember an Eurojust entsendet. Die Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust registrierten insgesamt 148 Fälle.

Der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen registrierte 78 Fälle, in denen es hauptsächlich um Drogenhandel, Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit, Menschenhandel und Betrug ging, und organisierte 4 Koordinierungstreffen. Norwegen war an 40 Fällen beteiligt und nahm an 15 Koordinierungstreffen als Staat teil, der um Hilfe ersucht wurde.

Der Verbindungsstaatsanwalt für die Schweiz registrierte 70 Fälle, in denen es hauptsächlich um Betrug, Drogenhandel, Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit und Menschenhandel, ging, und organisierte 8 Koordinierungstreffen und ein Koordinierungszentrum. Weiterhin war die Schweiz an 114 Fällen beteiligt und nahm an 24 Koordinierungstreffen als Staat teil, der um Hilfe ersucht wurde.

Der Verbindungsstaatsanwalt für die USA organisierte 1 Koordinierungstreffen bei einem Fall von Meerespiraterie. Die USA waren an 35 Fällen beteiligt und nahmen an 16 Koordinierungstreffen als Staat teil, der um Hilfe ersucht wurde.

Da die Verbindungsstaatsanwältin für Montenegro ihre Arbeit erst im Dezember aufnahm, wurden von Montenegro bis zum Jahresende keine Fälle registriert. Montenegro war jedoch an 4 Eurojust-Fällen als um Hilfe ersuchter Staat beteiligt.

## FIFA-Fall

Im Dezember 2010, benannte die Fédération Internationale de Football Association (FIFA) die Gastgeberländer für die Weltmeisterschaften 2018 und 2022 in einer Abstimmung über mehrere Runden. Die Gastgeberländer für 2026 und 2030 wurden noch nicht gewählt. Parallel zu diesem Verfahren wurden Medienrechte für bestimmte Länder für die FIFA-Weltmeisterschaften bis 2030 gewährt.

Nach der Feststellung von Unregelmäßigkeiten bezüglich der Vergabe einiger dieser Medienrechte für die Weltmeisterschaften eröffnete die Staatsanwaltschaft der Schweiz im März 2017 einen Strafrechtsfall gegen den ehemaligen Generalsekretär der FIFA und den Chief Executive Officer der BEIN MEDIA GROUP LLC aufgrund von Verdacht auf Bestechung. Weiterhin wird der ehemalige Generalsekretär der FIFA des kriminellen Fehlmanagements, Betrugs und der Dokumentenfälschung verdächtigt.

Ein Koordinierungstreffen wurde im September 2017 durch den schweizer Verbindungsstaatsanwalt organisiert, und Delegationen aus Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien wurden eingeladen. Staatsanwälte von der schweizer Staatsanwaltschaft stellten den Stand der schweizer Ermittlungen vor und besprachen das weitere Vorgehen.

Zwei spezifische Punkte wurden ausführlich besprochen: (i) Das Timing und die Koordination der Aktionen; und (ii) die extreme Sensibilität des Falls und mögliche zu ergreifende Aktionen, wenn erforderlich. Intensive Medienaufmerksamkeit wurde erwartet. Das ausführliche Gespräch und die Vorbereitung während der Koordinierungstreffen führte zu einer zuverlässigen Risikobewertung und einer klaren Verpflichtung aller Partner, im nachfolgenden Monat einen gut vorbereiteten und erfolgreichen Aktionstag sicherzustellen, wobei ein Koordinationszentrum bei Eurojust die gleichzeitigen Aktionen koordinieren sollte. Die betrieblichen Einschränkungen der beiden verschiedenen Szenarien, die während des Koordinierungstreffens besprochen wurden, wurden durch die betroffenen Länder vor dem Aktionstag untersucht, was zu dem Szenario führte, das am Tag vor dem Aktionstag übernommen wurde. Dies zeigt die Flexibilität des Koordinationszentrums bei der Übernahme einer gerichtlichen Strategie.

Während des Aktionstags waren Vertreter der National Desks der teilnehmenden Länder im Koordinationszentrum anwesend. In Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien wurden mehrere Anwesen durchsucht, in Italien kam es zu Beschlagnahmungen und in der Schweiz wurde ein Verdächtiger verhört.

Eurojust spielte eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der Koordination der internationalen gemeinsamen Operationen und dabei, die zeitnahe Übermittlung und Ausführung der LoRs sowie den schnellen Austausch unter allen gerichtlichen und Vollstreckungsbehörden sicherzustellen, was die gerade vor Ort erfassten operativen Informationen betraf. Die Koordination während der Aktionen ermöglichte es, wertvolle Beweismittel zu erhalten, und vermied es, die Untersuchungen in Gefahr zu bringen.

In diesem Stadium wurde keiner der Verdächtigen in Untersuchungshaft genommen und die Unschuldsvermutung gilt weiterhin.

## Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten

Um die Kooperation zwischen den gerichtlichen Behörden der Mitgliedsstaaten und Drittstaaten zu verbessern und zu erleichtern, arbeitet Eurojust ständig daran, sein weltweites Netz gerichtlicher Kontaktstellen in Drittstaaten auszubauen. Eine neue Kontaktstelle wurde in Niger eingerichtet, sodass nun insgesamt 42 Drittstaaten Kontaktstellen mit Eurojust unterhalten. Eurojust arbeitet aktiv darauf hin, die Kooperation mit den Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) zu verbessern und lädt diese ein, ebenfalls eine spezifische Kontaktstelle für Eurojust für Angelegenheiten der Terrorabwehr einzurichten.

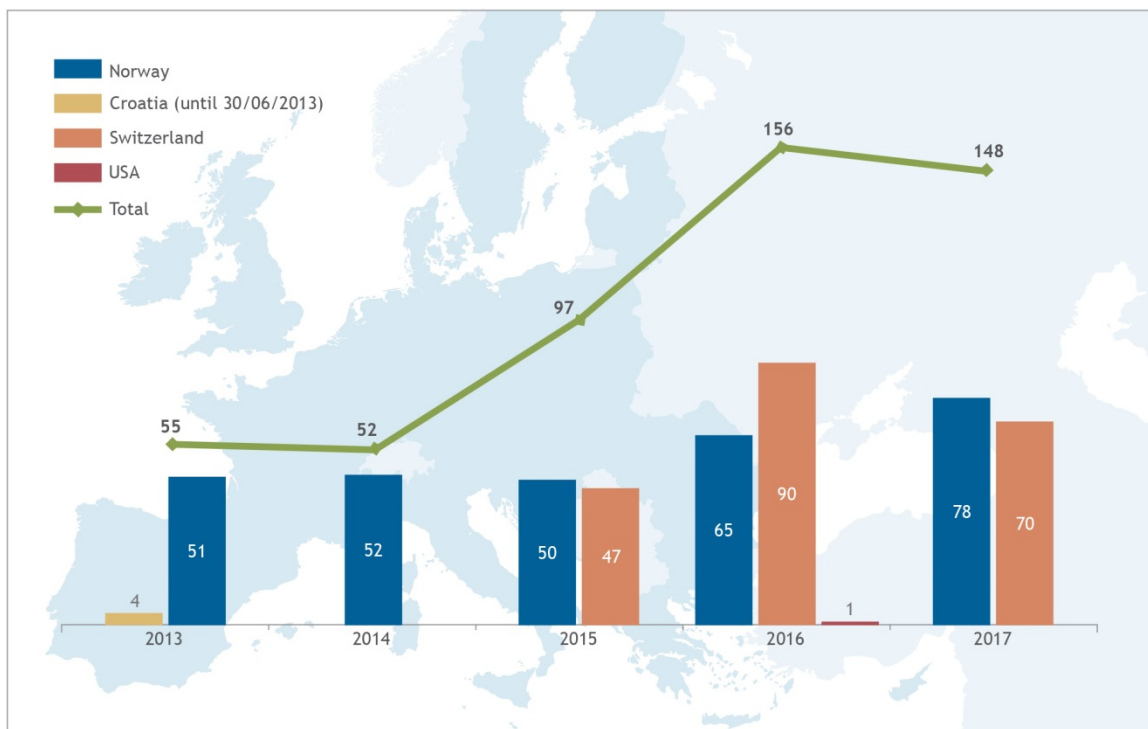
## Eurojust-Verbindungsrichter in Drittstaaten

2017 verabschiedete das College die Entscheidung zur Umsetzung von Vorkehrungen für die Platzierung von Eurojust-Verbindungsrichtern in Drittstaaten. Die Entscheidung setzt Artikel 26a und 27a der Eurojust-Ratsentscheidung um, was den erforderlichen rechtlichen Rahmen bereitstellt, um Eurojust in die Lage zu versetzen, solche Verbindungsrichter zu platzieren. Sie legt unter anderem die Auswahlverfahren und Kriterien für, sowie die Bewertung und Dauer von Verträgen und Aufgaben fest.

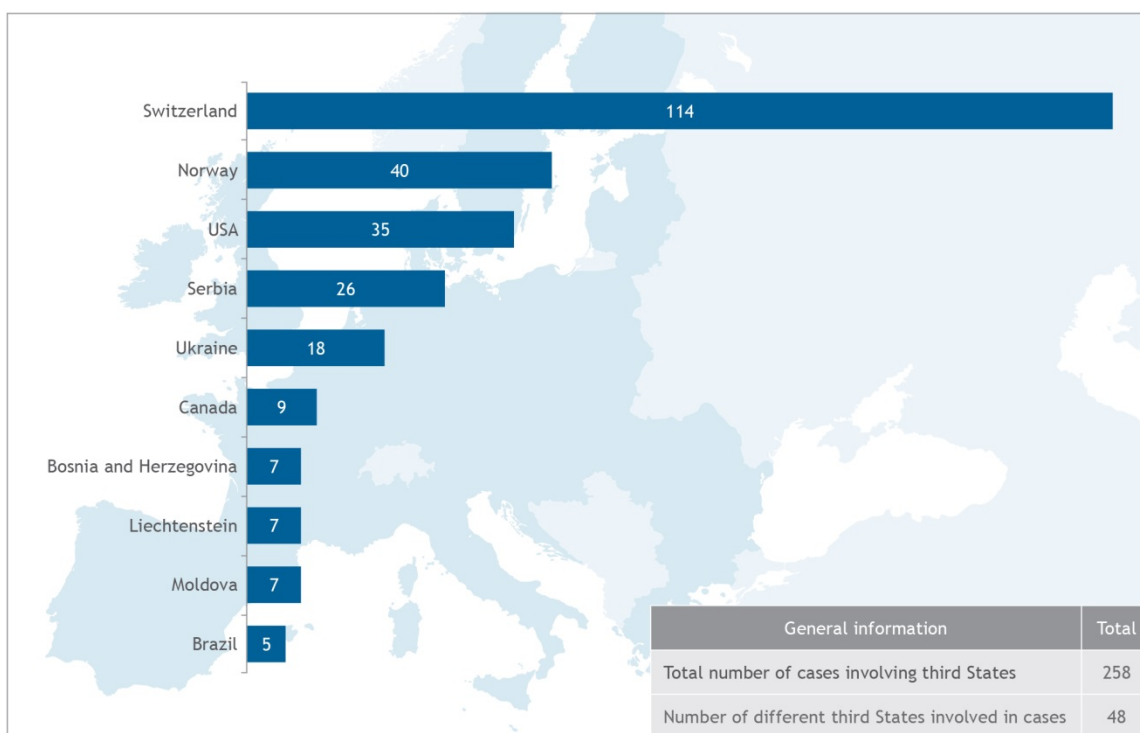
## Absichtserklärung (Letter of Understanding) zwischen Eurojust und dem EEAS

Im Oktober wurde eine Absichtserklärung zur Kooperation zwischen Eurojust und dem European External Action Service unterzeichnet. Diese Erklärung legt den Rahmen für einen regelmäßigen Austausch von nicht-operativen strategischen Informationen und Erfahrungen fest, insbesondere in den Bereichen der Terrorabwehr, Cyberkriminalität, Schleuserkriminalität und Menschenhandel. Der EEAS unterstützt Eurojust bei seiner Arbeit mit Drittstaaten und nutzt die Erfahrung von Eurojust.

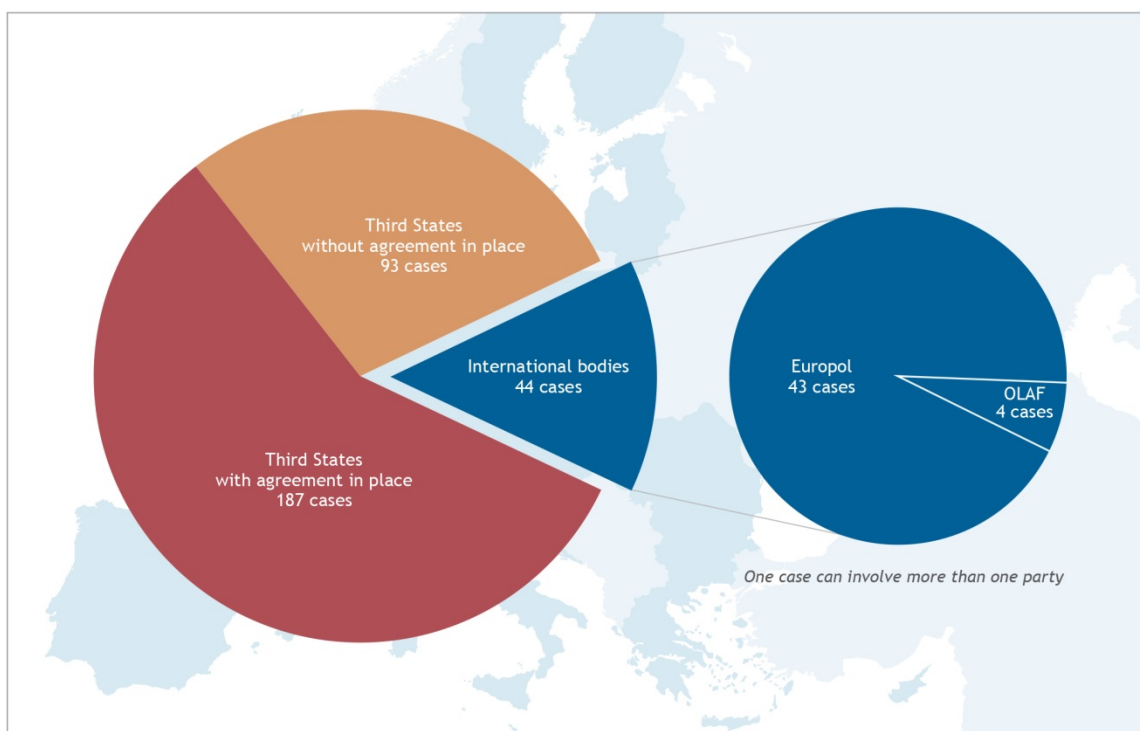
Cases by Liaison Prosecutors 2013 - 2017



### Top ten third States involved in Eurojust casework



### Third States, cooperation partners and international organisations involved in Eurojust casework



# Fokus auf dem Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen

*Von nördlich des Polarkreises bis den Haag – meine Erfahrungen*

Ich bin seit September 2016 der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen bei Eurojust. Norwegen hat 2005 eine Vereinbarung mit Eurojust unterzeichnet und war damit der erste Drittstaat, der dies getan hat. Die Arbeit mit Eurojust ist aufgrund der fruchtbaren Gespräche, engagierten Kollegen und starken Kooperation eine wahre Freude. Ich fühle mich geehrt, Teil der Eurojust-Familie zu sein.

Das Bewusstsein in Norwegen Eurojust betreffend ist angestiegen, was sich auch in der Anzahl von Fällen zeigt: 2015 eröffneten wir 50 Fälle, 2016 65 und 2017 78. Wenn ich mit Kollegen in Norwegen spreche, helfe ich ihnen, zu verstehen, welche Fälle von der Hilfe durch Eurojust profitieren würden. Als Vertreter eines Drittstaats kann der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen Koordinierungstreffen für seine eigenen Fälle einrichten. Die norwegischen Behörden werden außerdem regelmäßig eingeladen, an Koordinierungstreffen teilzunehmen, die die Eurojust National Desks einrichten. Norwegen hat JITs im Lauf der Jahre in 10 Fällen benutzt, und erhielt eine Finanzierung von Eurojust. 2017 leitete Norwegen außerdem erstmalig zwei JIT-Vereinbarungen ein.

Norwegen ist ein EEG- und Schengenland, und wir haben den MLA-Vertrag 2000 umgesetzt, was unsere enge Verbindung mit der Europäischen Union und unsere Fähigkeit zeigt, Anfragen von EU-Mitgliedsstaaten anzuerkennen. Norwegen hat außerdem eine Auslieferungsvereinbarung mit der europäischen Union unterzeichnet, die jedoch noch nicht in Kraft getreten ist.

## **Norwegischer Fall von sexuellem Missbrauch online**

Am 10. August sendeten meine Heimatbehörden mir eine MLS-Anfrage bezüglich der erforderlichen Untersuchungsschritte in Rumänien. Die Dringlichkeit des Falles lag an einem angeblich fortdauernden sexuellen Missbrauch von Kindern, begangen von einem Elternteil. Der Aufbau von direktem Kontakt mit den ausführenden Behörden in Rumänien und die Formulierungen eines ausführlichen Plans für die anfängliche Phase der Untersuchungen waren wichtige erste Schritte.

Das erste Koordinierungstreffen wurde innerhalb von drei Wochen abgehalten. Norwegenlegte seine Ergebnisse vor und die rumänische Delegation erklärte sich hochmotiviert, eigene Untersuchungen des Verdächtigen aufzunehmen, der in Rumänien lebte. Ein JIT wurde am 14. September unterzeichnet, und unser zweites Koordinierungstreffen fand am 20. September in Rumänien statt. Der Verdächtige wurde am folgenden Tag verhaftet und das Kind wurde in Obhut genommen. Das hervorragende Ergebnis wurde erst sechs Wochen nach Eingang der MLA-Anfrage bei Eurojust erreicht. Die schnelle und hervorragende Kooperation zwischen den rumänischen und norwegischen Desks bei Eurojust war entscheidend. Das Hauptziel war es, die Sicherheit des Kindes sicherzustellen. Das nächste Ziel war es, in beiden Ländern zulässiges Beweismaterial zu sichern, da zwei Verfahren stattfinden werden: eines in Norwegen mit dem Käufer der Leistungen, und eines in Rumänien mit dem Verkäufer.

Eines der wichtigsten Probleme bei der Untersuchungen war es, die Zeugenaussagen der kindlichen Opfer zu erhalten. Norwegen hat kein neues und einzigartiges Modell für die

Anhörung von Kindern/Zeugen. Das Kind wird mit Eltern oder Vormund in eine sichere Einrichtung geladen (ein sogenanntes "Kinderhaus"). Ein speziell geschulter Ermittler nimmt die Beweise auf neutrale und transparente Weise auf, während nur der Ermittler und das Kind anwesend sind. Der Anwalt des Opfers und der Verteidiger befinden sich in einem anderen Raum. Der Verteidiger kann dem Ermittler während Pausen weitere Fragen stellen, die der Ermittler seinerseits an das Opfer weitergeben kann. Die aufgenommene Videoaussage wird dann vor Gericht als zulässiges Beweismaterial verwendet'

## Chapter 5 Eurojust und Praktikernetzwerke

Die Sekretariate des Europäischen Justiziellen Netzwerkes (EJN), des Netzwerks der Nationalen Experten zu gemeinsamen Ermittlungsgruppen (JITs-Netzwerk) und des Netzwerks für die Ermittlung und Strafverfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Genozid-Netzwerk) werden von Eurojust unter Zuhilfenahme seiner Ressourcen bereitgestellt. Ihre Mitglieder gehören zum Personal von Eurojust. Die Sekretariate unterstützen die Netzwerke und erleichtern die Zusammenarbeit mit dem Kollegium und den Nationalen Büros in den gemeinsamen Aktionsbereichen. Eurojust stellt gleichfalls rechtliche, administrative und finanzielle Unterstützung für das European Judicial Cybercrime Network (EJCN) und das beratende Forum der Generalstaatsanwälte und Leiter der Staatsanwaltschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (beratendes Forum) bereit.

### 5.1 EJN

Das [EJN](#) ist ein Netzwerk der Nationalen Anlaufstellen, die von den Mitgliedstaaten ernannt werden, um die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu erleichtern. Die EJN-Kontaktstellen unterstützen die Praktiker mit rechtlichen und praktischen Tipps und helfen bei der Herstellung direkter Kontakte zwischen den zuständigen nationalen Behörden. Das EJN-Sekretariat wurde 2003 bei Eurojust eingerichtet.

**Treffen** Die EJN-Plenarsitzungen fanden in Malta und Tallinn mit einem speziellen Fokus auf die praktische Anwendung der EIO und des EuHB statt. Die EJN-Kontaktstellen besprachen ihre ersten Erfahrungen in den Mitgliedsstaaten bei der Verwendung der EIO zum Einholen und Austauschen von Beweismaterial. Bezüglich des EuHB besprachen die Kontaktstellen des EJN die Folgen einiger EUGH-Urteile aus der letzten Zeit, z. B. zu Haftbedingungen. Die Schlussfolgerungen der Treffen sind auf der [EJN-Webseite](#) verfügbar.

Regionale Treffen des EJN wurden von Deutschland, Lettland, den Niederlanden, Polen, Slowenien und Finnland organisiert. Bei diesen Treffen hatten die EJN-Kontaktstellen die Gelegenheit, ihre Erfahrung in Bereichen wie EIO, Zugang zu Anwälten sowie Einfrieren und Konfiszierung auszutauschen. Nationale EJN-Treffen wurden durch Belgien und Litauen organisiert. An diesen Treffen nahmen die EJN-Kontaktstellen und hochrangigen Praktiker teil.

**Kooperation mit Eurojust** Das EJN und Eurojust arbeiteten zusammen an der Einführung der EIO in den Mitgliedsstaaten. Eine *Notiz zur Bedeutung von 'entsprechenden Bestimmungen' und den jeweiligen rechtlichen Regelungen bei verzögerter Übertragung der EIO-Richtlinie* wurden den Praktikern zur Verfügung gestellt, und als Anhang II des Ratsdok. 9936/17 veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit der Kommission und dem EJCN wurden Richtlinien dazu entworfen, wie die EIO auszufüllen ist, und wie sie zur Beschaffung von Beweismaterial zu verwenden ist.



Der EJM und Eurojust setzten ihre Aktionspläne in der sechsten Runde der gegenseitigen Bewertungen in den Mitgliedsstaaten weiter um und aktualisierten ihr gemeinsames Papier [Was können wir für Sie tun? Hilfe bei der internationalen Kooperation in Strafsachen für Praktiker: EJM und Eurojust.](#) Dieses gemeinsame Papier informiert gerichtliche Praktiker in den Mitgliedsstaaten über die Hilfe, die das EJM und Eurojust bereitstellen können. Das Papier klärt weiterhin, ob eine Bitte um Hilfe jeweils an das EJM oder an Eurojust zu richten ist.

**EJM-Website** Das Hauptprojekt der Website in diesem Jahr war die Entwicklung einer neuen Fassung der Judicial Library. Diese neue Fassung gestattet es Benutzern, Dokumente, wie etwa Rechtsdokumente der EU, leichter zu finden. Am 1. Januar wurde das Berichtstool für die EJM-Kontaktstellen eingeführt. Mit diesem neuen Tool haben die EJM-Kontaktstellen eine benutzerfreundliche Möglichkeit, ihre Aktivitäten, die Anzahl der Fälle usw. zu registrieren. Ein neuer EIO-Bereich wurde erstellt, um leichten Zugang auf alle Informationen über die EIO auf der Website bereitzustellen. Eine andere neue Funktion gibt die Kontaktdaten der Mitglieder des EJM für die EJM-Kontaktstellen in einem eingeschränkten Bereich der EJM-Website an.

## 5.2 JIT-Netzwerk

Das [JITs-Netzwerk](#) ist ein Netzwerk aus Kontaktstellen nationaler Justiz- und Polizeibehörden zur Förderung des Einsatzes von JITs und Stärkung der Unterstützung des Austausches von Informationen und bewährten Methoden. Sein Sekretariat wurde 2011 eingerichtet. Seit 2013 verwaltet das Sekretariat das von Eurojust eingerichtete Zuschussprogramm, um die JIT-Tätigkeiten finanziell zu unterstützen.

**Jahresversammlung** Das 13. Treffen der nationalen Fachleute in den JITs fand im Mai bei Eurojust statt. Fachleute besprachen unter anderem auch die neuesten Entwicklungen in JITs, einschließlich der ersten Erfahrungen mit der USA und der Schweiz.

Nach Gesprächen in parallelen Workshops stimmten die Teilnehmer überein, dass es notwendig sei, den Rahmen des JITs-Netzwerk zu modernisieren, und baten das Sekretariat um einen Vorschlag für Richtlinien zur Ergänzung des Ratsdokuments auf dessen Grundlage das Netzwerk noch aktiv ist. JIT-Fachleute betrachteten außerdem mögliche Ansätze für die Verbesserung des Austauschs von Informationen zwischen den JIT-Partnern und unterstützen den Gedanken einer kollaborativen betrieblichen Umgebung, die weiter in der Kooperation zwischen dem Netzwerk, Eurojust und Europol zu erforschen sei. Die [Ratsschlüsse](#) stehen auf der Website von Eurojust zur Verfügung.

**Projekte** Das Sekretariat unterstützt weiterhin Bewertungstreffen und erfasste JIT-Bewertungsformulare, die durch die nationalen Behörden ausgestellt wurden, mit Blick auf die Veröffentlichung der zweiten Auflage des JIT-Bewertungsberichts. Das Projekt wurde in Kooperation mit Eurojust unternommen und umfasst die Entwicklungen n bezüglich der Erfahrung von Eurojust in diesem Feld.

Als Ergänzung des JIT-Bewertungsprojekts wurde ein neues Projekt initiiert, um das auf JIT bezogene Fallrecht zu erfassen und zu analysieren. Es wird erwartet, dass das Projekt das Wissen unter den Praktikern zu rechtlichen Problemen und Herausforderungen erweitert, denen die nationalen Gerichte mit Bezug auf die JITs gegenüberstehen, und es ihnen zu ermöglichen, diese Herausforderungen national zu behandeln. Das Projekt sollte außerdem zu

einem besseren Verständnis der Rechtssysteme beitragen und Richter ermutigen, sich in dem Bereich stärker zu beteiligen. Die Informationen wurden 2017 erfasst, und die Analyse wird 2018 durchgeführt.

### 5.3 Genozid-Netzwerk

Das Genozid-Netzwerk stellt eine enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden in Ermittlungen und Verfahren wegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen durch den Austausch operativer Daten, bewährter Methoden und gesammelter Erfahrungen sicher. Es ist ein Netzwerk aus Praktikern – Ermittler, Staatsanwälte und Rechtshilfebeamte. Das Sekretariat wurde im Juli 2011 eingerichtet.

**Treffen** Zwei bei Eurojust abgehaltene Plenartreffen konzentrierten sich jeweils auf die Reaktionen von EU-Behörden auf den Immigrationsstrom und die nachfolgende Identifizierung von Einzelnen als Opfer, Zeugen und Täter der internationalen Kernverbrechen, sowie die effektive Kooperation zwischen Nicht-Regierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations; NGOs) und den nationalen Behörden. Das zweite Treffen befasste sich mit Dokumentationsmethoden, Nutzen und Risiken der Zusammenarbeit und den Möglichkeiten zur gegenseitigen Unterstützung bei der Arbeit in der Vertretung, dem Entgegenkommen und der Unterstützung von Opfern. Die Ergebnisse des 22. und 23. Treffens sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar.

**Der Zweite EU-Tag gegen Straflosigkeit** Der zweite EU-Tag gegen Straflosigkeit wurde am 23. Mai von der Malteser Präsidentschaft, dem Genozid-Netzwerk, Eurojust und der Kommission in Brüssel organisiert. Ziel des jährlichen Ereignisses ist, das Bewusstsein für die abscheulichsten Verbrechen zu steigern, nationale Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zu fördern, die Stellung und Beteiligung der Opfer in Strafverfahren anzugehen. Das Ergebnis wurde als Ratsdokument 9932/17 veröffentlicht.

**Projekte** Das Sekretariat erstellten drei Notizen für Praktiker: (i) zum Einsatz von Informationen aus offenen Quellen (vor allem aus sozialen Medien) zur Untersuchungen und Verfolgung von Kriegsverbrechen in dem Konflikt in Syrien und im Irak und ein entsprechendes Kompendium des Fallrechts aus den nationalen Gerichtsbarkeiten; (ii) zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen; und (iii) zum kontextuellen Überblick über sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt durch ISIL als Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen mit Verweis auf bestehende internationale Rechtsprechung.

### 5.4 EJCEN

Das EJCEN wurde 2016 gegründet, um den Kontakt zwischen Praktikern, die sich auf den Kampf gegen die Herausforderungen der Cyberkriminalität, cyber-unterstützten Kriminalität und Ermittlungen im Cyberspace spezialisierten, zu unterstützen und die Effektivität der Ermittlungen und Verfolgung von Fällen zu erhöhen.

Den Ratsbeschlüsse vom 9. Juni 2016 folgend unterstützt Eurojust das Netzwerk und stellt eine enge Zusammenarbeit sicher. Unter anderem nimmt Eurojust an dem EJCEN Board teil, organisiert die regelmäßigen Treffen des Netzwerks, unterstützt den Austausch von Informationen und Berät das Netzwerk zur Entwicklung der Richtlinienarbeit und anderen Aktivitäten von Interessensgruppen, um eine starke Interaktion zwischen Eurojusts Erfahrung



mit der internationalen gerichtlichen Kooperation und der operativen und thematischen Erfahrung der Mitglieder des EJCEN sicherzustellen.

**Treffen** Zwei Plenartreffen fanden bei Eurojust statt. Beim ersten Treffen wurde das Arbeitsprogramm 2017-2018 verabschiedet. Die darin definierten Prioritäten sind elektrische Beweismittel, Verschlüsselung, Datenaufbewahrung und auftretende Probleme. Weiterhin wurde beim ersten Treffen [Operation Avalanche](#) vorgestellt. Während des zweiten Treffen wurden wichtige Punkte im Bereich der virtuellen Währungen und Darkweb-Untersuchungen besprochen. Es wurden außerdem praktische Beispiele ausgetauscht, *in casu* durch eine Präsentation der strafrechtlichen Untersuchungen, die zur Zerschlagung des illegalen Marktes Hansa Market im Darkweb am 20. Juli 2017 führte.

**Projekte** Eurojust und das EJCEN organisierten gemeinsam einen Workshop zur Verschlüsselung und nahmen daran teil (*siehe* Abschnitt 3.1). Weiterhin trug das EJCEN durch Fragebögen zu den Berichten von Eurojust zu Datenaufbewahrung und verdeckten Online-Ermittlungen bei (*siehe* Abschnitt 2.2 und 3.2).

## 5.5 Beratendes Forum

Das [beratende Forum](#) wurde 2010 eingerichtet, um die justizielle Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken und den EU-Institutionen Input der Justizbehörden zur Entwicklung des Raums der Freiheit, Sicherheit und Justiz bereitzustellen. Im Oktober verabschiedete das College eine Richtlinie zu den praktischen Vorkehrungen für die Unterstützung von Eurojust bei der Organisation der Treffen des beratenden Forums, mit dem Ziel der Konsolidierung aktueller Unterstützungsverfahren und dem Angebot von Anleitung für die an den Treffen Beteiligten.

**Gemeinsames Treffen** Das 12. Treffen des beratenden Forums fand im Oktober statt und wurde gemeinsam durch den Generalstaatsanwalt von Estland und den Generalstaatsanwalt von Malta einberufen. Das Treffen konzentrierte sich auf die Verwendung digitaler Tools in strafrechtlichen Verfahren, Schleuserkriminalität und Eurojusts Entwicklungen in wichtigen Prioritätsbereichen.

**Verwendung digitaler Tools in strafrechtlichen Verfahren** Zur Vorbereitung auf diese Diskussion wurden die Mitgliedsstaaten gebeten, anzugeben, inwieweit sie aktuell die digitale Übermittlung von MLA-Anfragen und EIOs gestatten. Das Ergebnis dieses Fragebogens zeigte ein uneinheitliches Bild. Der Großteil der Mitgliedsstaaten nimmt Anfragen per Fax und/oder E-Mail an, manchmal unter weiteren Voraussetzungen wie etwa einer elektronischen Signatur, aber sechs Mitgliedsstaaten verlangen, dass die ursprüngliche Anfrage weiterhin per Post zugestellt wird. Nach einem Überblick über die Ergebnisse des Fragebogens teilten die estnischen Behörden ihre Erfahrungen mit elektronischen Signaturen und digitalem Informationsaustausch in strafrechtlichen Verfahren, die Untersuchungen und Strafverfolgung schneller und effektiver machten. Während Mitgliedsstaaten in diesem Bereich große Fortschritte gemacht haben, stimmten die Forummitglieder überein, dass diese Modernisierung weiter vorangetrieben werden muss, um auch die gerichtliche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zu umfassen.

**Gerichtliche Reaktion auf Schleuserkriminalität** Forummitglieder tauschten ihre Ansichten zum Ergebnis des Eurojust-Treffens im Juni 2017 zu Schleuserkriminalität aus, das von den

Malteser und estnischen Präsidenten zusammen mit Eurojust organisiert wurde, und bestätigten seine Schlussfolgerungen. Die Notwendigkeit, die gerichtliche Reaktion auf den *Modus operandi* der Schmuggelnetzwerke und die sich ändernden Migrationsrouten zuzuschneiden, wurde weithin bestätigt. Die Verbesserung der Kooperation mit Dritt-Herkunftsstaaten und der Durchreise wird als entscheidend betrachtet, da dies sicherstellt, dass die Informationen, die die Handelnden in der EU erfassen, die in Drittstaaten aktiv sind, nach der Verarbeitung als zulässige Beweismittel gelten können. Nationale Behörden wurden aufgefordert, mehr Fälle an Eurojust zu überstellen und die gerichtlichen Kooperationsinstrumente, die bereits verfügbar sind, einschließlich der JITs umfassend zu nutzen.

**Entwicklungen in wichtigen Prioritätsbereichen und institutioneller Ausblick** Eurojust beschrieb die neuesten Entwicklungen in strafrechtlichen Bereichen mit hoher Priorität: Terror, Cyberkriminalität, Menschenhandel und Schleuserkriminalität. Besonders herausstechend ist die erhöhte Anzahl der Fälle von Terror und Menschenhandel, für die die Hilfe von Eurojust angefordert wurde. Beteiligte wurden außerdem über die kürzlichen organisatorischen Entwicklungen informiert und es wurde ihnen versichert, dass Eurojust weiterhin maßgeschneiderte fachliche Ratschläge in komplexen grenzüberschreitenden Straffällen bereitstellen wird.

Die [Schlussfolgerungen](#) des Treffens sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar.

Frau Lavly Perling, Generalstaatsanwältin von Estland, und Dr. Peter Grech, Generalstaatsanwalt von Malta, stellten fest:

*‘Dieses Treffen spiegelt gut wieder, wie das beratende Forum die öffentlichen Strafverfolgungsdienste aus den vier Ecken Europas zusammenbringt: es wird gemeinsame durch einen nordöstlichen und einen südlichen Mitgliedsstaat einberufen und findet bei Eurojust im Westen statt. Wenn wir unsere Kräfte über nationale Grenzen hinweg vereinen, können wir rechtliche Grenzen überwinden und erfolgreiche Strafverfolgungen durchführen, und so zu einem sichereren Europa beitragen.’*

## Kapitel 6 Belegschaft und Haushalt

**Belegschaft** Ende 2017 hatte Eurojust 332 Bedienstete, u.a. 76 Nationale Mitglieder, Stellvertreter und Assistenten, 202 Bedienstete auf Zeit, 21 Vertragsbedienstete, 17 entsandte Nationale Experten und 16 Praktikanten.

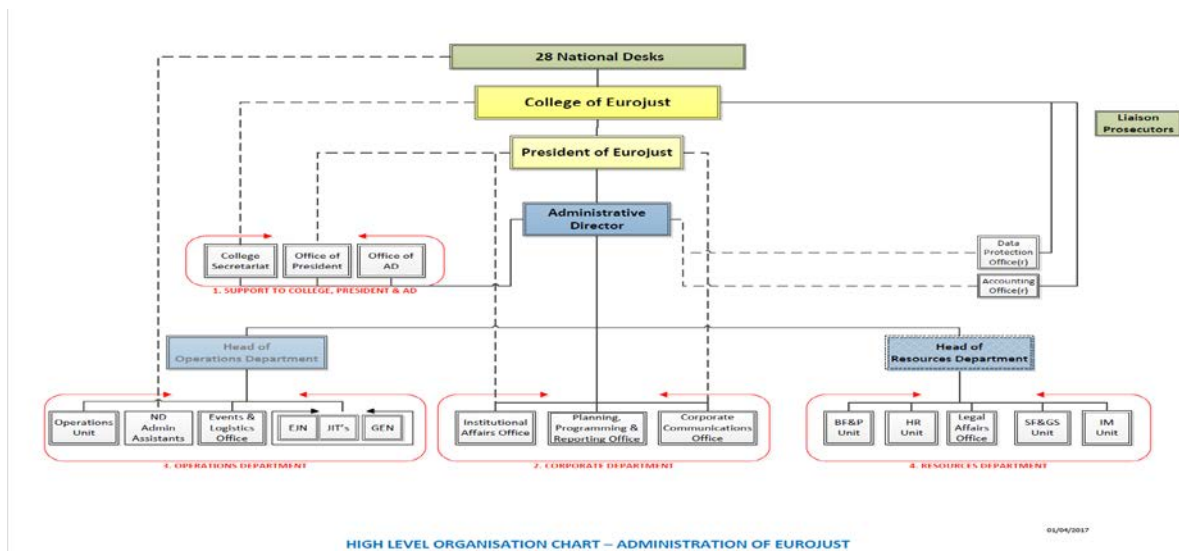
Eurojust hatte 2017 208 autorisierte temporäre Vertreterposten. Die Kommission schlug im Einrichtungsplan 2017 ursprünglich den Abbau von fünf Posten vor. Die Budgetbehörde wies jedoch 10 weitere Posten zu, sodass die Anzahl der autorisierten temporären Vertreterposten auf 208 anstieg, was eine Nettoerhöhung um fünf Posten im Vergleich mit dem Einrichtungsplan 2016 darstellt. Die neuen Posten, die der operativen Arbeit zugewiesen wurden, waren bis Ende 2017 all besetzt.

**Budget** Das anfängliche Jahresbudget von Eurojust für 2017 betrug 48.379.237 EUR und enthielt den zweckgebundenen Betrag in Höhe von 11.130.000 EUR für das neue Gebäudeprojekt. Dieser Haushalt war neun Prozent niedriger als ursprünglich von Eurojust beantragt. Aufgrund dieser Haushaltseinschränkung und um die Bereitstellung unserer bedarfsorientierten operativen Arbeit zu gewährleisten sowie unsere gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, verringerte Eurojust die Prioritäten der nicht-fallbezogenen Aktivitäten, einschließlich vornehmlich administrativer/organisatorischer IKT-Projekte.

Im Lauf des Jahres 2017 erlebte Eurojust einen wesentlichen Anstieg des Bedarfs der Mitgliedsstaaten an JIT-Finanzierungen und konnte erfolgreich weitere Kredite in Höhe von EUR 310.000 von der Kommission einholen. Infolgedessen konnte Eurojust im September ein ergänzendes Budget von EUR 48.689.237 verabschieden und eine größere Anzahl von JITs-Zuschussempfängern unterstützen, als in den Vorjahren.

Mit der Verschiebung der Bereitstellung des neuen Gebäudes und dem daraus folgenden Überschuss aus dem Neubauprojekt wurde der Druck auf das Budget gegen Ende des Haushaltsjahres verringert und es wurde ein Haushaltsvollzug von 99,97 Prozent erreicht.

**Bericht über die konsolidierte jährliche Aktivität** Der *Consolidated Annual Activity Report* (CAAR) des Administrative Director gibt einen Überblick über die Ergebnisse und Umsetzung der Jahresziele und Aktivitäten, wie sie im Eurojust-Arbeitsprogramm enthalten sind. Der CAAR befasst sich mit der Nutzung von Ressourcen (Mitarbeiter und Budget) und der Umsetzung von internen Kontrollen und Risikomanagement. Der CAAR und die Eurojust-College-Bewertung des CAAR wird der Budgetbehörde bis zum 1. Juli 2018 vorgelegt.



## Kapitel 7 Organisatorische Entwicklungen und wichtige Herausforderungen

Ein striktes Budgetklima und der andauernde Druck auf die beschränkten Ressourcen von Eurojust haben dazu geführt, dass Eurojust seine finanziellen und Personalressourcen weiter optimierte.

**Umstrukturierung** Die Umsetzung einer neuen Organisationsstruktur der Verwaltung wurde im Januar eingeleitet. Drei Einheiten wurden eingerichtet: die Betriebsabteilung, die Unternehmensabteilung und die Ressourcenabteilung. Die Umstrukturierung hat folgende Ziele erreicht: (i) Verbesserte Unterstützung der betrieblichen Arbeit des College und der National Desks durch Verschiebung von Ressourcen in die operative Arbeit; (ii) Umsetzung eines kohärenteren Konzepts der betrieblichen Unterstützung der National Desks durch Einführung von disziplinübergreifender Unterstützung über Sektoren hinweg für die operative Arbeit; (iii) verbesserte strategische Entwicklung, Planung und Berichterstattung; und (iv) verbesserte Unternehmenskommunikation.

**Setzen von Prioritäten für die Richtlinienarbeit** aufbauend auf der Priorisierung der Richtlinienarbeit aus

2016 basierte die Ausübung 2017 auf der Beurteilung von zwei Projektnotizen mit Eurojusts Fallarbeit als Hauptkriterium für die Priorisierung. Im September verabschiedete das College die Prioritäten und entsprechenden Ergebnisse für 2018 und 2019, sowie im Dezember die neue Priorisierungsmethode. Die führenden Grundsätze umfassen:

- flexiblen Ansatz für die Ressourcenzuordnung;
- externes Beratungsverfahren, um die Bedürfnisse von Praktikern und Interessensgruppen in Betracht zu ziehen und
- Bewertungsverfahren für Ergebnisse.

**College-Unterstrukturen** Das College beschloss, seine vorbereitenden Unterstrukturen zu vereinfachen, um eine Entscheidungsfindung und Effektivität zu verbessern, und damit die Effizienz zu verbessern und den Einsatz von Ressource

zu rationalisieren. Dieses neue Modell stellt eine koordinierte Reaktion auf strategische Angelegenheiten und den Erhalt von operativem Wissen und Informationen sicher. Die Umsetzung beginnt im zweiten Quartal 2018.

**Fallmanagementsystem** Das aktuelle CMS, eingeführt 2004, erreicht das Ende seiner technischen Lebensdauer. Daher führte Eurojust eine technische und funktionale Bewertung des CMS mit Blick auf den aktuellen Bedarf der Organisation durch. Diese Analyse auf hoher Ebene der

bestehenden Funktionen und möglichen Verbesserungen hilft bei einer informierten Entscheidung über die Optionen für einen Neuentwurf des CMS. Um die betriebliche Unterstützung zu verbessern genehmigte Eurojust einen Satz von Maßnahmen für besser harmonisierte Dateneingabe über die National Desks hinweg. Diese Maßnahmen verbessern zusammen mit erhöhter Datenqualitätsprüfung die Qualität der Daten zur Unterstützung der betrieblichen Arbeit bei Eurojust und in den Mitgliedsstaaten.

Es wird erwartet, dass Eurojust eine immer wichtigere Rolle im Bereich der weiteren Richtlinien zu Sicherheit und Gerechtigkeit spielt.

**Neue Eurojust-Verordnung** Die Verordnung verschlankt die Funktion und Struktur von Eurojust. Ein Executive Board, das ein Mitglied der Kommission umfassen wird, hilft dem College bei seinen administrativen Aufgaben. Aus Sicht des Datenschutzes erfolgt ein Wechsel von der aktuellen Überwachung durch das gemeinsame Überwachungsgremium von Eurojust hin zur Überwachung durch die europäische Datenschutzaufsicht. Die mögliche Auswirkung auf die Datenschutzregeln in Zusammenhang mit der Neufassung von Verordnung 45/2001 kann sich wesentlich auf die Funktion von Eurojust auswirken. Die Eurojust-Verordnung und die Neufassung der Verordnung 45/2001 sollten im Ergebnis nicht zu Hindernissen im Tagesbetrieb von Eurojust führen, rechtliche Sicherheit bieten und einen guten Datenschutz sicherstellen.

**Zusammenarbeit mit Schlüsselpartnern** Eurojust und die künftige EPPO arbeiten eng zusammen; es sollte eine Arbeitsübereinkunft getroffen werden, um die praktischen Teile der Aktionen im Feld zum Schutz der finanziellen Interessen der EU sowie zu der Unterstützung zu regeln,

die Eurojust für die EPPO erbringen könnte. Die Europol-Verordnung solle zu einem erhöhten Strom betrieblicher Informationen und verbesserter Kooperation führen, einschließlich der Einrichtung gemeinsamer Regeln und Bedingungen auf deren Grundlage Anträge für Finanzierung von JIT-Aktivitäten verarbeitet werden sollten, um ein gutes finanzielles Management und effektive Unterstützung der nationalen Behörden sicherzustellen. Die Frontex-Verordnung verbessert die Zusammenarbeit, die in einer Arbeitsübereinkunft geregelt wird.

**EU-Datenschutzpaket** Das neue DS-Paket, das ab Mai 2018 für die nationalen Behörden gilt, hat wichtige Auswirkungen darauf, wie die Mitgliedsstaaten mit persönlichen Daten im Bereich der Durchsetzung von Rechten umgehen, sowie auf Eurojust beim Austausch von Informationen mit Mitgliedsstaaten.

**EU-Strategie zu Gerechtigkeit und nationalen Angelegenheiten** Die EU-Strategien und Aktionspläne tragen dazu bei, die Prioritäten von Eurojust festzulegen

und betonen die folgenden Notwendigkeiten:

- Engere gerichtliche Kooperation und Koordination an erster Front für den Kampf gegen schwere grenzüberschreitende Verbrechen;
- Intensiveres Teilen von Informationen; und
- Bestmögliche Verwendung von gerichtlichen Kooperationsinstrumenten zur Erleichterung der Untersuchungen und Strafverfolgung, und endgültige Verurteilung von Verbrechern.

**Entwicklungen im Bereich der gerichtlichen Kooperation in strafrechtlichen Angelegenheiten**

Eurojust bleibt ein wesentlicher Ermöglicher in der Anwendung von Instrumenten wie dem EuHB und der EIO, einschließlich Aufgaben im Bereich der gerichtlichen Kooperation und strafrechtlichen Angelegenheiten, wie etwa die Entwurfsverordnung zu ECRIS-TCN und die Entwurfsverordnung zur gegenseitigen Anerkennung von Einfrierungs- und Konfiszierungsanordnungen.

**Kooperation mit Drittstaaten** Eurojusts strategischer Betonung der Stärkung seiner Kooperation mit Drittstaaten entsprechend steigt die Anzahl der Drittstaaten, die einen Verbindungsstaatsanwalt bei Eurojust postieren künftig weiter an. Weiterhin wird sich Eurojusts künftige Beziehung mit dem UK und mit Dänemark ändern.

## Mehrjahresstrategie 2019-2021



Im Mai verabschiedete Eurojust seine [Mehrjahresstrategie \(MAS\) 2019-2021](#). Die MAS betonen die Notwendigkeit der Erbringung von mehr und besseren Ergebnissen in den Kernbetriebsaktivitäten von Eurojust durch: (i) Anbieten von Unterstützung für Mitgliedsstaaten (z. B. Bereitstellung schneller und qualitativ hochwertiger Unterstützung und Verstärkung der betrieblichen Kooperation); (ii) Bereitstellung von Rat zur betrieblichen Erfahrung (z. B. Beitrag zur EU-Strafrechtsrichtlinie und Verstärkung der strategischen Erfahrung); und (iii) Verbesserung der organisatorischen Wirksamkeit (z. B. Sicherstellen effektiverer Strukturen, Verfahren und Kommunikation). Weiterhin hat Eurojust seine Mission: 'Der Gerechtigkeit über Grenzen hinweg dienen, für ein sichereres Europa' und seine Vision: 'Eurojust ist der führende Partnerin der EU, um Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen und ein wichtiger Beteiligter, um eine sicherere Welt sicherzustellen' neu formuliert.